



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Extraktivistische Entwicklungspolitik und strukturelle Ungleichheit:
Eine Analyse geschlechtsspezifischer Gewalt
gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens

verfasst von / submitted by

Lisa Perl, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung/
International Development

Betreut von / Supervisor:

Dr. Julia Sachseder

Vorwort

Diese Masterarbeit wäre ohne die Unterstützung verschiedenster Menschen nicht möglich gewesen. Zunächst möchte ich natürlich ein großes Dankeschön an meine Betreuerin Dr. Julia Sachseder aussprechen. Die äußerst hilfreichen Anmerkungen, die ermutigenden Worte und ihre Geduld haben maßgeblich dazu beigetragen diese Arbeit entstehen zu lassen. Danke auch an meine Eltern, die stets an mich geglaubt haben und mich während meiner gesamten Studienzeit unterstützt haben. Ebenso ein Dankeschön an meine Freundinnen und Freunde in Wien, die mein Masterstudium und meine Zeit in Wien zu so einer besonderen und schönen gemacht haben. Und auch Danke an alle meine Freundinnen, Freunde und Familie, die nicht in Wien sind und trotz der Entfernung stets an meiner Seite waren und mich auf dieser Reise begleitet haben.

Kurzfassung

In Hinblick auf die zunehmende Relevanz von Rohstoffen für die Energiewende stellt sich vermehrt die Frage nach den Auswirkungen extraktivistischer Tätigkeiten auf Menschen und Gesellschaften. Kolumbien, welches bis 2016 von einem bewaffneten Konflikt geprägt war, verfolgt ein solches extraktivistisches Entwicklungsmodell. Dabei war die Aneignung von Ländereien und Ressourcen im Rahmen von Bergbautätigkeiten einer der Hauptgründe für strukturelle Gewalt im kolumbianischen Konflikt und setzt sich bis heute fort. Besonders die Anzahl an geschlechtsspezifischen Gewalttaten gegen Frauen steigt auch im Post-Konflikt-Kontext an. Aufbauend auf diesen Beobachtungen setzt sich diese Arbeit damit auseinander, welche Folgen extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik im Zusammenspiel mit strukturellen Ungleichheiten in Post-Konflikt Kolumbien für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen hat. Diese Fragestellung wird aus einer feministischen polit-ökonomischen Perspektive behandelt und durch post- bzw. dekoloniale Ansätze ergänzt. Letztere erlauben die Intersektionalität zu Race mitzudenken. Methodisch wurde dieser Arbeit ein transdisziplinärer und iterativer Forschungsprozess zu Grunde gelegt. Die Analyse zeigt, dass das extraktivistische Entwicklungsmodell ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell nutzt und braucht, um zu funktionieren. Die darin eingeschriebenen strukturellen Ungleichheiten in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt sind somit konstitutiv. Gleichzeitig produziert Extraktivismus neue Unsicherheiten, die zu Gewalttaten an Frauen führen können. Es besteht also eine wechselseitige Beziehung, die auch als ein Kreislauf zwischen extraktivistisch ausgerichteter Entwicklungspolitik, struktureller Ungleichheit und geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen beschrieben werden kann. Dieser Kreislauf beeinflusst maßgeblich die Anzahl von geschlechtsspezifischen Gewalttaten an Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens.

Abstract

In regard to the increasing relevance of raw materials for the energy transition, the question about the impacts of extractivist activities on people and societies is becoming more and more relevant. Colombia, which was marked by armed conflict until 2016, is pursuing such an extractivist development model. In this context, the appropriation of lands and resources through mining activities was one of the main causes of structural violence in the Colombian conflict and continues today. In particular, the number of gender-based acts of violence against women continues to rise in the post-conflict context. Building on these observations, this thesis addresses the consequences of extractivist-oriented development policies interacting with structural inequalities in post-conflict Colombia for gender-based violence against women. This question is addressed from a feminist political economy perspective and complemented by post- / decolonial approaches. The latter allows to think about the intersectionality to race. Methodologically, this work was based on a transdisciplinary and iterative research process. The analysis shows that the extractivist development model uses and needs a capitalist economic model to function. The structural inequalities inscribed within it in terms of gendered violence are thus constitutive. At the same time, extractivism produces new insecurities that can lead to acts of violence against women. Thus, there is a reciprocal relationship that can also be described as a cycle between extractivist-oriented development policies, structural inequality, and gender-based violence against women. This cycle significantly influences the number of acts of gender-based violence against women in the post-conflict context of Colombia.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	VI
1. Einführung	1
2. Forschungsstand.....	6
3. Die politische Ökonomie geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen.....	19
3.1 <i>Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen</i>	21
3.1.1 Politische Ökonomie struktureller Ungleichheit.....	24
3.1.2 Politische Ökonomie extraktivistischer Entwicklungspolitik.....	26
3.2 <i>Synopsis</i>	30
4 Methodisches Vorgehen.....	32
5 Der kolumbianische Konflikt.....	38
5.1 <i>Die Kolonialgeschichte Kolumbiens</i>	38
5.2 <i>Der bewaffnete kolumbianische Konflikt</i>	40
5.3 <i>Die formale Beendigung des kolumbianischen bewaffneten Konfliktes</i>	44
6 Die kolumbianische Entwicklungspolitik	48
6.1 <i>Entwicklungspolitik vor der Jahrhundertwende</i>	48
6.2 <i>Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert</i>	51
7 Post-Konflikt Kolumbien und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen – ein Kreislauf zwischen Extraktivismus und Ungleichheiten	54
7.1 <i>Implementierung der Maßnahmen</i>	56
7.2 <i>Polit-ökonomische Interessen bei der Implementierung der Landreform</i>	60
7.3 <i>Strukturelle Ungleichheit als Basis des Systems</i>	62
7.4 <i>Extraktivismus im kapitalistischen System</i>	66
7.5 <i>Extraktivismus und strukturelle Ungleichheiten im Zusammenspiel</i>	69
8 Conclusio	75
9 Bibliographie.....	81

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Theoretischer Rahmen (Quelle: eigene Darstellung)	20
Abbildung 2 Inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse (Quelle: Kuckartz & Rädiker 2022: 132).....	33
Abbildung 3 Kategoriensystem (Quelle: Eigene Darstellung).....	35
Abbildung 4 Sexuelle Gewalt gegen Frauen 2008-2019 (Quelle: Corporación Sisma Mujer 2020: 17).....	55
Abbildung 5 Umsetzung der Maßnahmen auf normativer und operativer Ebene 2018 (Quelle: Gpaz 2018: 14)	57
Abbildung 6 Umsetzung der Maßnahmen auf operativer Ebene 2019 (Quelle: Gpaz 2019: 24).....	58
Abbildung 7 Umsetzung von geschlechtersensiblen Bestimmungen im Bereich der Landreform 2021-2022 (Quelle: Echavarría Álvarez 2023: 33)	60
Abbildung 8 Sozio-politisch motivierte Gewalt gegen Frauen 2013-2019 (Quelle: Corporación Sisma Mujer 2020: 28)	61
Abbildung 9 Inzidenz der mehrdimensionalen Armut, der monetären Armut und der extremen monetären Armut nach geographischem Gebiet und Geschlecht des Haushaltvorstandes (2021) (Quelle: Echavarría Álvarez 2023: 34).....	65
Abbildung 10 Gold Price Chart (Quelle: López & Goda 2017: 65).	70
Abbildung 11 Goldproduktion und Anzahl der Tötungsdelikte in goldproduzierenden Gemeinden (Quelle: López & Goda 2017: 65).	71

Abkürzungsverzeichnis

AUC	Autodefensas Unidas de Colombia (dt. Vereinigte Bürgerwehr Kolumbiens)
BACRIMs	Bandas Criminales (dt. kriminelle Vereinigungen)
DIJIN	Dirección de Investigación Criminal (dt. Kriminalpolizeiliche Direktion)
DNP	Plan Nacional de Desarrollo (dt. Nationaler Entwicklungsplan)
ELN	Ejército de Liberación Nacional (dt. Nationale Befreiungssarmee)
FARC-EP	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (dt. Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee)
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
INCODER	Instituto Colombiano de Desarrollo Rural (dt. Kolumbianisches Institut für ländliche Entwicklung)
INML-CF	Instituto Nacional de Medicina Legal e Ciências Forenses (dt. Nationales Institut für Rechtsmedizin und forensische Wissenschaft)
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfonds
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PDETs	Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial (dt. Territorial ausgerichtete Entwicklungsprogramme)
RUV	Registro Único de Víctimas (dt. Kolumbianisches Opferregister)
SIMCO	System of Colombian Mining Information (dt. kolumbianisches Bergbau-Informationssystem)
UN	United Nations (dt. Vereinte Nationen)
WKO	Wirtschaftskammer Österreich

1. Einführung

“The violations of women are violations of the human, and this is how we need to understand them. It is not a private issue, it’s a political and even a global issue”
(Sachseder 2022: 152; Interview mit María 2017).

Diese Aussage stammt aus einem Interview, dass die Politikwissenschaftlerin Dr. Julia Sachseder (2022) mit einer Kolumbianerin im Zuge ihrer Dissertation geführt hat, welches die aktuelle akademische Debatte zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen widerspiegelt. Mittlerweile wissen wir, dass bei einer Analyse geschlechtsspezifischer Gewalt nicht nur auf häusliche bzw. private Gewalt geblickt werden darf, sondern besonders polit-ökonomische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Formationen im Fokus stehen sollten, um das Thema gesamttheitlich verstehen und analysieren zu können (vgl. Meger 2015; True 2012). Im Umkehrschluss ist dies auch wichtig, damit zukünftig strukturelle Faktoren bei z.B. Friedensprozessen besser integriert und somit Gewalttaten im Post-Konflikt Kontext vermieden bzw. verringert werden können. Wenn wir uns in diesem Fall den kolumbianischen Kontext ansehen, wird ein Erstarken geschlechtsspezifischer Gewalt seit dem Friedensvertrag aus dem Jahr 2016 deutlich, was ein häufiges Phänomen in Post-Konflikt Kontexten darstellt (vgl. Corporación Sisma Mujer).

Die kolumbianische Frauenorganisation Sisma Mujer (2020) hat bspw. mit Hilfe von offiziellen Quellen des nationalen Instituts für Rechtsmedizin und forensische Wissenschaft (INML-CF), dem kolumbianischem Opferregister (RUV) und der kriminalpolizeilichen Direktion (DIJIN) mehrere quantitative Studien zu Gewalt gegen Frauen in Kolumbien veröffentlicht (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 9). Hier ist zu erkennen, dass es zwischen den Jahren 2008 und 2019 einen Anstieg in Bezug auf die Anzahl weiblicher Opfer von sexueller Gewalt gab. Waren es im Jahr 2008 noch 17.830 Fälle, stieg die Zahl auf 22.523 Opfer im Jahr 2019. Dies ist ein Anstieg von 26,32 Prozent. Es gibt zwar einen geringen Rückgang der Zahlen im Jahr 2016, in dem der kolumbianische Friedensvertrag unterzeichnet wurde, aber schon ab 2017 nahm die Gewalt wieder zu (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 9). Bei diesen Zahlen darf jedoch nicht vergessen werden, dass geschätzt 83% der Überlebenden von sexueller Gewalt die Taten nicht anzeigen und somit von einer hohen

Dunkelziffer ausgegangen werden kann. Und selbst wenn, werden in Kolumbien angezeigte Taten zu 98% nicht weiterverfolgt (US Office in Colombia 2013: 2).

Doch woran liegt diese Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen? Diese Frage beschreibt den Kern der vorliegenden Arbeit. Es soll untersucht werden, warum im kolumbianischen Post-Konflikt Kontext geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zunimmt und womit dies zusammenhängt. Dabei setzt diese Arbeit daran an, dass wir aus anderen Fallbeispielen (vgl. bspw. Olivera 2016; Leatherman 2013; Meger 2015; True 2012; Hartivksen 2020; Cohn & Duncanson 2020; Meer 2021; Sempértegui 2021) wissen, dass es einen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Extraktivismus gibt und auch, dass strukturelle Ungleichheiten dabei eine Rolle spielen. Was wir allerdings nicht wissen, ist, wie sich extraktivistische Tätigkeiten auf das Vorkommen von Gewalt im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens auswirken. Außerdem wissen wir nicht wie strukturelle Ungleichheiten mit der extraktivistisch ausgerichteten Entwicklungspolitik Kolumbiens in der Produktion geschlechtsspezifischer Gewalt ineinander greifen. Ich argumentiere in meiner Arbeit, dass strukturelle Ungleichheiten und extraktivistische Entwicklungspolitik kokonstitutiv bei geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen sind. Dies operationalisiere ich u.a. durch eine Untersuchung von Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit von Frauen als zentrale Variable zwischen Extraktivismus, Ungleichheiten und Gewalt. Eine Analyse, in der die Kategorien Gender und Race¹ in diesem Zusammenhang verknüpft und aus einer intersektionalen Perspektive betrachtet werden fehlt ebenfalls. Dies wird der Fokus dieser Arbeit sein und von folgender Forschungsfrage geleitet:

*Wie greifen strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete
Entwicklungspolitik in der Produktion von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im
Post-Konflikt Kontext Kolumbiens ineinander?*

Doch warum ist Kolumbien ein geeignetes Fallbeispiel für eine derartige Analyse? Nachdem Kolumbien eine hohe Anzahl an natürlichen Ressourcen wie Kohle, Petroleum und Gold besitzt, sowie einer der größten Produzenten von illegalen Waren wie Kokain und Marihuana ist spielten Landfragen schon immer eine große Rolle. Dies ist besonders wichtig, da mehr als 85% der aus Kolumbien in die EU importierten Produkte Rohstoffe wie Öl, Agrarprodukte

¹ Aufgrund der negativen Konnotation des deutschen Wortes hinsichtlich der deutschen Geschichte, habe ich mich in dieser Arbeit für den englischen Begriff entschieden.

oder Mineralien sind. Aus der EU nach Kolumbien werden wiederum fast 90% verarbeitete Güter exportiert (vgl. Lambert: 2012: 135). Vor allem in den letzten beiden Dekaden führte die kolumbianische Regierung vermehrt Gesetze ein, die es vereinfachen, transnationalen Unternehmen und lokalen Eliten Lizenzen zum Abbau von Ressourcen zu gewähren (vgl. Hernandez-Reyes 2019: 222). Gleichzeitig nimmt die Regierung den Bürger*innen und Aktivist*innen die Möglichkeit extraktivistische Projekte abzulehnen (vgl. Global Witness 2020: 22). Diese Ereignisse korrelieren mit einem 150%igem Anstieg von Morden an Aktivist*innen zwischen den Jahren 2018 und 2019 und einem 50%igem Anstieg von ermordeten Frauen. Vor allem indigene Bevölkerungsgruppen sind hierbei betroffen (vgl. Global Witness 2020: 21).

Die Aneignung und Ausbeutung von Ländereien und Ressourcen war und ist einer der Hauptgründe für strukturelle Gewalt im kolumbianischen bewaffneten Konflikt (vgl. Sachseder 2022: 170). Mehr als 220.000 Leben forderte der Konflikt und über sieben Millionen Menschen wurden vertrieben. Vor allem Frauen waren in diesem Zusammenhang häufig mit sexueller Gewalt konfrontiert (vgl. Miroff 2016). Allein im Jahr 2018 verzeichnet Kolumbien mehr als 10.000 Femizide (vgl. Telesur 2018). Der Konflikt in Kolumbien war bzw. ist somit geprägt von Traumata und Gewalt. Vor allem Ruralität, Geschlecht und Herkunftsregion beeinflussen die Intensität der Gewalterfahrungen, wobei diese Merkmale wiederum intersektional miteinander verbunden sind (vgl. Koopman 2020: 1). Personengruppen, die bereits vor dem Bürgerkrieg marginalisiert lebten, waren schwerer von der Gewalt betroffen (vgl. Koopman 2020: 1). Gewalt in Kolumbien ist dabei seit der Kolonialzeit ein immer wiederkehrendes Phänomen (vgl. Sachseder 2022: 85).

Es ist also zu erkennen, dass Kolumbien ein anhaltendes Problem mit strukturellen Ungleichheiten und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen hat und gleichzeitig eine extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik verfolgt. Vor allem das Thema des Extraktivismus ist in Kolumbien relevanter denn je in Anbetracht dessen, dass die neue Regierung unter Präsident Gustavo Petro im Jahr 2022 eine bevorstehende Energiewende angekündigt hat (vgl. Ávila 2022) Ziel sei es eine gerechte Klimapolitik zu etablieren, wobei Kohle- sowie Öl-Abbau hierbei stark kritisiert wird. Die Abhängigkeit von primären Rohstoffen soll beendet und auf demokratisierte saubere Energien gesetzt werden. Erstmals wird das extraktivistische Wirtschaftsmodell von der kolumbianischen Regierung in Frage gestellt (vgl. Ávila 2022). Zwischen Deutschland und Kolumbien entsteht aktuell bereits eine Klima- und Energiepartnerschaft, die bei der Produktion von grünem Wasserstoff eng zusammenarbeiten möchte. Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD betonte dabei, dass

weiterhin „gigantische“ Energiemengen importiert werden müssen und daraufgesetzt werde, dass diese aus Kolumbien kommen könnten (vgl. Handelsblatt 2023). Es mag zwar sein, dass die Herstellung von grünem Wasserstoff CO-2 frei verläuft und damit besser für das Klima wäre – doch ändert sich dadurch wirklich etwas am extraktivistischen Modell Kolumbiens? Und ändert sich dadurch die Situation von Frauen, die mit geschlechtsspezifischer Gewalt im Zusammenhang von extraktivistischen Tätigkeiten konfrontiert werden? Dies bleibt zunächst abzuwarten. Dennoch ist es von enormer Wichtigkeit sich dem Thema dieser Arbeit anzunehmen, um Einsicht in aktuelle Prozesse und Dynamiken zu bekommen die zu Gewalt führen, damit - auch wenn in Zukunft ein „neuer“ Extraktivismus betrieben wird - mit alten Fehlern gebrochen werden kann.

Diese Arbeit behandelt die Thematiken in verschiedenen Abschnitten und beginnt eingangs mit einer Analyse der aktuellen Debatte um geschlechtsspezifische Gewalt, strukturelle Ungleichheit und Extraktivismus, wobei der Fokus auf feministischer polit-ökonomischer und post- bzw. de-kolonial ausgerichteter Literatur liegt. Im Anschluss wird der theoretische Rahmen dieser Arbeit erläutert, welcher ebenfalls vor allem aus einer feministischen polit-ökonomischen Perspektive besteht und von post- bzw. de-kolonialen Ansätzen ergänzt wird. Die Methodik zeigt danach die qualitative Vorgehensweise, das dieser Arbeit zugrunde liegende Kategoriensystem, sowie die Reflektion meiner eigenen Positionalität auf, bevor es zum ersten inhaltlichen Punkt übergeht. Zunächst wird thematisiert, wie strukturelle Ungleichheiten bereits in der Kolonialzeit kreiert wurden und sich auch über die Konfliktzeiten danach hinweggetragen haben. Dies ist relevant, da davon ausgegangen werden kann, dass sich geschlechtsspezifische Gewalt in Kolumbien in einem Konfliktkontinuum befindet und somit die Geschichte Kolumbiens bei einer Analyse miteinbezogen werden muss. Die Konfliktgründe werden aufgezeigt, sowie die involvierten Akteur*innen und schließlich das formale Konfliktende mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages im Jahr 2016. Außerdem wird die Besonderheit des Friedesvertrages aufgrund seiner vermeintlichen Inklusivität in Bezug auf Frauen thematisiert. Auch die lange Geschichte der extraktivistischen Methoden und Politiken in Kolumbien werden aufgezeigt sowohl vor der Jahrhundertwende als auch nach der Jahrhundertwende, um aufzuzeigen, wie sich das kolumbianische Entwicklungsmodell entwickelt hat. Nachdem nach diesem Kapitel ein Grundverständnis für den kolumbianischen Kontext und die Politik bzw. Wirtschaft geschaffen wurde, folgt anschließend der empirische Teil. Zunächst wird hier dargestellt, wie es nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Bezug auf geschlechtsspezifische

Gewalt gegen Frauen weiterging, da der Fokus dieser Arbeit auf der Post-Konflikt Zeit Kolumbiens liegt. Die These, dass es möglicherweise Interessen gibt, die die Implementierung der Maßnahmen des Friedensvertrages behindern wollen, wird aufgestellt und erläutert. Anschließend wird die Verknüpfung zwischen struktureller Ungleichheit und extraktivistischen Methoden bei der Produktion bzw. Aufrechterhaltung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen näher beleuchtet. Hierzu wird darauf eingegangen, wie sich Kolumbien im Weltsystem verorten lässt, inwiefern das kapitalistische System strukturelle Ungleichheiten benötigt, um zu funktionieren und, dass das extraktivistische Entwicklungsmodell wiederum nur in einem kapitalistischen System existieren kann. Anschließend werden all diese Aspekte miteinander verbunden und ein Kreislauf von strukturellen Ungleichheiten und extraktivistischen Tätigkeiten aufgezeigt, welcher letztendlich zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Post-Konflikt Kolumbien führt. Aufgrund meiner theoretischen und empirischen Auseinandersetzung ist hierbei herausgekommen, dass u.a. Sorgearbeit bzw. Reproduktionsarbeit ein zentrales Verbindungsglied zwischen extraktivistischer Entwicklungspolitik, strukturellen Ungleichheiten und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen ist. Abgeschlossen wird diese Arbeit mit einer zusammenfassenden Conclusio.

2. Forschungsstand

In den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten haben sowohl Theorie als auch Praxis ein zunehmendes Interesse an geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen gezeigt. Spezifischer auch im Kontext von Konflikten und Post-Konflikt Kontexten. Im Folgenden wird der aktuelle Forschungsstand in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Extraktivismus im Allgemeinen dargestellt. Außerdem wird Gewaltforschung im Kontext von Konflikten und vor allem mit Schwerpunkt auf Post-Konflikt Szenarien aufgezeigt. Auch wenn es in dieser Arbeit primär um die Post-Konflikt Zeit Kolumbiens gehen wird, ist ein Verständnis von geschlechtsspezifischer Gewalt während Konflikten zentral, um diese Gewalt verstehen zu können, da es sich hierbei nicht um ein zeitlich abgeschlossenes Phänomen handelt (s. Kapitel 3). Daher wird im Zuge dieses Forschungsstandes auch auf Gewalt zu Konfliktzeiten eingegangen. Abschließend werden Leerstellen thematisiert.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

Der Begriff „Gewalt gegen Frauen“ wird in der Literatur verwendet, um ein breites Spektrum verschiedener Handlungen zu beschreiben. Diese Taten umfassen beispielsweise Mord, sexuelle Nötigung, emotionalen Missbrauch, Vergewaltigung, andere körperliche Übergriffe, Prostitution, Stalking, Misshandlung, Genitalverstümmelung, Pornographie oder Belästigung (vgl. Crowell & Burgess 1996: 9). Geschlechtsspezifische Gewalt umfasst somit neben körperlicher Gewalt auch sexuelle oder psychologische. Männer sehen sich ebenfalls mit geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert; bei der Mehrheit der Betroffenen handelt es sich jedoch um Frauen und junge Mädchen (vgl. Leatherman 2011: 9). Eine genaue Definition ist schwierig und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen wird von vielen Autor*innen unterschiedlich interpretiert. Zudem sieht sich Forschung im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert.

Einige Autor*innen beschäftigen sich z.B. mit der Frage, wie geschlechtsspezifische Gewalt gemessen werden kann, da Menschenrechtsverletzungen häufig nicht gemeldet und statistische Daten somit verzerrt werden. Davies, True und Tanyag (2016) stellen bspw. in ihrem Artikel fest, dass intern vertriebene Menschen, Frauen und Mädchen von ethnischen Minderheiten, religiösen und indigenen Gruppen am vulnerabelsten in Hinblick auf konfliktbezogene geschlechtsspezifische Gewalt sind. Dies liegt u.a. daran, dass ihnen ihr

Recht verweigert wird, Menschenrechtsverletzungen zu melden (vgl. Davies & True & Tanyag 2016: 461). Die politische Maschinerie während Friedensprozessen verstärkt dies häufig (vgl. Davies & True & Tanyag 2016: 462). Sie führen drei Gründe dafür auf, warum Frauen Gewalt nicht melden. Zum einen nennen sie soziale Marginalisierung und Stigmata; dies sei das Resultat kulturspezifischer Vorstellungen von Stolz und Ehre. Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt sind mit einem Gefühl der Schande verbunden, wodurch Frauen und Mädchen ihre Gewalterfahrungen für sich behalten (vgl. Davies & True & Tanyag 2016: 466). Zum anderen führt ein unzureichender Zugang zu Gesetz und Gerechtigkeit dazu, dass entsprechende Institutionen nicht auf sicherem Wege erreicht werden können. Der dritte Grund sind Vertreibungen; dadurch wird es schwierig öffentliche Infrastrukturen, sowie humanitäre Hilfe in Anspruch zu nehmen (vgl. Davies & True & Tanyag 2016: 468).

Statistische Daten können somit nicht die Realität geschlechtsspezifischer Gewalt wiedergeben und sind zudem häufig nicht vertrauensvoll (vgl. Boesten 2017: 508). Eine Alternative können qualitative Studien sein. Hierbei stellt jedoch Boesten (2017: 507) fest, dass es zwar Sinn macht qualitative Studien durchzuführen, welche auch historische und kontextspezifische Aspekte miteinbeziehen, für Politikgestaltung sei dies aber nicht zielführend. Um Politiker*innen zu überzeugen braucht es messbare Indikatoren und generalisierbare Definitionen.

Perspektiven auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

Viele Autor*innen sind der Überzeugung, dass es eine polit-ökonomische Perspektive bei der Untersuchung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen braucht. Dadurch werde der Blickwinkel erweitert und strukturelle, gesellschaftliche, historische und politische Aspekte können gesamtheitlich analysiert werden. Dies hilft z.B., um zu verstehen, warum Institutionen Gewalt beauftragen oder zulassen und wie die jeweiligen geschlechtsspezifischen Machtverhältnisse in der Gesellschaft aussehen (vgl. Davies & True 2015: 497). Ein Analysepunkt verschiedener Theoretiker*innen sind ein sich verändernder Status bzw. Rollen von Frauen und Männern (in Konflikten) und Geschlechterhierarchien in Verbindung mit einer internationalen politischen Ökonomie.

Einige Theoretiker*innen beschäftigen sich mit hegemonietheoretischen Ansätzen im Bereich der politischen Ökonomie. Hearn (2004: 51) ist z.B. der Meinung, dass uns die Betrachtung von Geschlechterhegemonie hilft, die „persistent presence of accumulations of

power and powerful resources by certain men, the doing of power and dominance in many men's practices, and the pervasive association of the social category of men with power" zu verstehen.

Ein weiteres hegemonietheoretisches Konzept ist die *militärische Maskulinität*. Theidon (2009: 5) beschreibt in ihrem Artikel militärische Maskulinität als Verschmelzung verschiedener Praktiken und Vorstellungen von Männlichkeit mit dem Nutzen von Waffen, dem Ausüben von Gewalt und einer Performativität von aggressiver und misogyner Maskulinität.

Nayak & Suchland (2016) beschäftigen sich mit „Gender“ als Kategorie und wie damit hegemoniale Projekte vorangetrieben werden. Sie verstehen geschlechtsspezifische Gewalt als kritische theoretische Kategorie, die sowohl Machtverhältnisse konstituiert als auch von ihnen konstituiert wird (vgl. Nayak & Suchland 2016: 468). Hegemoniale Projekte definieren sie als konstituiert durch systematische Machtverhältnisse, die bestimmtes Wissen, Sein und Verhalten privilegieren und nur Erfahrungen und Agenden von bestimmten Menschen eine Stimme geben (vgl. Nayak & Suchland 2016: 469). Dabei sind hegemoniale Projekte kein monolithisches Phänomen, sondern viel mehr kontextspezifisch und historisch hervorgebracht. Sie definieren die realpolitischen Möglichkeiten (vgl. Nayak & Suchland 2016: 470). „Gender“ werde benutzt, um hegemoniale Projekte durchzusetzen: z.B. „Schutz der Familie und Nation“, um militärische Operationen voranzutreiben (vgl. Nayak & Suchland 2016: 471).

Am Beispiel der Stadt Medellín in Kolumbien untersuchte der Theoretiker Adam Baird (2017) Maskulinitäten bzw. Maskulinitätsverständnisse in Gangs. Vor allem analysiert er das *masculine capital*, was das materielle und symbolische Zeichen für Männlichkeit sein soll. Die Gangs akkumulieren dieses Kapital und Jugendliche nehmen die Gangs als einen Ort männlichen Erfolges wahr; dadurch wird die soziale Reproduktion der Gangs vorangetrieben. Weiters zeigt er auf, wie die Jugendlichen später „böse“ werden und wie strukturelle Exklusion mit den „ganging processes“ zusammenhängt (vgl. Baird 2017: 183).

Neben hegemonietheoretischen Ansätzen gibt es auch Theoretiker*innen, die sich mit dem Kapitalismus und der damit verbundenen Neoliberalisierung auseinandersetzen und wie dies mit geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen zusammenhängt.

Olivera (2016: 104) beobachtete z.B. in ihrer Forschung bspw., dass die Femizidrate im neoliberalen Mexiko simultan zur Expansion des Neoliberalismus anstieg. Die systematische Gewalt der neoliberalen Struktur förderte die Entstehung von Hypermaskulinität, welche

dazu beiträgt, Gewalt gegen Frauen zu legitimieren. Zudem sei sexuelle Gewalt eine Taktik für ökonomischen Gewinn (vgl. Leatherman 2013: 151; vgl. Meger 2015: 418). Genauso müsse nach Alsaba und Kapilashrami (2016: 12) aber auch verstanden werden, dass die symbolische Repräsentation von Geschlecht und Sexualität durch verschiedene politische und ökonomische Akteur*innen die Vulnerabilität von Frauen gegenüber Gewalt beeinflusst. Neoliberaler Globalisierung und die damit einhergehende sinkende staatliche Sozialhilfe führen nach True (2012) außerdem dazu, dass es eine vermehrte Nachfrage nach günstigen transnationalen Arbeitskräften in häuslichen und gesundheitlichen Bereichen, in der Sex-Arbeit und Service-Industrien gebe. Die Arbeitsplätze und Unterbringungen seien häufig unsicher und böten wenig rechtliche Sicherheiten. Sie fordert eine Formalisierung des informellen Sektors und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (vgl. True 2012: 74).

Einige wenige Theoretiker*innen haben sich zudem bereits mit den Zusammenhängen zwischen politischer Ökonomie, Extraktivismus und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen auseinandergesetzt. Meer (2021) beschäftigt sich bspw. mit den Auswirkungen extraktivistischer Tätigkeiten auf Frauen in ländlichen Regionen mit Hilfe ihres Konzepts der *violence of impoverishment* (Gewalt der Verarmung). Untersuchungen in den Ländern Zimbabwe, Mozambique und Sierra Leone zur politischen Ökonomie von Extraktivismus zeigten, dass Unternehmen und die politische Elite sowohl Gesetze als auch Politiken manipulieren bzw. umgehen, um Kontrolle über Mineralien und Bodenschätze zu gewinnen. Dadurch wurde deutlich, dass Gewalt gegen Frauen und deren Gemeinden ein intrinsischer Teil des aktuellen ökonomischen Systems ist (vgl. Meer 2021: 60). In allen drei Fallbeispielen führte Minenarbeit zu Vertreibung und Enteignung von Menschen. Männliche Arbeit wurde schlecht bezahlt und die Reproduktionsarbeit von Frauen wurde ausgenutzt, um eine nächste Generation von Arbeiter*innen zu garantieren (vgl. Meer 2021: 61).

Der Artikel *Indigenous Women's Activism, Ecofeminism, and Extractivism: Partial Connections in the Ecuadorian Amazon* von Andrea Sempértegui (2021) zeigt auf, wie Begegnungen zwischen Indigenen und hegemonialen Identitäten (Staat, Missionär*innen, Umweltschützer*innen), indigene Praktiken auf komplexe Art und Weise verändert haben (vgl. Sempértegui 2021: 200). In ihrer Forschung wird deutlich, wie die Unterdrückung von Natur und Frauen intersektional miteinander verbunden ist (vgl. Sempértegui 2021: 213). Sie stützt sich auf das Konzept des *Body-Territory*. Dieses soll veranschaulichen, wie Körper und Territorien unterworfen werden und miteinander verbunden sind (vgl. Sempértegui 2021: 199). Körper sind hierbei auch ein Aspekt politischer Kämpfe, die in die Vielfältigkeit von

Gebieten eingebettet sind (vgl. Sempértegui 2021: 220). Ein zentraler Punkt ist hierbei das Entwicklungskonzept des Extraktivismus: Extraktivistische Besetzung beeinflusst und unterdrückt Frauen, sowie die Natur und zeigt die zentrale Rolle von Frauen in territorialen Kämpfen (vgl. Sempértegui 2021: 213). Extraktivistische Tätigkeiten haben negative Auswirkungen auf Gebiete, die sich z.B. durch erhöhten Alkoholkonsum, häusliche Gewalt und vermehrte Prostitution zeigen. Sie betont aber auch, dass indigene Frauen auch Akteurinnen statt Opfer von Extraktivismus sein können (vgl. Sempértegui 2021: 214).

Die beiden polit-ökonomischen Theoretikerinnen Davies und True (2015) arbeiteten in ihrem Artikel auf Basis von zehn Studien zwei zentrale Erklärungsstränge für sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt heraus. Zum einen erfolgt sie durch bewaffnete Konflikte; sexuelle Gewalt existiert, wenn Täterdynamiken vorherrschen, die primär opportunistische Taten fördern (vgl. Davies & True 2015: 497; vgl. Meger 2015: 418). Zum anderen ist sexuelle Gewalt eine instrumentelle Strategie gegen Bürgerinnen, um sich Vorteile, wie z.B. Ländereien oder Macht zu verschaffen (vgl. Davies & True 2015: 497). In anderen Worten: Gewalt wird zur Akkumulation verwendet (vgl. Meger 2015: 418). Im Folgenden soll es nun um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Kontext von Konflikten gehen.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Kontext von Konflikten

Alsaba und Kapilashrami (2016) betrachten z. B. geschlechtsspezifische Gewalt im Kontext des Syrienkonfliktes aus einer polit-ökonomischen Perspektive. Dabei beobachteten sie, dass die Gewalterfahrungen von Frauen von ihrem sich verändernden Status, Rollen und sozialen Beziehungen geprägt sind. Diese Veränderungen kommen von Vertreibungen, dem Verlust von sozialem und ökonomischem Kapital und veränderten Geschlechterrollen und Dynamiken, die sich zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren abspielen, welche nach Macht streben (vgl. Alsaba & Kapilashrami 2016: 9). Diese verschiedenen Faktoren kreieren im Zusammenspiel neue Vulnerabilitäten und Risiken für Frauen (vgl. Alsaba & Kapilashrami 2016: 9). Auch Jacqui True geht auf die Veränderungen von Geschlechterrollen ein und beschreibt, wie ein Verlust von männlichen Privilegien und Arbeitsmöglichkeiten durch Globalisierungsprozesse Gewalt gegen Frauen verstärken kann. Dabei stützt sie sich auf Forschungen, die aufzeigen, wie sich Gewalt gegen Frauen verstärkt, wenn sich ihre sozio-ökonomischen Möglichkeiten verbessern. Säureattacken in Süd-Asien seien bspw. eine Reaktion auf die erstarkte Rolle von Frauen im öffentlichen Leben (vgl. True 2012: 40)

Sara Meger (2015; 2016) sieht sich die Strukturen von Geschlechterhierarchien und deren Verbindung mit internationaler politischer Ökonomie am Beispiel des Konfliktes in der Demokratischen Republik Kongo an. Sie argumentiert, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch in der Demokratischen Republik Kongo und das damit einhergehende Aufkommen von Schattenwirtschaften im Zusammenhang mit Rohstoffgewinnung mit hegemonialen männlichen Normen zusammenhing. Kongoleische Männer nutzten sexuelle Gewalt in einer Zeit, in der ihre wirtschaftlichen Ressourcen stark geschwächt waren, um wieder ein Gefühl der Macht zu erlangen (vgl. Meger 2016: 168). Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen kann in diesem Kontext als Antwort auf Veränderungen durch die Globalisierung gesehen werden (vgl. Meger 2015: 425) und befindet sich somit in einer Matrix aus Prozessen ökonomischer Globalisierung und Geschlechterhegemonie (vgl. Meger 2015: 429). Dadurch, dass Männer nicht in der Lage waren ihre Idee von hegemonialer Männlichkeit zu erfüllen, ist dies ein entscheidender Faktor für geschlechtsspezifische Gewalt in diesem Konflikt. Die politische und ökonomische Exklusion der Männer aus der internationalen politischen Ökonomie verstärkt dies.

Die Politikwissenschaftlerin Julia Sachseder (2020) untersuchte zudem geschlechtsspezifische Gewalt während des kolumbianischen Bürgerkrieges. Sie hat in ihrer Studie Gewalt, Race, Gender und transnationales Kapital aus einer polit-ökonomischen, post-kolonialen und intersektionalen Perspektive heraus verknüpft und auf den Konflikt angewendet. Sie beschreibt, dass simultan zu neoliberalen Praktiken der 1990er Jahre auch die Gewalt an Personen in benachteiligten Regionen anstieg. Dies traf vor allem auf Gebiete mit hohem strategischem Nutzen zu (vgl. Sachseder 2020: 170). All ihre Interviewpartnerinnen sagten aus, dass ihre Gewalterfahrungen mit ihrem sozi-ökonomischen Status, ihrem geographischen Aufenthaltsort oder ihren persönlichen Charakteristiken zusammenhingen (vgl. Sachseder 2020: 174). Am Beispiel Kolumbien zeigt Julia Sachseder auf, wie transnationale Unternehmen zu zentralen Akteur*innen in diesem Konflikt wurden und verantwortlich für geschlechtsspezifische Gewalt sein können. Durch ihren Einfluss auf die Landnahme und die Kapitalakkumulation wurden die politische Ökonomie und die Machtverhältnisse in Kolumbien nachhaltig verändert (vgl. Sachseder 2020: 181). Vertreibungen und sexuelle Gewalt gegen Frauen wurden genutzt, um transnationales Kapital zu stärken und sich Ländereien gewaltvoll anzueignen. Diese

Phänomene wurden (re-)produziert durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die intersektional verbunden sind (vgl. Sachseder 2020: 181).

Zusammen mit Sara Meger etablierte Julia Sachseder (2020) zudem das Konzept des *militaristic neoliberalism*, welches die Konzepte der Militarisierung aufgreift und ergänzt. Sie zeigen in ihrem Artikel auf, wie neoliberale Entwicklungen und eine Kultur der Militarisierung in Kolumbien zusammenhängen. Diese Militarisierung basiert dabei auf geschlechtsspezifischen und rassistischen Konstruktionen von einem "Selbst" und "Andere", die wiederum strukturelle Ungleichheiten verstärken (vgl. Meger & Sachseder 2020: 953).

Forschung zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im Kontext von Konflikten gibt es viel, jedoch soll der Fokus dieser Arbeit auf der Zeit „nach“ den Konflikten liegen. Dies wird im Folgenden thematisiert.

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext

Cohn und Duncanson (2020: 1214) sind der Meinung, dass sich zwar viele Theoretiker*innen mit dem Bereich Gender und Peacebuilding beschäftigen, aber wenige sich damit auseinandersetzen, wie transnationale ökonomische Prozesse und Akteur*innen Post-Konflikt Ökonomien formen. Zwar werden Schwachstellen neoliberaler Politiken untersucht, wie bspw. Extraktivismus, aber diese nicht auf Post-Konflikt Kontexte angewendet (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1215). In der vorliegenden Übersicht der bisherigen Forschungen wird deutlich, dass diesbezüglich eine Analyse ebenso in Post-Konflikt Kolumbien fehlt.

Baaz und Stern (2009: 503) argumentieren in ihrer Studie zu Vergewaltigungen in der Demokratischen Republik Kongo, dass alle Formen von Gewalt verstärkt werden durch einen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung, was wiederum eng zusammenhängt mit Hierarchien von Geschlecht und Ethnizitäten, sowie politischen und bürgerlichen Rechten. Auch die Autorinnen Kostovicova, Bojicic-Dzelilovic und Henry (2020) zeigen in ihrem Artikel anhand des Beispiels Bosnien und Herzegowina auf, wie die materialistische Basis von geschlechtsspezifischer Gewalt ein kumulatives Resultat von sozio-ökonomischen und politischen Dynamiken ist und setzen dies in Zusammenhang mit Konflikt- und Friedenszeiten. Sie zeigen auf, dass Profitmaßnahmen während des Konflikts langfristige Auswirkungen auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen auch nach der formalen Beendung des Konfliktes hatten (vgl. Kostovicova & Bojicic-Dzelilovic 2020: 265).

Berry (2017: 844) beschäftigt sich im Post-Konflikt Kontext mit dem *patriarchal backlash*. Das Konzept bedeutet für sie eine Revitalisierung des Patriarchats in einem Post-Konflikt Kontext als Reaktion auf die erstarkte Kontrolle der Frauen in ihren Häusern und Gemeinden und der damit einhergehenden Bedrohung männlicher hegemonialer Macht. In ihrer Forschung identifiziert sie physisches, emotionales und verbal aggressives Verhalten als direkte Methode, um die neu gewonnene Kontrolle der Frauen zu untergraben (vgl. Berry 2017: 845). Diese Tendenz lässt sich beispielsweise in Kolumbien erkennen (vgl. Zulver 2021).

Das Konzept des *patriarchal backlash* wurde im kolumbianischen Kontext von Julia Zulver (2021) aufgegriffen. Sie beschreibt, dass die zunehmende Selbstkontrolle, welche Frauen innerhalb ihrer Gemeinschaften während Kriegen gewinnen, die hegemoniale Kontrolle von Männern bedrohen, bzw. diese sich davon bedroht fühlen (vgl. Zulver 2021: 440). *Patriarchal backlash* kann dazu führen, dass Mobilisierungsmöglichkeiten von Frauen in Post-Konflikt Szenarien begrenzt sind (vgl. Zulver 2021: 441). Frauen, die sich während des Konflikts mobilisierten, sind jetzt mit neuen Gewaltszenarien konfrontiert (vgl. Zulver 2021: 442). Anhand des Beispiels der Frauenrechtsorganisation „Alianza de Mujeres Tejedoras de Vida“ lässt sich auch in Kolumbien eine Revitalisierung des Patriarchats im Post-Konflikt erkennen. Dies zeigt sich in der Art der Gewalt, mit der die Alianza konfrontiert wird, welche z.B. Femizide, Verschwinden, Stalking und direkte Drohungen beinhaltet. Die Gewalt kann als eine Antwort auf ihre erstarkte Rolle während des Konfliktes gesehen werden (vgl. Zulver 2021: 449). Während sie in den 1990er und frühen 2000er Jahren noch angegriffen wurden aufgrund der Tatsache, dass sie weiblich waren, werden sie jetzt angegriffen, weil sie Teil der Alianza sind (vgl. Zulver 2021: 452).

Julia Hartviksen (2020) zeigt in ihrem Artikel am Beispiel von Guatemala, wie Anführerinnen in Gemeinden, Gewalt gegen Frauen im gegenwärtigen Kontext mit der historischen geschlechtsspezifischen Gewalt des Kolonialismus, des bewaffneten Konfliktes und dem extraktivistischen Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit verbinden und in Zusammenhang mit ökologischen Verletzungen, vor allem in Bezug auf Palmöl, bringen (vgl. Hartviksen 2020: 87). Die Forschung konnte darlegen, dass Straffreiheit innerhalb von Regierungsinstitutionen, institutionelle Defizite, soziale und kulturelle Normen, Machismo, Bandenkriminalität und ökonomische Ungleichheiten stark zur hohen Gewaltrate in Post-Konflikt Guatemala beigetragen haben (vgl. Hartviksen 2020: 89). In ihren Interviews

berichteten die Frauen zudem, dass sie den Anbau von Palmöl direkt mit geschlechtsspezifischer Gewalt in Verbindung bringen, v.a. in Bezug auf ihre reproduktive Rolle innerhalb von Gemeinschaften (vgl. Hartviksen 2020: 96). Das Modell der Rohstoffgewinnung, bzw. in jüngerer Zeit des Agro-Extraktivismus, basiert auf einem Modell, welches auf Landnahme und Enteignung basiert, um vor allem Monokulturen (z.B. Palmöl) anzubauen (vgl. Hartviksen 2020: 92). Dabei sind Frauen häufig stärker von umwelttechnischen Veränderungen betroffen als Männer, wodurch sich auch andere Vulnerabilitäten verstärken. In Guatemala wurde unter anderem deutlich, wie sich der Alkoholkonsum der Palmölarbeiter, Machismo und ökonomische Gewalt auf Gewalt gegen Frauen und ökonomische Exklusion auswirkte (vgl. Hartviksen 2020: 97).

In Bezug auf den Internationalen Währungsfonds und seine Post-Konflikt Strategien zeigen Cohn und Duncanson (2020) an den Beispielen Guatemala, Liberia und Bougainville auf, wie die politische Ökonomie, Extraktivismus und geschlechtsspezifische Gewalt zusammenhängen. Eine Strategie des Internationalen Währungsfonds ist die Extraktion und der Export natürlicher Ressourcen, weil er für ökonomischen Wachstum sorge und ausländische Gelder ins Land bringe (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1220). Dabei vernachlässigt er die vielfältigen Probleme, die der Krieg verursacht hat und unterminiert Entwicklungen, die für einen nachhaltigen Frieden notwendig wären. Stattdessen führt seine Strategie dazu, dass ökonomische und soziale Ungleichheiten, die ursprünglich schon zum Krieg geführt haben, verstärkt werden (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1215). Extraktivistische Industrien haben häufig einen stark negativen Effekt auf Existenzgrundlagen, vor allem von Frauen, ländlichen und indigenen Gemeinden. Dies liegt u.a. daran, dass Extraktivismus auf Landenteignung basiert. Dadurch verlieren Bewohner*innen ihre Grundstücke, auf denen sie ihre Lebensmittel angebaut haben (wie z.B. in Guatemala) (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1223). Minenarbeit hat in den Fallbeispielen bspw. dazu geführt, dass es keine Möglichkeit gibt, Ländereien zu pachten und der Zugang zu Bergen erschwert wurde, auf denen die Menschen davor ihr Essen gesammelt haben. Vor allem für Frauen, die traditionell für die Lebensmittelversorgung zuständig sind, ist dies eine große Herausforderung (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1223). In Guatemala leidet die Lebensmittelsicherheit außerdem unter der Verpestung der physischen Umwelt durch die extraktivistischen Industrien. Die Luftemissionen sind hier ein wesentlicher Faktor, der zum Rückgang der Verfügbarkeit von Lebensmitteln geführt hat (vgl. Deonandan & Tatham & Field 2017: 408). Auch die Wasserversorgung wird durch toxische Chemikalien

beeinträchtigt, wodurch immer weniger Trinkwasser vorhanden ist und Gesundheitsprobleme entstehen können. Auch hier sind traditionell Frauen für die Versorgung zuständig (vgl. Deonandan & Tatham & Field 2017: 408).

Wie bereits erwähnt, verstärkt Extraktivismus bereits bestehende Ungleichheiten und kreiert zudem neue. Sei es durch die Verweigerung von ausreichenden Einnahmen für den Staat, die er für den Wiederaufbau nach einem Konflikt und mehr soziale Gerechtigkeit benötigt, die unzureichenden Jobangebote für Minderheitsgruppen, die Verstärkung von Hindernissen für diejenigen, die für die Sorgearbeit und die soziale Reproduktion verantwortlich sind oder die Untergrabung von Landreformen (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1225). Das Problem mit den Jobangeboten ist, dass es wenig „gute“ Jobs gibt und Anstellungen meist nur kurzfristig sind. Zudem bekommen meist nur privilegierte Gruppen diese Arbeitsplätze (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1225). Dadurch werden Geschlechterungleichheiten nicht nur aufrechterhalten, sondern auch verstärkt, was sich oft in kommunaler Gewalt auswirkt. In Guatemala wurde Minenarbeit überwiegend an Männer vergeben, wodurch sich die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen noch verstärkt hat. Zudem wurden in den Gebieten ein zunehmender Alkoholkonsum, sowie Prostitution und andere Störungen des häuslichen Lebens beobachtet (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1226). Extraktivismus umgeht häufig Prozesse, die eigentlich Teil der Friedensvereinbarungen waren und Ungleichheiten adressieren sollten, wie bspw. Landreformen, Gerechtigkeitsprogramme oder Sicherheitsreformen (vgl. Cohn & Duncanson 2020: 1226).

Auch Yoshida & Céspedes-Báez 2021: 17) erläutern in ihrem Artikel, dass Umweltzerstörungen in Zusammenhang mit spezifischen geschlechtsspezifischen Verletzungen stehen. Zwangsvertreibungen werden begünstigt, wodurch Haushalte ihre rechtliche Bindung zu Ländereien verlieren und neuen Versorgungsknappheiten ausgesetzt sind. Frauen werden dadurch vulnerabler gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt, Armut und einer Ausbeutung ihrer Arbeit (vgl. Yoshida & Céspedes-Báez 2021: 26). Die Überschneidung von natürlicher Umwelt und Geschlecht ist ein Themengebiet, welches ihrer Meinung nach vermehrt einbezogen werden müsse, wenn darüber gesprochen wird, wie gewaltvolle Konflikte entstehen und andauern (vgl. Yoshida & Céspedes-Báez 2021: 31). Die Autorinnen stellen zudem fest, dass diese Überlegungen im kolumbianischen Friedensvertrag weder miteinbezogen noch als intersektionale Faktoren gesehen wurden (vgl. Yoshida & Céspedes-Báez 2021: 34).

Auch in Bezug auf Kolumbien gibt es Forschungen zum Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Extraktivismus. In einer Studie von Acosta et. al. (2017:

14) sagten z.B. Frauen aus, dass die Gegenwart von Bergbauunternehmen ein Hauptgrund für innerfamiliären Missbrauch war. Die Unternehmen brachten Militarisierung, Alkoholismus, Drogenmissbrauch und Prostitution mit sich. Diese Aktivitäten stellen eine Fortsetzung, Verlängerung und Reaktivierung kolonialer Praktiken dar. Zudem stellen die Autor*innen fest, dass sich extraktivistische Tätigkeiten seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages vermehrt haben und damit einhergehend eine zunehmende Präsenz von paramilitärischen Gruppen, ein Wiederaufleben von Guerilla-Bewegungen, sowie eine Neuorganisation von Machtstrukturen in den jeweiligen Regionen (vgl. Acosta et. al 2017: 15).

Eine weitere Theoretikerin, Camille Boutron (2018), beschäftigt sich im kolumbianischen Kontext mit der Frage, warum der Friedensprozess in Bezug auf Frauenrechte bisher nicht so effektiv ist, wie er sein sollte. Sie ist der Meinung, dass Frauen mehr in den Friedensprozess einbezogen werden und auch ökonomische und regionale Schwierigkeiten beachtet werden sollten, die mit der Implementierung der Friedensmaßnahmen einhergehen (vgl. Boutron 2018: 118). Auch geschlechtsspezifischen Dynamiken der Reorganisierung der politischen Gewalt in Kolumbien sollte größere Aufmerksamkeit geschenkt werden (vgl. Boutron 2018: 118). Um festzustellen, inwiefern Frauen wirklich an Friedensprozessen partizipieren konnten, ist nicht die Anzahl der Frauen, die an Verhandlungen teilgenommen haben, ausschlaggebend. Vielmehr spiegelt sich der Erfolg in den tatsächlichen Resultaten der Verhandlungen wider (vgl. Davies & True & Tanyag 2016: 469). Zudem stellen Acosta et. al. (2017: 3) fest, dass indigene Frauen nicht in die Implementierungsmaßnahmen des Friedensabkommens einbezogen wurden. Sie haben zwar Beraterinnen, die ihre Perspektiven in die Agenda einbringen können, diese haben jedoch keine Entscheidungsmacht (vgl. Acosta et. al. 2017: 3). Dadurch werde deutlich, wie der Verhandlungsprozess des Friedensvertrages hegemoniale patriarchale und rassistische Hierarchien reproduziert habe. Zudem fehle im Friedensvertrag eine intersektionale Perspektive (vgl. Acosta et. al. 2017: 3). Laut Julia Zulver (2021: 440) ist es offensichtlich, dass in Bezug auf Kolumbiens Konflikt aktuell von einer Rekonfiguration gesprochen werden sollte und nicht von einem Ende.

Zusammenfassung und Relevanz dieser Forschung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir aus der Literatur wissen, dass es unterschiedliche Gründe für geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen gibt. Vor allem polit-ökonomische Wissenschaftler*innen zeigen auf, dass es einen Zusammenhang zwischen Neoliberalisierungsprozessen und Gewalt gegen Frauen gibt (vgl. Olivera 2016; Leatherman 2013; Meger 2015; True 2012). Bezuglich des Extraktivismus wird in der Forschung deutlich, dass es eine direkte Verbindung zwischen Vertreibungen, Vergewaltigungen oder anderen Formen von Gewalt in Gegenden mit extraktivistischen Tätigkeiten gibt (vgl. Meer 2021; Sempértegui 2021). Hierbei spielen Herkunft, Geschlecht, Religion, Territorium und Ethnizität der betroffenen Personen eine zentrale Rolle.

Zudem zeigen uns Wissenschaftler*innen auf, dass sich in Kontexten von Konflikten Geschlechterrollen und soziale Beziehungen ändern, wodurch neue Vulnerabilitäten und Risiken für Frauen entstehen (vgl. Alsaba & Kapilashrami 2016; True 2012). Auch wissen wir, dass transnationale Akteur*innen eine zentrale Rolle für die Machtverhältnisse in einem Land spielen und verantwortlich für geschlechtsspezifische Gewalt sein können (vgl. Sachseder 2020). Wirtschaftliche Zusammenbrüche, die oft mit Konflikten einhergehen haben eine geschwächte Rolle von Männern zur Folge, wodurch Frust entsteht und es letztendlich zu einer vermehrten Gewalt gegen Frauen kommen kann (vgl. Meger 2015, 2016). Hegemonietheoretische Konzepte zeigen uns auf, wie sich Vorstellungen von Maskulinität während Konflikten auf Gewalt gegen Frauen auswirken kann und dass sich dies auch auf Post-Konflikt Kontexte auswirkt, wenn Gewalt als Männlichkeitsverständnis weitergetragen wird. (vgl. Hearn 2004; Theidon 2009; Nayak & Suchland 2016; Baird 2017). Es gibt spezifische Phänomene, die in Post-Konflikt Kontexten Gewalt begünstigen können. Berry (2017) zeigt bspw. auf, wie eine erstarkte Rolle von Frauen eine Revitalisierung des Patriarchats hervorrufen kann, was Zulver (2021) auch im kolumbianischen Kontext beobachtet. Auch Institutionen, wie der Internationale Währungsfonds mit seinen Post-Konflikt-Strategien begünstigt Gewalt, indem die angewandten Methoden häufig nur auf eine Stärkung der Ökonomie ausgerichtet sind und soziale, politische und kulturelle Probleme ausgeklammert werden (vgl. Cohn & Duncanson 2020).

Ein Erstarken von extraktivistischen Tätigkeiten ist nach Cohn & Duncanson (2020) direkt mit einer Stärkung bereits bestehender Ungleichheiten verbunden, was im kolumbianischen Kontext ein Problem darstellt, da sich diese Tätigkeiten hier seit dem Friedensvertrag vermehrt haben (vgl. Acosta et. al. 2017). Einige Theoretiker*innen ordnen Extraktivismus

als Verlängerung kolonialer Praktiken ein (vgl. Hartviksen 2020; Sachseder 2020; Acosta et. al. 2017). Über Kolumbien wissen wir außerdem, dass die Friedensverhandlungen nicht so inklusiv waren, wie sie in der Öffentlichkeit dargestellt wurden (vgl. Boutron 2018) und, dass die Umsetzung langsamer als gedacht bzw. geplant dauert (vgl. Acosta et. al. 2017).

Wir wissen also, dass es in Kolumbien und auch in anderen Fallbeispielen einen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Extraktivismus gibt und auch, dass strukturelle Ungleichheiten dabei eine Rolle spielen. Was wir allerdings nicht wissen, ist, wie sich eine Zunahme von extraktivistischen Tätigkeiten auf das Vorkommen von Gewalt im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens auswirken. Außerdem wissen wir nicht wie strukturelle Ungleichheiten mit der extraktivistisch ausgerichteten Entwicklungspolitik Kolumbiens in der Produktion geschlechtsspezifischer Gewalt ineinander greifen. Zudem fehlt eine Analyse, in der die Kategorien Gender und Race verknüpft und aus einer intersektionalen Perspektive betrachtet werden. Dies wird der Fokus dieser Arbeit sein. Um diese Thematik anzugehen, schlage ich im nächsten Kapitel einen theoretischen Zugang vor. Anschließend wird dann die, dieser Arbeit zugrunde liegende Methodik dargestellt.

3. Die politische Ökonomie geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen

Wie bereits erwähnt beschäftigt sich diese Arbeit mit der Frage, wie strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik in der Produktion von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens ineinander greifen. Aus der vorhergehenden Übersicht des Forschungsstandes ging hervor, dass es sowohl Untersuchungen zu strukturellen Ungleichheiten als auch zu ökonomisch extraktivistischen Methoden in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gibt – jedoch fehlt am Beispiel Kolumbiens eine Zusammenführung von beiden Komponenten aus einer polit-ökonomischen Perspektive mit einer Ergänzung von de- bzw. post-kolonialen Ansätzen. Vor allem die Post-Konflikt Zeit Kolumbiens wurde bisher diesbezüglich ausgeklammert. Ich argumentiere in meiner Arbeit, dass strukturelle Ungleichheiten und extraktivistische Entwicklungspolitik kokonstitutiv bei geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen sind. Diese Entwicklungspolitik funktioniere nur, wenn strukturelle Ungleichheiten vorherrschen, und nutzt diese zu ihren Gunsten. Sowohl strukturelle Ungleichheit als auch extraktivistische Methoden hängen mit geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen zusammen und müssen somit im Wechselspiel untersucht werden.

Um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen verstehen zu können, ist es immer wichtig den Kontext dieser Gewalt genauer zu betrachten. In welchem Land geschieht die Gewalt? Welche Geschichte hat die Region bzw. dieser Konflikt? War Gewalt vor dem Konflikt schon ein großes Problem? Wie sind die Geschlechterverhältnisse und Machtstrukturen in diesem Land? Je nach Hintergrund, kann die Art und Weise der Gewalt und auch die Beweggründe sehr unterschiedlich sein (vgl. Swaine 2015: 780). Daher ist es wichtig die Thematik mit Hilfe verschiedener Theorien und Konzepte zu analysieren.

Wie in *Abbildung 1* zu sehen ist, ist die theoretische Linse, aus der ich meine Forschungsfrage betrachte, eine feministisch polit-ökonomische und wird ergänzt durch de- bzw. post-koloniale Ansätze. Ich versuche zu verstehen, wie geschlechtsspezifische Gewalt in Post-Konflikt Kolumbien entsteht und untersuche dafür zum einen strukturelle Ungleichheiten und wie diese mit Gewalt, Intersektionalität und einem Gewaltkontinuum zusammenhängen. Zum anderen untersuche ich extraktivistische Entwicklungspolitik und wie diese mit den genannten Aspekten in Post-Konflikt Kolumbien in Verbindung steht bzw. diese beeinflusst.

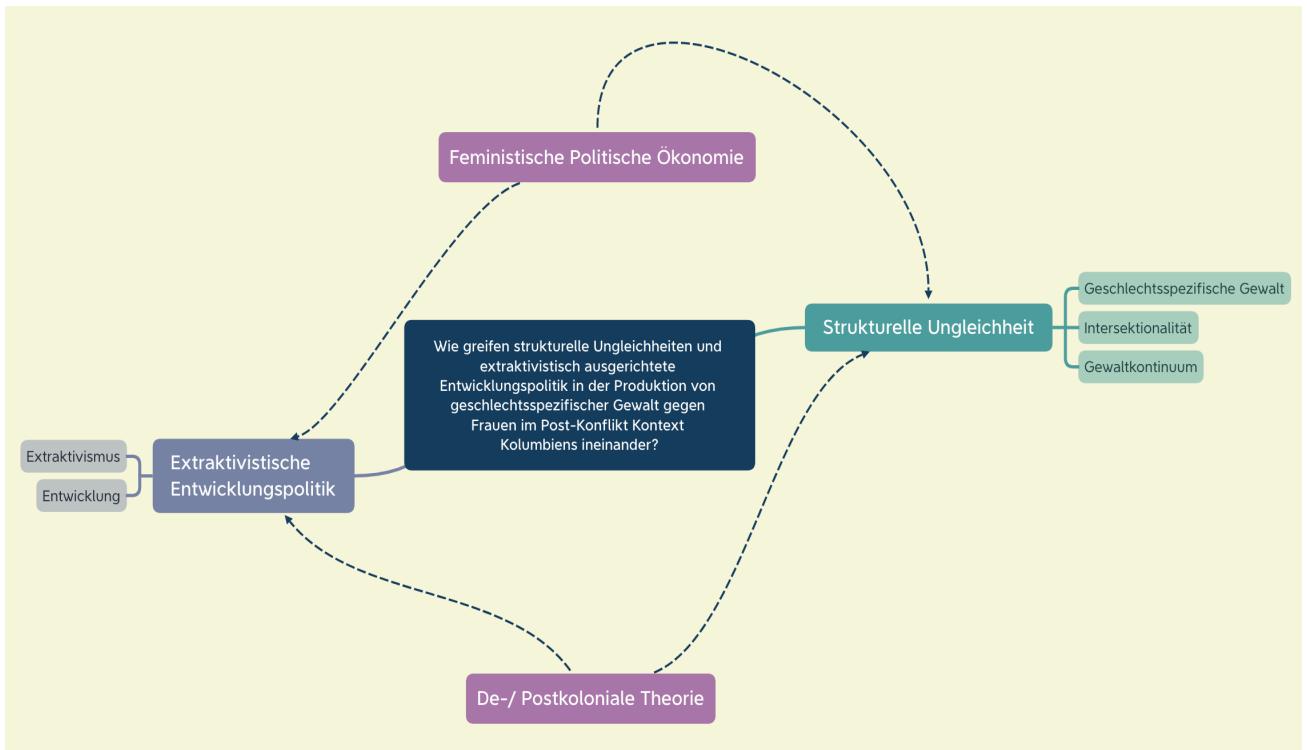


Abbildung 1 Theoretischer Rahmen (Quelle: eigene Darstellung)

Einige Begriffe bzw. Konzepte, die in dieser Arbeit verwendet werden, lassen sich nicht eindeutig definieren bzw. können unterschiedlich verstanden werden. Im Folgenden soll eine Basis für die weitere Lesart dieser Arbeit geschaffen werden und eine Erläuterung der zugrundeliegenden Verständnisse der Begrifflichkeiten und Konzepte gegeben werden. Zunächst wird es in diesem Kapitel um das, dieser Arbeit zugrundliegende Verständnis, von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen gehen, sowie das Konzept des Gewaltkontinuums und der Intersektionalität. Danach werden strukturelle Ungleichheiten theoretisch eingeordnet. Anschließend wird das Verständnis des „Entwicklungs“ – Konzepts sowie von Extraktivismus behandelt werden. In der Synopsis wird das Besprochene noch einmal zusammengefasst und miteinander verknüpft.

3.1 Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen

Nachdem der Fokus dieser Arbeit auf geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen liegt, muss zunächst definiert werden, was genau geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen bedeutet. Die Gewaltformen variieren und können z.B. körperlicher, sexueller oder emotionaler Natur sein. Konkretere Formen können bspw. Mord, sexuelle Nötigung, emotionaler Missbrauch, Vergewaltigung, körperliche Übergriffe, Prostitution, Stalking, Misshandlung, Genitalverstümmelung, Pornographie, Belästigung oder Vertreibung sein (vgl. Crowell & Burgess 1996: 9).

Geschlechtsspezifische Gewalt umfasst sowohl Gewalt gegen eine Person aufgrund ihres Geschlechtes als auch Gewalt, die unverhältnismäßig häufig Personen eines bestimmten Geschlechts betreffen. Obwohl auch Männer geschlechtsspezifische Gewalt erfahren, handelt es sich bei der Mehrheit der Betroffenen um Frauen (vgl. Europäische Kommission 2016: 1). Hierbei gibt es allerdings verschiedene Bereiche, bzw. gesellschaftliche, ökonomische und politische Sphären in denen geschlechtsspezifische Gewalt zum Ausdruck kommt. Die unterschiedlichen Bereiche in Verbindung zu setzen und auch weniger sichtbare Gewalt miteinzubeziehen ist wichtig, da in einem Mainstream Kontext oft „nur“ von häuslicher Gewalt gesprochen wird, was jedoch nicht der Lebensrealität vieler Frauen entspricht. Daher werden auch in dieser Arbeit verschiedene Definitionen bzw. Konzepte geschlechtsspezifischer Gewalt Anwendung finden, die im Folgenden aufgezeigt werden.

Zum einen kann von einer politischen Gewalt gesprochen werden. Politische Gewalt lässt sich nach Valentino (2014: 91) definieren, als jegliche Form organisierter Gewalt, die von politischen Akteur*innen (Regierung, Rebell*innengruppen, terroristische Organisationen) ausgeführt wird. Wenn geschlechtsspezifische Gewalt als ein Akt politischer Gewalt gesehen wird, handelt es sich nicht um ein zufällig opportunistisches Vergehen, sondern immer um eine Handlung, die Geschlechterstereotype (re-)produziert und verstärkt. Zum anderen führt Cecilia Menjívar (2011) das Konzept der symbolischen Gewalt an, in welchem sie sich auf Bourdieu (2004) bezieht. Sie beschreibt damit „the internalized humiliations and legitimations of inequality and hierarchy that range from sexism and racism to intimate expressions of class power“ (Menjívar 2011: 43). Ihr geht es somit darum, dass viele Gewalttaten und Machtstrukturen Teil des Alltags geworden sind und nicht bewusst wahrgenommen werden; trotzdem handelt es sich hier um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen. Diese ist zwar schwerer wahrzunehmen, was sie allerdings nicht weniger

schwerwiegend macht. Unsichtbare und zur Routine gewordene Gewalt solle erkennbarer werden.

Ebenso spricht Paul Farmer (2004) von struktureller Gewalt. Bei dieser Gewalt geht es vor allem um materielle Voraussetzungen und gesellschaftliche Triebkräfte, welche zu Exklusion und Leid führen und ein Gefährdungsrisiko erhöhen können. Farmer (2004: 317) schreibt: „Structural violence is the natural expression of a political and economic order that seems as old as slavery. This social web of exploitation, in its many differing historical forms, has long been global, or almost so, in its reach.“

Zusammenfassend handelt es sich bei geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen somit um eine Form von politischer Gewalt, welche abhängig von politischen Machtverhältnissen bzw. darin eingebettet ist. Zudem kann geschlechtsspezifische Gewalt auch strukturell oder symbolisch auftreten.

Außerdem argumentiere ich in dieser Arbeit u.a., dass im kolumbianischen Kontext in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen eine Momentaufnahme bei der Analyse nicht ausreichend ist und die Geschichte Kolumbiens miteinbezogen werden muss. Hierfür ist das Konzept des Konfliktkontinuums nützlich. Die Literatur zeigt bereits, dass Formen von Gewalt in einem Kontinuum existieren und nicht klar in Zeiten von „Frieden“ und „Konflikt“ getrennt werden können (vgl. Baaz & Stern 2009; Kostovicova & Bojicic-Dzelilovic 2020).

Das Konzept lässt sich mit einer polit-ökonomischen Perspektive auf das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt verbinden. Polit-ökonomische Theoretiker*innen gehen davon aus, dass für das Verstehen verschiedener Varianten von Gewalt, die systemischen, sozio-kulturellen, sozio-ökonomischen und sozio-politischen Charakteristiken der jeweiligen Gebiete mitgedacht werden müssen. Genauso muss mitbedacht werden, wie die Situation vor dem Konflikt war (vgl. Swaine 2015: 780).

Vor allem feministische Theoretiker*innen versuchen geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Kontext von Konflikten aus einer breiteren Perspektive zu betrachten und den sozio-kulturellen Kontext mitzudenken. Geschlechtsspezifische Gewalt müsse immer im Zusammenhang eines zeitlichen Kontinuums gedacht werden und nicht nur zu Zeiten des konkreten Konfliktes (vgl. Koos 2017: 1936; Boesten 2017: 507; vgl. Leatherman 2013: 61; Alsaba & Kapilashrami 2016: 12; vgl. Hartviksen 2020: 101). Durch die Analyse dieses Gewaltkontinuums zwischen Phasen von Frieden und Konflikt (Pre-Konflikt, Konflikt, Friedensprozess, Post-Konflikt) ist es möglich, die zyklische Natur patriarchaler Gewalt zu

analysieren und auch geopolitische Aspekte mitzudenken (vgl. Cockburn 2004: 43). Ziel ist es u.a. die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der vergeschlechtlichten Dimension zu sehen, die mit dem Patriarchat und der Auswirkungen unterschiedlicher politischer und ökonomischer Arrangements über den Zeitraum des Konfliktes hinaus verbunden sind (vgl. DAWN Informs 2019: 3). Das bedeutet, dass auch im kolumbianischen Kontext nicht nur die Post-Konflikt Zeit bei einer Analyse geschlechtsspezifischer Gewalt betrachtet werden darf, sondern über diese Zeit hinausgedacht werden muss.

Differenzen, Privilegienverteilung oder Machtverhältnisse sollten erfasst und in Zusammenhang mit sozialem Status, Nationalität, Sexualität etc. gebracht werden. Die Idee der Intersektionalität ist, dass Dynamiken von Geschlechterverhältnissen nur im Zusammenhang der weiteren Hierarchie- und Differenzverhältnisse, mit denen sie verbunden sind, erfasst werden können und soll somit auch (vgl. Kerner 2010: 312). Wichtige Stichworte sind in diesem Zusammenhang Race und Geschlecht.

Dies ist im kolumbianischen Kontext besonders wichtig, da vor allem Ruralität, Geschlecht, Herkunftsregion, Ethnizität oder Alter hier die Intensität der Gewalterfahrungen beeinflussen, wobei diese Merkmale wiederum intersektional miteinander verbunden sind (vgl. Koopman 2020: 1). Personengruppen, die bereits vor dem Bürgerkrieg marginalisiert lebten, waren schwerer von der Gewalt betroffen (vgl. Koopman 2020: 1). Durch beispielsweise die Kriegsgewalterfahrungen sowie veränderte soziale, ökonomische oder politische Situationen von Frauen und Männern im Postkonfliktkontext kann es durchaus auch zu einer Verschiebung der Geschlechterbeziehungen kommen und in Zuge dessen zu sexueller Gewalt (vgl. Buckley-Zistel et. al. 2014: 73).

Bei einer Analyse des Konfliktkontinuums muss bis in die Kolonialzeit zurückgedacht werden, da der Kolonialismus den kolumbianischen Konflikt maßgeblich geprägt hat und sich die Wurzeln bis in diese Zeit zurückverfolgen lassen. Die Spanier eroberten und unterdrückten indigene Völker und schufen eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Hierarchie, welche die Nachkommen der spanischen Kolonisator*innen begünstigte, während die indigene und afrokolumbianische Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurde. Diese Hierarchie basierte auf Vorstellungen über *Geschlecht* und *Rasse*, welcher zur Rechtfertigung der Unterwerfung verschiedener Gruppierungen benutzt wurden. Indigene Völker oder afrokolumbianische Personen wurden als „unzivilisiert“ gelabelt und würden eine europäische „Zivilisierung“ benötigen. Dadurch rechtfertigten die Kolonisator*innen ihre Unterwerfung (vgl. Losada Cubillos 2018: 141ff).

Das rassistisch und diskriminierend geprägte Erbe der Kolonialzeit spielt auch bis in die postkoloniale Zeit eine zentrale Rolle. Der Geschlechterbegriff änderte sich und Frauen stehen immer noch vor großen Herausforderungen in Bezug auf bspw. Diskriminierung, geschlechtsspezifischer Gewalt oder Zugang zu Bildung. Vor allem Afrokolumbianer*innen und indigene Gemeinschaften sehen sich mit Armut, fehlender Gesundheitsversorgung oder politischer Vertretung konfrontiert (vgl. Losada Cubillos 2018:141ff)

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen kann somit zusammenfassend strukturell, politisch oder symbolisch auftreten und ist in einem Kontinuum zu verstehen. Dieses Kontinuum wird nach der Hypothese dieser Arbeit zum einen durch strukturelle Ungleichheiten und zum anderen durch extraktivistische Entwicklungspolitik hervorgebracht und befinden sich dabei in einem Wechselspiel. Im Folgenden soll auf beides näher eingegangen werden.

3.1.1 Politische Ökonomie struktureller Ungleichheit

Ein wichtiges Stichwort im Kontext der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen ist „strukturelle Ungleichheit“. Diese Arbeit stützt sich auf die polit-ökonomischen Theoretikerinnen Davies und True (2015: 496), die diese Ungleichheit als Kausalgrund für sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt sehen. Sie lehnen die Annahme ab, dass sexuelle Gewalt nur verstanden werden kann, wenn der Fokus auf der Individual- oder Gruppenmotivation der Täter*innen liegt - vor allem von Rebellen und Soldaten in Konflikten (vgl. Davies & True 2015: 496). Sexuelle Gewalt sei eine Form politischer Gewalt und ein Produkt geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse (vgl. Davies & True 2015: 496f). Hierbei wird deutlich, dass Macht nicht nur durch direkten Zwang wirken kann, sondern auch durch die strukturierten (Re-)Produktionsbeziehungen. Diese regeln sowohl innerhalb des eigenen Haushalts als auch auf transnationaler Ebene die Verteilung von Ressourcen, Privilegien, Autoritäten und Vorteilen. Die polit-ökonomischen Prozesse interagieren hierbei mit den institutionellen und ideologischen Formationen der Gesellschaft, welche Geschlechterbeziehungen und -identitäten formen und neu konfigurieren (vgl. True 2014: 44). Jacqui True (2012) erweitert die Analyseebene der Geschlechterungleichheiten in ihrem Buch *The Political Economy of Violence against Women* und argumentiert, dass diese durch eine neoliberalen Globalisierung, wie z.B. extraktivistische Tätigkeiten, verstärkt werden. Das

patriarchale Verlangen von Kontrolle und Beherrschen ist ein Teil des Kapitalismus, der Geld, Profit und Wachstum vor Menschen und Umwelt stellt. Daraus resultiert die Dominierung von Frauen und Umwelt, um Profite zu maximieren, da sie als minderwertig angesehen werden. Sowohl Frauen als auch die Natur werden als Eigentum wahrgenommen, welches ersetzbar ist. Umwelt wird zerstört und die Reproduktionsarbeit von Frauen ausgenutzt (vgl. Meer 2021: 63). Sie stellt fest, dass sowohl Frauen als auch die Natur die externalisierten Kosten eines extraktivistischen ökonomischen Systems tragen (vgl. Meer 2021: 64). Die feministische Sichtweise innerhalb der Politischen Ökonomie betrachtet vor allem den männlichen Charakter der politischen und ökonomischen Strukturen. Dies ist vor allem im kolumbianischen Kontext zentral, da Frauen (vor allem indigene und afrokolumbianische Frauen) strukturell benachteiligt werden und nicht die gleichen Grundvoraussetzungen auf bspw. Arbeit oder Bildung haben und Sorge- sowie Reproduktionsarbeit hauptsächlich von Frauen erledigt wird.

Dieses Verständnis von strukturellen Geschlechterungleichheiten wird in dieser Arbeit mit einer post-kolonialen Perspektive ergänzt, da ich extraktivistische Methoden als Verlängerung kolonialer Methoden sehe und dies bei Jacqui True (2014; 2012) ausgeklammert wird. Zudem wird der Geschlechterbegriff in dieser Arbeit durch eine intersektionale Perspektive ergänzt, welche ebenfalls im Kontext kolonialer Machtverhältnisse gedacht werden muss, da die Intersektionalität von Geschlecht und Race erst durch die Kolonialzeit hervorgerufen wurde.

In dieser Arbeit werde ich mich auf den dekolonialen Wissenschaftler, Aníbal Quijano (2007), beziehen. Dieser betont das enge Verhältnis zwischen politischer Ökonomie und Kolonialismus, aber auch neben Prozessen der territorialen Eroberung und wirtschaftlichen Ausbeutung, Prozesse der kulturellen Beherrschung (vgl. Quijano 2007: 27f). Er sieht hier den Ursprung eines Systems mit rassistischen und ethnischen Hierarchien. Quijano (2017) argumentiert, dass durch den Kolonialismus eine neue Machtform erschaffen wurde, die nicht mehr auf Klasse oder wirtschaftlichem Status beruhte, sondern auf Race. Die europäischen Kolonialmächte zwangen mit Hilfe militärischer und wirtschaftlicher Macht den kolonisierten Völkern ihre kulturellen und rassischen Normen auf. Dadurch wurde ein globales System der Rassenhierarchie geschaffen, dass bis heute Bestand hat (vgl. Quijano 2007: 35f). Dieses System ist tief in der globalen politischen Ökonomie verwurzelt und prägt wirtschaftliche Beziehungen, politische Machtstrukturen und allgemein das Gesamte menschliche Zusammenleben.

Die aufgezeigten Theorien helfen, um in dieser Arbeit die strukturellen Faktoren geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen herauszuarbeiten. Mit diesen Aspekten sollen ökonomisch extraktivistische Methoden verbunden werden, die im nächsten Kapitel theoretisiert werden.

3.1.2 Politische Ökonomie extraktivistischer Entwicklungspolitik

Um strukturelle Geschlechterungleichheiten mit extraktivistischer Entwicklungspolitik in Kolumbien zusammenbringen zu können werden einige Konzepte bzw. Theorien zur Analyse benötigt. Zum einen das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis von „Entwicklung“ und dem damit verbundenen Weltsystemansatz und zum anderen das Konzept des (Neo-) Extraktivismus welches ich als Teil von Entwicklungspolitik sehe. Beides soll in Verbindung mit polit-ökonomischer Theorie gebracht und mit einer de- bzw. post-kolonialen Perspektive ergänzt werden.

Als Erklärung, warum es in Kolumbien überhaupt zu entwicklungspolitischen Maßnahmen, in diesem Fall Extraktivismus, kommt, hilft uns der Weltsystemansatz. Die Position einer Region im Weltsystem trägt dazu bei, inwiefern das entsprechende Gebiet benachteiligt wird oder profitiert. Terrence Hopkins und Immanuel Wallerstein (1977) sind vor allem für ihre Analyse des Weltsystems und die Analyse dessen in den 1970er Jahren bekannt. Sie kritisierten die Entwicklungspolitik zu der Zeit, die davon ausging, dass sich autonome Gesellschaften und Märkte unabhängig voneinander „entwickeln“ können (vgl. Hopkins & Wallerstein 1977: 11). Mit ihrem Weltsystemansatz argumentierten sie als Antwort darauf, dass die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft ein kontinuierlicher Prozess ist, indem sich verschiedene nationale Einheiten unterschiedlich schnell auf einen internationalen Markt zubewegen (vgl. Hopkins & Wallerstein 1977: 112). Die unterschiedlichen sozialen Sphären koexistieren hierbei mit der Arbeitsteilung und ihrer Bestandteile; somit wird die Welt kontinuierlich als Ganzes mit Zentren, Semiperipherien und Peripherien reproduziert. Kapitalakkumulation verstehen sie in diesem Zusammenhang als einen dialektischen Prozess verbunden mit ungleichem Austausch. Nicht alle Länder können gleichzeitig aufsteigen; wenn ein Land aufsteigt, führt dies automatisch dazu, dass ein anderes absteigt (vgl. Hopkins & Wallerstein 1977: 112). Mit einer Analyse des Weltsystemansatzes kann im kolumbianischen Kontext aufgezeigt werden, warum extraktivistische

entwicklungspolitische Ansätze eine große Rolle spielen und wer die Profiteur*innen davon sind.

Doch was genau bedeutet „Entwicklung“ überhaupt? Der Begriff bzw. das Konzept der „Entwicklung“ wird zentral für diese Arbeit sein, da u.a. die kolumbianische Entwicklungspolitik behandelt wird. Nach Escobar (2004: 15) ist „development [...] the name given to the strategy of modernization“. Dabei gehe Entwicklung mit Gewalt und Vertreibung einher, welche geschlechtsspezifisch sind.

Die Moderne ist eine Form der sozialen Organisation, welche sich zunächst im 17. Jahrhundert in Nordwesteuropa herausbildete. In kultureller Hinsicht ist die Moderne durch Orientierungen, wie bspw. dem Glauben eines kontinuierlichen Fortschritts, Prinzipien der Individualität und einer Rationalisierung der Kultur gekennzeichnet. In der sozialen Sphäre lassen sich eine Bürokratisierung des täglichen Lebens auf Grundlage von Expert*innenwissen und Institutionen wie Nationalstaaten hervorheben. Wirtschaftlich ist die Moderne stark verbunden mit verschiedenen Formen des Kapitalismus (vgl. Escobar 2004: 16). Die Moderne und dementsprechend auch Entwicklung seien somit räumlich-kulturelle Projekte, die eine kontinuierliche Eroberung von Völkern und Territorien, sowie deren kulturelle und ökologische Transformation benötigen, um zu funktionieren – dies geschehe im Sinne einer vermeintlich rationalen Ordnung (vgl. Escobar 2004: 16). Dieses System ist nicht in der Lage, Wohlstand gerecht zu verteilen – ein kleiner Teil der Weltbevölkerung profitiert, während der Rest dafür bezahlen muss.

„At the base of this modern incapacity lies the fact that many of the modern society’s key functions have been subordinated to technology and the market (what some sociologists call the hyper-technification of rationality and a hypermarketization of social life). When technology and the market fail, as they inevitably do, the result is an oppressive globality in which violence increasingly takes on the function of regulation of peoples and economies.“ (Escobar 2004: 16)

Die Größe der exkludierten Klasse hängt dabei von der zentralen Stellung des Landes im Weltsystem ab (s. Wallerstein & Hopkins 1977), ist aber in Asien, Afrika und Lateinamerika besonders groß (vgl. Escobar 2004: 17). Vor allem Frauen leisten durch bspw. Sorge- und Reproduktionsarbeit eine der wichtigsten Arbeiten, um dieses System aufrechtzuerhalten – werden dafür aber nicht entlohnt und sehen sich somit häufig einer Doppeltbelastung ausgesetzt. Außerdem sind sie somit vulnerabler für geschlechtsspezifische Gewalt.

Auch Jacqui True (2012) bringt Entwicklung und Gewalt zusammen und ist der Meinung, dass Gewalt gegen Frauen nicht „nur“ ein Menschenrechtsproblem, sondern auch ein Entwicklungsproblem ist. Sara Meger weist zudem darauf hin, dass geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, bewaffnete Konflikte und Entwicklungsprojekte in Zusammenhang gebracht werden müssen und somit auch kolonialen Praktiken. Diese Projekte regulieren die Lebensrealitäten der Bürger*innen und die Ökonomien (vgl. Meger 2016: 50). Entwicklungsprojekte können beispielsweise (neo-)extraktivistische Tätigkeiten sein, wie sie auch in Kolumbien oft Anwendung finden.

In dieser Arbeit wird das Konzept der „Entwicklung“ somit eng in Verbindung mit Exklusion und Neoliberalisierungsprozessen gebracht. Das Konzept bringt vielfältige soziale, ökonomische und politische Probleme mit sich. Auch Extraktivismus (was ein zentrales Thema dieser Arbeit ist) ist ein Teil von Entwicklungsprozessen und wird im Folgenden näher erläutert.

Der Begriff des Extraktivismus wurde früher primär zur Beschreibung von Wirtschaftspraktiken und -sektoren verwendet. Zentrale Merkmale des „klassischen“ Extraktivismus sind „eine starke Rolle transnationaler Unternehmen bei der Rohstoffausbeutung und Gewinnaneignung sowie eine funktionale Rolle des Staates bei der binnengesellschaftlichen Absicherung dieses Modells“ (Dietz 2013: 512).

Aktuell wird mit dem post-neoliberalen Politikansatz (Neo-)Extraktivismus ein spezifisches Entwicklungsmodell kritisch beleuchtet und nicht mehr nur konkrete ökonomische Praktiken (vgl. Dietz 2013: 511). Bei diesem Ansatz kontrollieren Regierungen die Ressourcenaneignung auf politischer Ebene stärker und wollen mit den erzielten Mehreinnahmen entwicklungsfördernde Maßnahmen auf- und ausbauen. Unternehmen und teilweise auch Rohstoffvorkommen sollen z.B. verstaatlicht, Verträge neu ausgehandelt oder Ausfuhrzölle und Steuerabgaben erhöht werden. Die Rohstoffextraktion wird in den jeweiligen Ländern oft gesellschaftspolitisch gerechtfertigt, indem von einem Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut gesprochen wird (vgl. Dietz 2013: 512).

Eng verknüpft mit dem Begriff ist eine Kritik am Wiedererstarken eines kapitalistisch, exportorientierten Wirtschaftsmodell in Lateinamerika. Es geht hier vor allem um Ressourcenausbeutung und -nutzung, sozial-ökologische Konfliktdynamiken und ökologische Schäden (vgl. Dietz 2013: 511). Soziale und ökologische Kosten dieser Wirtschaftsweise sollen externalisiert werden; territoriale Transformationsprozesse

resultieren in einer Umgestaltung von sozialen Verhältnissen, Landschaften und Arbeitsbeziehungen (vgl. Dietz 2013: 512).

Anknüpfend an Escobar wird ebenfalls das zugrunde liegende Verständnis von Entwicklung kritisiert, in dem Natur als auszubeutende Ressource gesehen wird und eine asymmetrische Weltmarktintegration vorliegt (vgl. Dietz 2013: 512f). Die Extraktivismuskritik ist eng mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden und somit auch mit der Politischen Ökonomie, da diese davon ausgeht, dass alle Formen von Macht einschließlich der Anwendung von Gewalt materiell begründet sind und auf materiellen und ideologischen Beziehungen der Ungleichheiten beruhen. Daher ist ein zentraler Ansatzpunkt die Zusammenhänge der verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereiche zu untersuchen (vgl. True 2014: 44).

Nicht nur bei einer Betrachtung von strukturellen Geschlechterungleichheiten ist eine Betrachtung der Kolonialzeit zentral. Auch bei einer Analyse derzeitiger polit-ökonomischer Prozesse, wie bspw. Entwicklungsprojekte oder extraktivistische Politiken muss diese miteinbezogen werden, da ein rein ökonomischer Blick auf Extraktivismus nicht ausreicht. Es handelt sich hierbei um eine Kontinuität von kolonialen Machtverhältnissen.

Der dekoloniale Wissenschaftler Ramón Grosfoguel (2006) argumentiert, dass zwischen der politischen Ökonomie und Kolonialismus eine enge Beziehung vorherrscht, welche zentral für ein Verständnis der Natur des globalen Kapitalismus und des heutigen Weltsystems ist. Das historische Erbe der Kolonialzeit prägt die heutige globale politische Ökonomie. Sein Hauptaugenmerk liegt dabei auf Prozessen der wirtschaftlichen Ausbeutung und nicht „nur“ territorialer Eroberung (vgl. Grosfoguel 2006: 28). Militärische und wirtschaftliche Macht wurde von europäischen Kolonialmächten genutzt, um Ressourcen aus den kolonisierten Gebieten zu extrahieren. Grosfoguel argumentiert, dass dieser Prozess der wirtschaftlichen Ausbeutung zentral für die Entwicklung des Kapitalismus war, da er eine Quelle an Rohstoffen und billiger Arbeitskräfte schuf, welche letztendlich für eine kapitalistische Expansion genutzt werden konnten (vgl. Grosfoguel 2006: 28ff).

Außerdem argumentiert Grosfoguel (2006), dass der Prozess der Globalisierung die wirtschaftlichen Ungleichheiten, die der Kolonialismus geschafft hat, noch weiter verstärkt hat. Dies läge daran, dass dadurch die Bewegung von Gütern und Kapital aus reichen Ländern in ärmere Länder erleichtert wurde – häufig auf Kosten lokaler Wirtschaften und Arbeitsmärkte (vgl. Grosfoguel 2006: 26f).

3.2 Synopsis

In dieser Arbeit kommen verschiedene Theorien und Konzepte zum Ausdruck, welche miteinander verknüpft werden und im Folgenden noch einmal zusammengefasst werden. Ziel ist es strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik miteinander zu verbinden und im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens aufzuzeigen wie diese zusammenhängen und Einfluss auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen nehmen. Die feministische politische Ökonomie bildet hierbei den Rahmen und wird durch de- bzw. postkoloniale Theorien ergänzt (s. *Abb. 1*).

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen versteh ich in dieser Arbeit sowohl als politische Gewalt nach Valentino (2014), als strukturelle Gewalt nach Farmer (2004), als auch als symbolische Gewalt nach Menjívar (2011). Ein Zusammendenken dieser verschiedenen Sphären der Gewalt sehe ich als zentral. Außerdem analysiere ich die Gewalt in Kolumbien mit Hilfe der Theorie des Konfliktkontinuums. Zudem geht geschlechtsspezifische Gewalt meiner Meinung nach aus einem Zusammenspiel von strukturellen Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichteter Entwicklungspolitik hervor. Strukturelle Ungleichheiten versteh ich nach Davies & True (2015) als Produkt geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse, wobei strukturierte (Re-)Produktionsbeziehungen zentral sind. Eine neoliberale Globalisierung verstärkt Geschlechterungleichheiten und damit eng verbunden geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen. Jacqui Trues (2014; 2012) Theorie ergänze ich in meiner Arbeit, da ich einen anderen Geschlechterbegriff verwende, welcher intersektional ist und im Kontext kolonialer Machtverhältnisse gedacht werden muss. Es geht nicht nur um Geschlecht, sondern auch um Race und dem Verhältnis dessen, welches erst in der Kolonialzeit entstanden ist. Quijano's Werk (2007) ist hilfreich zeitlich bis in die Kolonialgeschichte zurückzugehen, da er sich vor allem mit kultureller Beherrschung beschäftigt. Mit diesem Zusatz kann ich die politökonomische Ansicht, dass die Ökonomie Gesellschaften und Systeme strukturiert ergänzen mit der Annahme de-kolonialer Theorien, dass Kategorien wie Race und Geschlecht ebenfalls strukturieren und kapitalistische Strukturen erst ermöglichen. Zudem kann ich erklären, warum in bestimmten Gebieten bestimmte Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig oft von der Gewalt im Post-Konflikt betroffen sind.

Wie bereits erwähnt liegt dieser Arbeit liegt meine Hypothese zugrunde, dass strukturelle Geschlechterungleichheiten und extraktivistische Entwicklungspolitik kokonstitutiv in

Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen sind und dass diese Entwicklungspolitik nur funktionieren kann, wenn strukturelle Ungleichheiten vorherrschen. „Entwicklung“ sehe ich in diesem Zusammenhang nach Escobar (2004) als ständige kulturelle und ökologische Transformation, bei der Vorteile ungerecht verteilt werden und vor allem der Globale Süden im Nachteil ist. Der Weltsystemansatz (vgl. Wallerstein 1977) hilft uns dabei zu verstehen, warum Lateinamerika ein „Verlierer“ im Entwicklungsprozess ist und warum hier Extraktivismus eine große Rolle spielt. (Neo-)Extraktivismus verstehe ich als Entwicklungsmodell, welches große soziale und ökologische Kosten mit sich bringt und auf einer asymmetrischen Weltmarktintegration beruht. Auch hier muss bis in die Kolonialzeit zurückgedacht werden (vgl. Grosfoguel 2006) da ich heutige extraktivistische Tätigkeiten als Fortsetzung damaliger wirtschaftliche Ausbeutung von Gütern und Kapital sehe.

Zusammengefasst habe ich als theoretische Grundlage somit drei große Themenfelder, die ich brauche, um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens zu verstehen: Zum einen Ökonomie, zum anderen Geschlecht und drittens Kolonialität. Die feministische politische Ökonomie erlaubt mir eine Untersuchung von Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit und der damit einhergehenden Doppelbelastung für Frauen, wodurch sie vulnerabler für geschlechtsspezifische Gewalt sind. Die de- bzw. post-kolonialen Ansätze helfen die Intersektionalität zu Race mitzudenken und um eine Verbindung zwischen der Kolonialzeit und gegenwärtigen Gewaltverhältnissen herzustellen und diese zu verstehen.

Aufbauend auf der hier vorgenommen theoretischen Einbettung wird im nächsten Kapitel nun die methodische Vorgehensweise dargestellt.

4 Methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll sowohl das konkrete methodische Vorgehen dieser Arbeit erläutert werden als auch meine Position als Forscherin und die Position dieser Arbeit reflektiert werden. Zudem werden Defizite und Probleme dieser Arbeit aufgezeigt.

Dieser Arbeit liegt ein zirkulärer bzw. iterativer Forschungsprozess zu Grunde. Eingangs ging es um die allgemeine Frage, warum im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ansteigt. Angefangen mit dieser thematischen Forschungsidee wurde Literatur gesichtet, analysiert und immer wieder neue Fragen bzw. Hypothesen aufgeworfen. Über die Literaturrecherche wurden strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik als Faktoren zentral. Wie bereits im Forschungsstand dargestellt gibt es bereits Berichte von anderen Fallbeispielen, in denen ein Zusammenhang erkennbar wurde. Daraufhin wurde die vorhandene bzw. neue Literatur erneut in Hinblick auf die entstandenen Fragen untersucht. Dieser Prozess wiederholte sich mehrfach und nahm einige Monate in Anspruch bis sich schließlich das vorliegende Thema bzw. die Fragestellung als zentralen Analysepunkt herausgestellt hat.

Zur Analyse von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im Kontext von strukturellen Geschlechterungleichheiten und extraktivistischen Entwicklungspolitiken wird ein transdisziplinärer² Ansatz herangezogen. Dies ist hilfreich Forschungen aus verschiedenen Disziplinen einzubeziehen (vgl. Buch-Hansen & Nielsen 2020: 23). In dieser Arbeit werden zum einen deskriptive Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Kolumbien, Menschenrechtsverletzungen gegen Aktivist*innen und Handelsdaten in Bezug auf extraktivistische Aktivitäten herangezogen. Quantitative Statistiken bieten die Möglichkeit ein Phänomen deskriptiv zu analysieren und können durch qualitative Untersuchungen vertieft werden. Zum anderen wird Sekundärliteratur, wie bspw., Fachzeitschriften, Fallstudien, Policy Papers, NGO Berichte, Government Reports, Pressemitteilungen von Firmen, Zeitungsartikel und ähnliches mit Hilfe der sieben Phasen (s. *Abb. 2*) einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz & Rädiker (2022) analysiert.

² Transdisziplinär bedeutet für mich in dieser Arbeit, Literatur, Daten und Quellen aus verschiedenen Fachbereichen und Bereichen des öffentlichen Lebens etc. miteinzubeziehen und nicht streng in einer wissenschaftlichen Disziplin bei meiner Recherche zu bleiben.

Abb. 16 Ablauf einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse in 7 Phasen

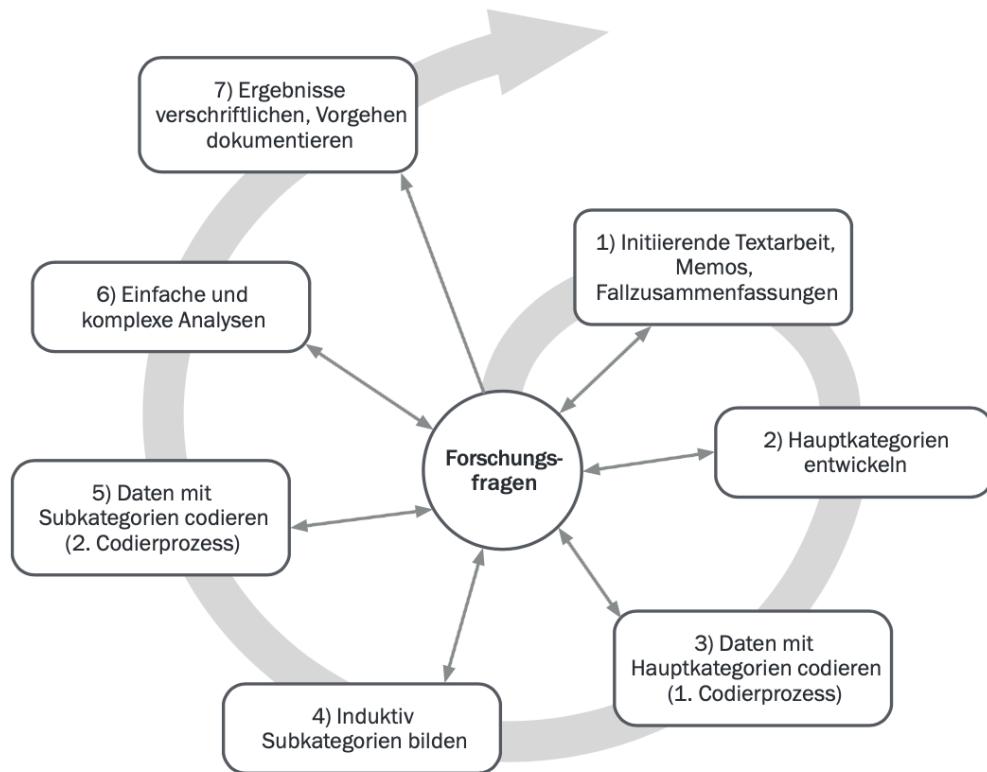


Abbildung 2 Inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse (Quelle: Kuckartz & Rädiker 2022: 132)

Für die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse wird wie in Abbildung 2 dargestellt eingangs Textarbeit vorgenommen. Dafür habe ich relevant erscheinende Texte in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, strukturelle Ungleichheit und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik in Kolumbien aufmerksam gelesen, mir zentrale Passagen markiert und bereits erste Anmerkungen hinzugefügt. Das Hauptaugenmerk lag hier auf dem Post-Konflikt Kontext Kolumbiens. Anschließend habe ich wie Kuckartz & Rädiker (2022: 133) vorsehen grobe Zusammenfassungen der Texte erstellt. Aus diesen Zusammenfassungen habe ich alles Relevante und Auffällige herausgearbeitet und somit erste Kategorien und Subkategorien entwickelt (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 133). Im dritten Schritt, dem ersten Codierungsprozess (s. Abb. 2), habe ich alle Texte erneut durchgearbeitet und relevante Textabschnitte den Kategorien zugewiesen – nicht relevante blieben uncodiert. Die Codierung von mehreren Kategorien im gleichen Textabschnitt war hierbei möglich (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 134). In Phase vier wurden anhand des Materials und der bereits vorhandenen Kategorien induktiv Subkategorien

erstellt. Dies geschah auch auf Grundlage der dieser Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Einordnung. Dabei hat mich mein theoretischer Rahmen bereits in die Richtung gelenkt auch historische Ereignisse und Entwicklungen bis in die Kolonialzeit mit einzubeziehen, da Gewalt in einem Kontinuum besteht. Außerdem gibt mir die feministische Politische Ökonomie einen Blickwinkel vor, durch den ich besonderes Augenmerk auf die geschlechtsspezifischen Strukturen des Weltsystem und der Gesellschaft lege. Dementsprechend sind Kategorien, wie bereits erwähnt, induktiv aus den Texten entstanden, aber wurden auch von meinem Vorwissen und meinen Hypothesen beeinflusst. Meine Interpretation der Textstellen spielte somit eine Rolle.

Anschließend wurde in Phase fünf ein zweiter Codierungsprozess durchgeführt. Die Textstellen, die bislang noch den Hauptkategorien zugeordnet waren, wurden jetzt den jeweiligen Subkategorien in der Tabelle zugeordnet, um eine bessere Übersicht zu erlangen (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 142). Im Gegensatz zu Kuckartz & Rädiker habe ich anschließend noch Subsubkategorien festgelegt, da die Ergebnisse bzw. die Textstellen für mich somit übersichtlicher zu ordnen waren. Die Kategorien und Subkategorien wurden in einer Tabelle (in dieser Arbeit graphisch dargestellt, s. *Abb. 3*) aufgelistet.

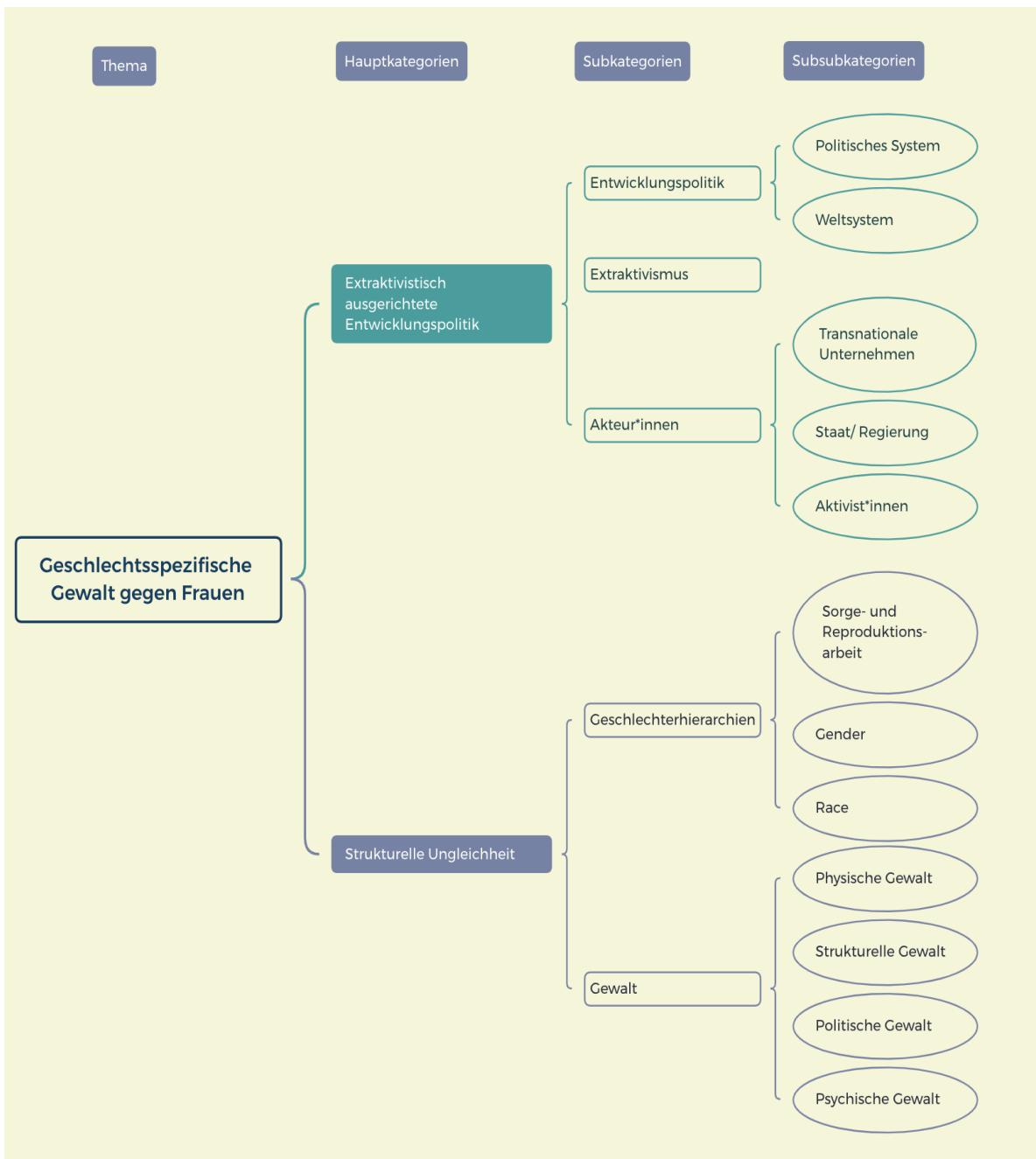


Abbildung 3 Kategoriensystem (Quelle: Eigene Darstellung)

Das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen habe ich zunächst durch die beiden Hauptkategorien „Extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik“ und „Strukturelle Ungleichheit“ gegliedert, da dies meine zwei Variablen sind, die ich im Zusammenspiel als Auslöser für geschlechtsspezifische Gewalt im Post-Konflikt untersuchen möchte. Die Subkategorien habe ich in Hinsicht dessen gewählt, dass sie mir helfen aufzuzeigen, dass es strukturelle Ungleichheiten gibt und wie die extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik in Kolumbien funktioniert. Bei der strukturellen

Ungleichheit waren vor allem die Subkategorie „Geschlechterhierarchien“ und „Gewalt“ zentral. Auf Basis dessen habe ich dann weitere Subsubkategorien angelegt, die erklären können, wie Geschlechterhierarchien funktionieren und wodurch sie bedingt werden. Dabei stellte sich vor allem „Sorge- und Reproduktionsarbeit“ als zentrales Bindeglied zur Entwicklungspolitik heraus. Die Gewalt wurde aufgeteilt, in physische, strukturelle, politische und psychische Gewalt, da die Motivation der Taten bei einer Analyse zentral sind - vor allem bei einer Untersuchung des polit-ökonomischen Charakters.

Bei der Kategorie „Extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik“ habe ich zum einen „Entwicklungspolitik“ als Subkategorie gewählt mit den Subsubkategorien „politisches System“ und „Weltsystem“. Dies erlaubt mir eine kontextuale Einordnung von Kolumbiens Politik und Ökonomie. Zum anderen die Subkategorie „Akteur*innen“, damit analysiert werden kann wer in die Prozesse involviert ist und welche Interessen hinter dieser Politik stehen können. „Extraktivismus“ als Subkategorie steht für sich allein.

Nachdem der Codierungsprozess beendet war, habe ich in Phase sechs mit der Analyse begonnen. Dabei habe ich zunächst Zusammenhänge innerhalb einer Hauptkategorie und den entsprechenden Subkategorien analysiert und anschließend zwischen den Hauptkategorien. Dadurch ließen sich Muster bzw. Themencluster identifizieren, die im Rahmen dieser Arbeit dargestellt werden (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 149).

In Anbetracht kritischer Ansätze, wie der post- und dekolonialen Theorie, muss meine Positionalität als Forscherin in dieser Arbeit kritisch betrachtet werden. Die Welt, in der wir leben ist nach wie vor von (post-)kolonialen Strukturen, die mit rassistischen Herrschaftsstrukturen sowie westlich geprägter Wissensproduktion einhergehen, geprägt. Die Positionalität bezieht sich dabei u.a. auf den kulturellen und sozialen Standort einer Person, welcher ihre Erfahrungen und Privilegien prägt. Daher ist eine ständige Selbstreflektion als junge, *weiße* Frau aus Deutschland unumgänglich. Meine Position als Forscherin in einem Masterstudiengang an der Universität Wien ist sicherlich privilegiert und beeinflusst meine Vorurteile, Perspektiven und Interpretationen der Thematik. Auch für meine gewählten Kategorien spielt meine Positionalität sicherlich eine Rolle.

Während meiner Forschung habe ich mich stets bemüht mich selbst und meine Arbeit zu reflektieren, sowie mir Feedback, Perspektiven und Ansichten von anderen Menschen einzuholen. Zudem hoffe ich, dass ich durch den Masterstudiengang Internationale Entwicklung eine gewisse Forschungssensibilität erlernt habe und diese anwenden kann. Dennoch schreibe ich als Person des Globalen Nordens über Dynamiken im Globalen Süden

und trage somit ungewollt zu einer Aufrechterhaltung des Machtungleichgewichts in der akademischen Gemeinschaft bei.

Auch habe ich aufgrund meiner geringen Spanischkenntnisse vermehrt auf englische Literatur zurückgegriffen, wodurch meine Perspektive als Forscherin von Machtverhältnissen, meiner Umgebung und meines Wissens beeinflusst wurde. Zudem besteht die Möglichkeit, dass ich beim Übersetzen spanischer Texte Interpretationsfehler gemacht habe.

Problematisch kann zudem sein, dass es keine zweite Person gibt, die meine gebildeten Kategorien überprüft, abgeglichen oder überarbeitet hat. Dies bedeutet, dass meine Interpretation der Ergebnisse keine Allgemeingültigkeit hat und eine andere Person bei der gleichen Literaturanalyse andere Ergebnisse erhalten könnte. Auch hätten Interviews mit beteiligten bzw. betroffenen Personen zusätzliche Einblicke bieten können. Aufgrund von Covid-19, dem finanziellen Mehraufwand und auch der Problematik als westliche Forscherin nach Kolumbien zu reisen, um dort Andere zu „beforschen“ wurden diese nicht durchgeführt.

Im Folgenden soll es nun zunächst um den bewaffneten kolumbianischen Konflikt und seine Hintergründe gehen, bevor anschließend die kolumbianische Entwicklungs- und Bergbaupolitik thematisiert wird.

5 Der kolumbianische Konflikt

Der Ursprung des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien ist in der Literatur ein kontrovers diskutiertes Thema. Das Land ist geprägt von einer gewaltvollen Vergangenheit, welche bereits in der Kolonialzeit ihren Ursprung hatte. Anschließend kam es bereits im 19. Jahrhundert zu Bürgerkriegen zwischen Konservativen politischen Eliten und Liberalen (vgl. López Montana et. al. 2019: 97).

Dabei gibt es einen Zusammenhang zwischen dem kolumbianischen Bürgerkrieg und Problemen im Agrarsektor (vgl. Gutiérrez Sanin 2019: 321). Vor allem in den 80er Jahren verschärzte sich der Konflikt durch neoliberale Umstrukturierungen und die Ausweitung ausländischer Direktinvestitionen (vgl. Jenss 2016). Die globale Rohstoffnachfrage stieg rapide an während zeitgleich natürliche Ressourcen immer knapper wurden. Aufgrund der negativen Effekte, die die ökonomische Umstrukturierung Kolumbiens auf die lokale Bevölkerung hatte, wird in Bezug auf die 80er und 90er Jahre auch oft von einer „verlorenen Dekade“ gesprochen (vgl. WKO 2023: 56).

Im Folgenden soll zunächst auf die Kolonialgeschichte Kolumbiens eingegangen werden, welche das Land bis heute nachhaltig prägt und rassistische und misogyne Einschreibungen in der Gesellschaft hinterlassen hat. Dieser Rückblick ist zentral für die weitere Analyse, da ein Verständnis des Kernproblems notwendig ist, um heutige Situationen und Verhältnisse verstehen und behandeln zu können. Anschließend wird der bewaffnete kolumbianische Konflikt thematisiert, welcher ebenfalls zentral für die spätere Betrachtung der Post-Konflikt Zeit Kolumbiens ist. Abschließend wird auf die Friedensverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahr 2016 eingegangen, bevor im nächsten Kapitel die extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik Kolumbiens behandelt wird.

5.1 Die Kolonialgeschichte Kolumbiens

Kolumbien setzte sich aus verschiedensten Gemeinschaften zusammen, bevor im 15. Jahrhundert die Kolonisten kamen. Durch diese änderte sich die Nutzung natürlicher Ressourcen in der Kolonialzeit. Im 16. Jahrhundert ersetzte Landwirtschaft Minenarbeit weitgehend, da Metall- und Mineralressourcen erschöpft waren. Wurde Landwirtschaft zunächst primär zur Lebenssicherung von kolonialen Siedlungen und zum unmittelbaren Konsum von Kohlearbeiter*innen genutzt wurde sie schließlich zum Fundament der

kolumbianischen Ökonomie. Sowohl der Bergbau als auch später die Landwirtschaft basierten zunächst auf der Ausbeutung indigener Arbeitskraft (vgl. Sachseder 2022: 87). Ab den 1510er Jahren wurden trotz der Widerstände der einheimischen Stämme die ersten Kolonien in Kolumbien gegründet. Die Folge davon war massive Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung (vgl. Hristov (a) 2014). Sklaven wurden verkauft, auf die Kolonien aufgeteilt und bspw. gezwungen in Goldminen an der Pazifikküste zu arbeiten (vgl. Oslander 2007: 754). Die indigene Bevölkerung ging als Resultat der unmenschlichen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen dramatisch zurück und die spanische Krone wandte sich dem afrikanischen Sklavenhandel als alternative Quelle für Arbeitskräfte zu. Landbesitzer*innen und Minenarbeiter*innen, kauften und importierten Sklaven von dem afrikanischen Kontinent. Es wurden Lizenzen an spanische Kaufleute und später auch an Kaufleute anderer Regionen verkauft, die es ihnen ermöglichten Sklaven einzuführen (vgl. Oslander 2007: 754). Zudem wurden neue Identitäten bzw. Labels wie „Indigen“ oder „Afrokolumbianisch“ kreiert, um die Ausbeutung zu legitimieren. Menschen, die in diese Kategorien passten, wurden rassifiziert und letztendlich unter einer negativ konnotierten Identität zusammengefasst (vgl. Quijano 2005: 56f). Nur Männer konnten zivilisiert sein, während Frauen, Indigene Menschen und versklavte Afrikaner*innen als keine menschliche Spezies angesehen wurden (vgl. Lugones 2007: 743). Sie nahmen niedrigere Positionen in Kolumbiens politischen, ökonomischen sowie sozialen Strukturen ein.

Im Jahr 1810 wurde Kolumbien formal unabhängig von der spanischen Kolonialherrschaft. Die frühe kolumbianische Geschichte nach der Kolonialzeit wird oft mit Simón Bolívar in Verbindung gebracht, welcher *New Granada* (ehemaliger Name Kolumbiens) und Venezuela zu einem mächtigen Staat zusammenführen wollte – dem sogenannten *Gran Colombia* (vgl. Lasso 2006: 350f). Im Jahr 1821 formalisierte dann der revolutionäre Kongress unter Bolívar verschiedene Programme, wie beispielsweise, dass ehemals communal genutzte Ländereien von indigenen Personen in private Grundstücke aufgeteilt werden. Durch diese Reform wurde später land-grabbing vereinfacht (vgl. Lasso 2006: 348f). Im Jahr 1851 wurde außerdem die Sklaverei offiziell abgeschafft, was u.a. starken Einfluss auf den Goldbergbau hatte, da sich dieser stark auf Sklavenarbeit gestützt hatte und somit Arbeiter*innen fehlten (Keen and Haynes 2012: 244ff).

Auch mit der formalen Dekolonialisierung im 19. Jahrhundert änderte sich diese Hierarchie nicht. Der globale Kapitalismus übernahm die Machtstrukturen, das Geschlechtersystem und ökonomische Unterwerfung aus der Kolonialzeit und erhielt Machtformen wie Sexismus,

Klassismus und Rassismus (vgl. Sachseder 2022: 169). Somit ist dieser Teil der kolumbianischen Geschichte bis heute relevant und kann Erklärungsansätze über aktuelle Probleme, wie bspw. geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen liefern.

Während der Kolonialzeit „zivilisierten“ die Spanier; später waren dann die Kreolen³ in den Staatsbildungsprozess involviert. Sie sprachen sich für ein Loslösen von ausländischer Dominanz, für Staatsregulierungen und den Schutz von Klassenprivilegien aus; klammerten hierbei aber Geschlechter- und Rassenungleichheiten aus. Ihr Wunsch nach Zivilisierung blieb rassistisch und patriarchal (vgl. Sachseder 2022: 91). Der Nationalstaat war darauf ausgerichtet die Macht und das Eigentum von weißen elitären Männern zu sichern, während Indigene und Schwarze Personen unterdrückt wurden. Dies schloss ihre gemeinschaftlichen Ländereien und ihre politischen, ökonomischen und sozialen Traditionen mit ein (vgl. Pérez de Armiño 2023: 5).

In den ersten beiden Dekaden des 20. Jahrhundert ließ sich dann eine beginnende Industrialisierung in Kolumbien erkennen, welche von Landkonflikten begleitet wurde. Die Elite schuf einen unabhängigen Staat der stark auf Ausbeutung beruhte und dessen Wirtschaftssystem vorkapitalistische Merkmale aufwies (vgl. Pérez de Armiño 2023: 25f). Im Laufe des Jahrhunderts wurden die meisten kommunalen Ländereien (erleichtert durch Landreformen) per Gesetz enteignet und in „large rural estates privately owned by the white elite [...]“ (Hristov 2009: 180) umgewandelt. Richani (1997: 38) beschreibt diesen Prozess wie folgt: „if there is an epicentre, or flashpoint, that could have set the process of leading to the war system [...] it would be the conflicts that have surrounded the distribution of land in Colombia.“ Um die Folgen dieses Epizentrums soll es im Folgenden Kapitel gehen.

5.2 Der bewaffnete kolumbianische Konflikt

Meist wird davon ausgegangen, dass der Bürgerkrieg, über den wir im Zusammenhang mit den Friedensprozessen sprechen auf eine Zeit zurückzuführen ist, die auch *La Violencia* (*dt. Die Gewalt*) genannt wird und auf die Jahre 1948-1964 zurückdatiert wird (vgl. Uribe 2020: 11). Zu dieser Zeit kam es zu politisch motivierten Konflikten zwischen Konservativen und Liberalen Parteien, welche zunächst einen Pakt (*Frente Nacional*, *dt. nationale Front*) unterschrieben und sich somit auf eine Teilung der Macht für die nächsten 15 Jahre einigten.

³ Kreolen (criollos) wurden die Nachkommen von Europäer*innen im spanischen Kolonialreich genannt. Dies diente der Abgrenzung zu den Spaniern aus dem Mutterland (peninsulares).

Frente Nacional (1958-1974) war eine Vereinbarung der zwei Hauptparteien, die damit verschiedene Agrarreformen ins Leben riefen. Jedoch waren diese Reformen nicht erfolgreich und wurden 1972/3 wieder abgeschafft (vgl. Gutiérrez Sanin 2019: 317).

Der Konflikt manifestierte sich jedoch nicht nur zwischen Liberalen und Konservativen, sondern vor allem auch zwischen großen Landbesitzer*innen und Bäuer*innen, die Widerstand gegen die nationale Landpolitik leisteten (vgl. Phelan 2018: 838). Die Demokratie Kolumbiens wurde von der Bevölkerung stark kritisiert und als korrupt, exklusiv und elitär bezeichnet. Diese Stimmungslage begünstigte die Entstehung verschiedener linksgerichteter Guerilla-Gruppierungen, wie z.B. den FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*, dt.: *Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee*), die sich bspw. für eine gerechtere Landverteilung stark machten (vgl. Jenss 2016: 134). Die FARC waren eine politisch-militärische Organisation, die vor allem im ländlichen Raum starken Zulauf erhielt (vgl. Phelan 2019: 841). Oberbefehlshaber war Rodrigo Londono Echeverri, der auch Timoleón “Timochenko” Jiménez genannt wurde (vgl. Phelan 2019: 839).

Die fehlende Fähigkeit der kolumbianischen Regierung mit den aufkommenden Guerilla-Bewegungen in den 1960er Jahren umzugehen, führte dazu, dass sie die Gründung von paramilitärischen Gruppen unterstützte, welche vor allem für ihre Menschenrechtsverletzungen gegenüber Zivilist*innen bekannt sind (vgl. Nilsson & González Marín 2020: 239). Es bildeten sich mehrere rechtsgerichtete paramilitärische Gruppen heraus, die gegen die Guerillas kämpften, dabei häufig auch Zivilist*innen angriffen und mehr oder weniger eng mit dem Staat zusammenarbeiteten (vgl. Koopman 2020: 2). Ziel der Angriffe war häufig Kontrolle über Territorien zu erlangen und dort Macht ausüben zu können (vgl. Rettberg 2020: 86).

Die verschiedenen involvierten Gruppen fundierten zwar auf unterschiedlichen ideologischen Ursprüngen, haben jedoch gemeinsam, dass sie die Ineffektivität und den Exklusionscharakter der kolumbianischen Institutionen widerspiegeln (vgl. Rettberg 2020: 86). Auch wenn der primäre Konflikt zwischen der Regierung und den FARC-Guerillas bestand, gab es auch andere Guerilla-Gruppen, die gegen den Staat kämpften und im Laufe der Zeit entweder besiegt wurden oder einen Friedensvertrag unterschrieben haben. Heute ist von diesen Gruppen nur noch die ELN (*Ejercito de Liberación Nacional*, dt. *Nationale Befreiungsarmee*) übrig. Sie streben primär eine Nationalisierung von natürlichen Ressourcen an (vgl. Rettberg 2020: 85). Auch die FARC haben sich nicht komplett demobilisiert bzw.

haben mittlerweile den Demobilisierungsprozess wieder verlassen. Von der kolumbianischen Regierung werden sie nicht mehr als politische Akteur*innen gesehen. Sie agieren mittlerweile meist in kleineren getrennten Gruppierungen (vgl. Koopman 2020: 2).

Der kolumbianische Konflikt verschärfte sich in den 1980er Jahren, was durch eine neoliberale Umstrukturierung und die Ausweitung ausländischer Direktinvestitionen vorangetrieben wurde (vgl. Jenss 2016: 134f). Der Druck auf den Zugang zu Rohstoffen wurde aufgrund der steigenden globalen Nachfrage und der Verknappung von natürlichen Ressourcen immer größer. Neoliberale Reformen und die Integration Kolumbiens in den Weltmarkt begannen bereits in den 70er Jahren aufgrund „the pressure to service their external debts in the late 1970s“ (vgl. Hristov 2014: 14) und intensivierten sich während der 80er Jahre. Nicht zu vergessen ist, dass viele lateinamerikanische Länder in der Zeit unter der Wirtschaftskrise litten, wodurch Armut zu einem immer größeren Thema wurde (vgl. Jenss 2016: 369f).

Der Konflikt intensivierte sich weiter in den 90er Jahren zeitgleich zu weiteren neoliberalen Reformen, auch bekannt als *apertura económica* (dt. *wirtschaftliche Öffnung*). Ländereien wurden privatisiert, Steuern gesenkt sowie Natur weniger geschützt, um globalen ökonomischen Akteur*innen den Weg zu ebnen (vgl. Aviles 2006: 5). Dies war ebenfalls ein fruchtbare Boden für die Expansion des Paramilitärs. Die Expansion wurde direkt vom Staat, dem Militär und der Polizei vorangetrieben (vgl. Hristov (a) 2014: 144ff). In den 1990er Jahren formierten sich verschiedene paramilitärische Kräfte zur Vereinigten Bürgerwehr Kolumbiens, den *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) (vgl. Hristov (a) 2014: 74f).

Mehr als 4.5 Millionen Hektar wurden von der AUC angeeignet. Da in besonders ressourcenreichen Gegenden eine hohe Präsenz von Guerillas herrschte, fürchteten transnationale Unternehmen eine Gefahr für ihre Aktivitäten. Sie investierten daher in nationale und lokale Sicherheitsbudgets, damit das Militär und die Polizei ihre Mitarbeiter*innen, ihre Infrastruktur und ihre Unternehmungen schützen (vgl. Guáqueta 2013: 10). Eine andere Maßnahme waren z.B. Einigungen mit dem Paramilitär, das dafür zuständig war, Land auszubeuten und anzueignen (vgl. Richani 2013: 11). Damit versuchte das Paramilitär die Stellung der Guerillas zu schwächen, um deren polit-ökonomischen Einfluss in den betroffenen Regionen zu minimieren. Ziel war es, die Oberhand über die indigenen Gemeinschaften zu gewinnen, um deren Ländereien mit ihren ökologischen

Ressourcen auszubeuten oder sie für den Drogenhandel zu nutzen. Gängige Mittel dafür waren Verdrängung und sexuelle Gewalt (vgl. Sachseder 2020: 170).

Der ehemalige Direktor für juristische Ermittlungen und dem Nachrichtendienst in Kolumbien, Captain Gardena bemerkte hierbei, dass

„the paramilitaries favour the interests of the transnational corporations in Colombia, and they are in charge of cleansing the terrain of people who represent a challenge to their interests, such as unionists or popular leaders, who disappear or are being killed“ (Hristov 2014: 77).

Das Paramilitär war ein nützliches Mittel für transnationale Unternehmen, da es anfälliger für kapitalistische Einflüsse war als bspw. die Guerillas und stark mit staatlichen Institutionen verbunden war. Zudem basieren paramilitärische Kräfte u.a. auf einer hegemonialen Männlichkeitskonstruktion, in der Männer „hart“ sein müssen - sowohl physisch als auch emotional (vgl. Theidon 2009: 17). Durch dieses Verständnis von „Männlichkeit“ wird Gewalt legitimiert und auch produziert.

In Kolumbien war und ist die militärische Versicherheitlichung ein Mechanismus zur Kontrolle unterirdischer Ressourcen, die von den letzten beiden Präsidenten eingesetzt und durch explizite Maßnahmen zur „Sicherung“ des nationalen Territoriums umgesetzt wurde. Aus Sicht der Regierung besteht eine Bedrohung vor allem durch internen Terrorismus, wobei dieser durch hegemoniale Diskurse mit Guerilla-Gruppen gleichgesetzt wird. Nicht die Zivilgesellschaft soll geschützt werden, sondern hauptsächlich Ressourcen, um diese produktiv zu nutzen (vgl. Vélez-Torres 2014: 72).

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass es sich in Kolumbien um einen äußerst gewaltvollen Konflikt handelte, der über mehrere Dekaden anhielt. Im Zentrum standen vor allem Landfragen (ähnlich, wie bereits in der Kolonialzeit), die Verteilung von Ländereien und Drogenhandel bzw. -anbau. Beteiligte waren sowohl links-gerichtete Guerilla-Gruppen, staatsnahe paramilitärische Gruppierungen, sowie indirekt auch die Regierung, die Gesellschaft und transnationale Unternehmen. Im Folgenden soll es nun um die formale Beendigung des Konflikts und den Weg dorthin gehen. Vor allem der Fokus auf Gender-Themen soll hier im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt beleuchtet werden.

5.3 Die formale Beendigung des kolumbianischen bewaffneten Konfliktes

Die Gewalt nahm während der 2000er Jahre zeitgleich zu einer Periode ökonomischen Wachstums zu (vgl. Maher 2015: 10). Der ehemalige Präsident Uribe (2002-2010) sprach meist von einem „Krieg gegen Drogen“ und später von einem „Krieg gegen Terror“. Die größte Gefahr ginge nach ihm von den FARC aus, wodurch er eine zunehmende Militarisierung und eine neoliberale Umstrukturierung der kolumbianischen Ökonomie rechtfertigte (vgl. Stausberg 2005).

Obwohl Uribe⁴ einen offiziellen Demobilisierungsprozess des Paramilitärs bzw. der AUC initiiert hatte und 2005 einen Friedensvertrag aushandelte, steigt die Anzahl der Kämpfer*innen nach wie vor. Sie wachsen nicht nur, sondern bauen ihre Netzwerke in verschiedensten ökonomischen, sozialen und politischen Sektoren immer mehr aus. Dabei werden sie von verschiedenen Arbeitssektoren unterstützt - so wie der Staatsarmee, transnationalem Kapital und Großgrundbesitzern (Hristov 2014: 103f). Einige paramilitärische Gruppen bestehen weiterhin, werden von der Regierung jetzt aber als BACRIMs (*bandas criminales*) bezeichnet. Diese Klassifizierung ist äußerst problematisch, da das „neue“ Paramilitär nicht lediglich kriminelle Gangs sind, sondern tief in die politische, soziale und ökonomische Realität Kolumbiens involviert sind (vgl. Sachseder 2022: 112). Aktuell agiert das Paramilitär in über 400 Gemeinden in Kolumbien. Nach wie vor haben sie vor allem auf lokaler und regionaler Ebene eine enge Beziehung zum Staat (vgl. Koopman 2020: 2).

Die Lage des kolumbianischen Bürgerkrieges spitzte sich immer mehr zu und der damalige Präsident Juan Manuel Santos bemühte sich um den Dialog mit den FARC-Guerillas. Die Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung und den FARC im August 2012 sah eine konzeptuelle Unterscheidung zwischen den Verhandlungen an sich und dem anschließenden Friedensprozess vor. Die Verhandlungen sollten in Havanna, Kuba stattfinden, während der Friedensprozess anschließend in Kolumbien nach der Unterzeichnung des Vertrages unter Einbezug aller Bürger*innen realisiert werden sollte (vgl. Herbolzheimer 2019: 49).

Die fünf Hauptthemen der Agenda sollten schrittweise angegangen werden: ländliche Entwicklung, politische Partizipation, illegaler Drogenanbau, Opfer des Konfliktes und die Beendung des Konfliktes an sich. Bevor die Diskussionen in Havanna starteten, gab es

⁴ Uribe war ursprünglich in den 1980er Jahren selbst an der Erschaffung des Paramilitärs beteiligt.

Konferenzen in Kolumbien, die von der Nationalen Universität und der UNO einberufen wurden. Es sollte über die Vorschläge und Bedürfnisse der breiten Öffentlichkeit zu gesprochen werden, um diese in die Friedensverhandlungen in Havanna einfließen zu lassen (vgl. Herbolzheimer 2019:49). Im Jahr 2014 wurden anschließend in einem Zeitraum von vier Monaten fünf Gruppen von zwölf Personen, die Opfer des Konfliktes wurden, zu den Friedensverhandlungen eingeladen, um von ihren Erfahrungen zu berichten (vgl. Herbolzheimer 2019: 49).

Zu Beginn der Friedensverhandlungen war zunächst nur eine Frau, Victoria Sandino, eine Ex- Kombattantin der FARC und Kongressfrau, anwesend. Sie sollte beratend bei Kommunikationsstrategien agieren. Durch ihre Position war es ihr möglich auf Gender-Themen aufmerksam zu machen und deren Sichtbarkeit zu erhöhen. Zudem machten sich kolumbianische Frauenbewegungen, wie z.B. die *Sisma Mujer* dafür stark, dass sie an den Dialogen in Havanna teilnehmen können (vgl. Ruiz-Navarro 2019). Vor allem die im Jahr 2000 adaptierte Landmark Resolution (S/RES/1325) zu *Women, Peace and Security* des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erwies sich als nützliches Werkzeug für die Frauenbewegungen. Die Resolution thematisiert die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, nachhaltigen Frieden aus einer Gender Perspektive, den Schutz von Frauen während bewaffneten Konflikten und in Post-Konflikt Situationen und die transversale Implementierung von Gender in UN-Programmen (vgl. United Nations 2005). Mit Hilfe der Resolution gelang es verschiedenen Akteur*innen die Regierung und die FARC zu überzeugen die Inklusion von Frauen voranzutreiben. Im September 2014 wurde darüber hinaus eine Gender- Unterkommission einberufen, welche sich aus Frauen mit diversen Erfahrungen und Hintergründen zusammensetzte (vgl. Ruiz-Navarro 2019). Ihre Aufgabe war es, alle Dokumente des Prozesses zu prüfen und sicherzugehen, dass die verwendete Sprache und die Vereinbarungen gender-gerecht sind. Die Unterkommission für Geschlechterfragen spielte vor allem eine zentrale Rolle bei der Stärkung des Gender-Ansatzes, da sie bei der Überprüfung des Abkommens wichtige Bestimmungen in Bezug auf Frauenrechte und politische Partizipation fördern konnten (vgl. Phelan 2019: 847). Zudem wurden drei Vertretungen von insgesamt 18 verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisation eingeladen, um ihre Vorschläge einzubringen (vgl. Herbolzheimer 2019: 49). Wie bereits erwähnt, erkannte die kolumbianische Regierung während den Friedensverhandlungen schließlich die Wichtigkeit an, Geschlechterungleichheiten und -asymmetrien zu thematisieren. Genauso wie auch eine Verbesserung der politischen Partizipation, Rechte für Frauen aus ländlichen Gebieten und die Thematisierung der Rechte

der Opfer nach dem Ende des Konfliktes zur Priorität gemacht wurden (vgl. Ruiz-Navarro 2019).

Der Vertrag umfasste sechs zentrale Punkte: eine umfassende Landreform, politische Partizipation, die Beendung des Konflikts, Opfer des Konflikts, Implementierung, Verifizierung und Anerkennung der Maßnahmen und eine Lösung für den illegalen Drogenanbau (vgl. Colombia 2016). Diese Punkte beinhalten eine stärkere Inklusion im ganzen Land, vor allem in bisher marginalisierten Gebieten, um u.a. die Demokratie Kolumbiens zu stärken (vgl. Phelan 2019: 836).

Ziel war es, eine strukturelle Transformation zu einzuläuten, sowie demokratische, soziale und politische Partizipation zu stärken (vgl. Phelan 2019: 844). Zentral ist zudem der formelle Übergang der FARC zur politischen Partei (vgl. Phelan 2019: 836). Nach dem ersten Kongress im August 2017 wurden die FARC somit zur *Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común* (dt. Alternative Revolutionäre Kräfte des Miteinander) (vgl. Phelan 2019: 837).

Aus der Einrichtung der verschiedenen Mechanismen zugunsten von Frauenrechten resultierten einige Maßnahmen die sich mit der Partizipation von Frauen innerhalb des demokratischen Systems befassten, wie bspw. die Priorisierung von weiblich geführten Haushalten bei der Unterstützung durch Landfonds, ein erleichterter Zugang zu Subventionen für Landkauf für Frauen oder auch eine Vereinfachung der Formalisierung ihres Eigentums als Bäuerinnen. Zudem sollen Rechtsberatungen und spezielle Schulungen zu Frauenrechten eingerichtet werden, damit die Frauen über ihre Rechte aufgeklärt werden und der Zugang zur Justiz erleichtert wird (vgl. Phelan 2019: 847). Ein weiterer Gender-Fokus liegt auf Gesundheit, insbesondere sexueller und reproduktiver Gesundheit in sowohl technischen, technologischen, ländlichen als auch universitären Ausbildungen, damit Frauen auch in nicht-traditionellen Disziplinen gefördert werden. Generell sollen Frauen zudem auf nationaler und territorialer Ebene mehr in die Politik einbezogen werden und die Gründung von Organisationen und Frauenbewegungen unterstützt werden. Dies gilt auch für Organisationen von bspw. Jugendlichen, homosexuellen oder bisexuellen Personen, transsexuellen oder intersexuellen Personen (vgl. Phelan 2019: 847). Neben dem eigentlichen Abkommen wurde zudem eine Architektur mit mehr als 15 staatlichen Stellen, Behörden und Programmen zur Implementierung der Maßnahmen kreiert (vgl. Rettberg 2020: 89).

Das finale Friedensabkommen Kolumbiens bezog wichtige Beiträge der Zivilgesellschaft ein und gehört zu den gender-sensibelsten Abkommen der jüngeren Geschichte (vgl. Close et. al. 2019: 29). Über das fertige Abkommen sollten die Burger*innen Kolumbiens im Oktober 2016 mittels eines Referendums abstimmen. Zunächst als Formalität gesehen, stimmte die

Mehrheit überraschend gegen den Vertrag. Die Wahlbeteiligung lag bei weniger als 40% der Bevölkerung, von der 50,21% wiederum mit „nein“ abstimmten (der Unterschied lag bei weniger als 55.000 Wahlstimmen) (vgl. Rettberg 2020: 86). Die Bevölkerungsgruppen, die am meisten von den Konflikten betroffen waren, stimmten dabei größtenteils mit „ja“, während die Personen, die weniger betroffen waren mit „nein“ abstimmten (vgl. Herbolzheimer 2019: 51).

Ein Problem war unter anderem, dass die FARC und die Regierung das Abkommen schon vor der Volksabstimmung in einer formellen Zeremonie unterzeichneten. Viele Bürger*innen hatten somit das Gefühl, dass ihre Stimme nichtig wäre (vgl. Koopman 2020: 5). Weitere Faktoren könnten zudem ökonomische Konditionen, emotionale Gründe, die Gewalterfahrungen mit dem Konflikt, regionale Besonderheiten oder eine Sympathie für die rechtsgerichtete Partei *Centro Democrático* (*dt. Demokratisches Zentrum*) sein, die vehement gegen das Abkommen geworben hatte (vgl. Rettberg 2020: 87).

Auch für den Gender-Ansatz stellt die negative Volksabstimmung einen Rückschlag dar, da viele Bürger*innen gegen diesen Maßnahmenfokus waren und z.B. befürchteten, dass traditionelle Werte innerhalb der Familie zerstört werden würden. Bei der Überarbeitung des Vertrages wurde der Ansatz zwar beibehalten, aber teilweise anders formuliert; aus *Gender* wurde bspw. *Women* (vgl. Ruiz-Navarro 2019).

Aufgrund der negativen Abstimmung überarbeitete die Regierung und die FARC den Deal und unterzeichneten am 24. November 2016 einen neuen Friedensvertrag (*Final Accord for the Termination of the Conflict and the Construction of a Stable and Durable Peace*), der am 30. November vom Kongress abgesegnet wurde (vgl. Koopman 2020: 2). Das angepasste Abkommen sah kürzere Fristen für die Implementierung der Maßnahmen vor, eine stärkere materielle und gerichtliche Verantwortung für die FARC, eine Schwächung der Gender-Maßnahmen und einen stärkeren Staat.

Dieser Prozess zeigt, wie gespalten die Bevölkerung Kolumbiens bezüglich der politischen Partizipation und der Strafbarkeit der FARC war (vgl. Rettberg 2020: 87). Auch heute steht die kolumbianische Gesellschaft dem Friedensvertrag noch gespalten gegenüber. Viele Bürger*innen haben das Gefühl, dass nicht Allen Gerechtigkeit widerfährt und das transformative Potential des Abkommens begrenzt ist. Einige Ziele seien zu ehrgeizig und überstiegen die Kapazitäten der vorhandenen staatlichen Institutionen (vgl. Rettberg 2020: 84).

Im Folgenden soll nun näher auf die Geschichte der kolumbianischen extraktivistisch ausgerichteten Entwicklungspolitik eingegangen werden.

6 Die kolumbianische Entwicklungspolitik

Nachdem nun ein Überblick über den Hintergrund der kolumbianischen Geschichte, bzw. der gesellschaftlichen/ politischen und ökonomischen Lage dargestellt wurde, soll nun explizit auf die, auf Extraktivismus ausgerichtete, Entwicklungspolitik Kolumbiens eingegangen werden und wie diese sich parallel zu den Aspekten des Konfliktes entwickelt hat. Die Bergbaopolitik Kolumbiens kann nach Vélez-Torres (2014: 72) aus verschiedenen Gründen als „extraktivistisch“ bezeichnet werden. Die groß angelegte Gewinnung von nicht erneuerbaren Ressourcen wie Öl und Gas wurde gefördert, während die Nutzung und der Zugang zu diesen Ressourcen den lokal ansässigen Gemeinschaften erschwert wurde. Extraktivistische Strategien zielen außerdem vielfach darauf ab, ausländische Privatinvestor*innen anzuziehen, die ihre Überschüsse an einem anderen Ort als dem Ort der Ausbeutung akkumulieren (vgl. Vélez-Torres 2014: 72). Die Gewinner*innen solcher Macht- und Wirtschaftstransfers sind vor allem ausländische Unternehmen (vgl. Borras et. al. 2011: 37).

Zunächst wird nun ein Überblick über die Politiken vor der Jahrhundertwende gegeben, bevor zu den Entwicklungen im 21. Jahrhundert übergegangen wird.

6.1 Entwicklungspolitik vor der Jahrhundertwende

Die extraktivistischen Aktivitäten des 20. und 21. Jahrhunderts haben ihre Wurzeln in der Kolonialzeit. Schon in der Kolonialzeit hat Goldbergbau zu massiver sozialer und politökonomischer Marginalisierung, Gewalt und Unterdrückung geführt. Mit Beginn der Sklaverei während des 16. Jahrhundert weitete sich beispielweise der Goldbergbausektor immer weiter aus (vgl. Sachseder 2022: 126). Nachdem Kolumbien im Jahr 1810 unabhängig wurde, verkleinerte sich der Minensektor zunächst. Als jedoch Ende des 19. Jahrhunderts ausländische Firmen nach Kolumbien kamen, wie bspw. die US Granger Mining Company oder British Anglo Colombian Gold Development nahm der Sektor wieder zu (vgl. OECD 2017: 6).

Das kolumbianische Entwicklungsmodell unterzog sich in den letzten Jahrzehnten grundlegender Änderungen. Der Übergang zu marktorientierten Wirtschaftsstrategien fand laut (vgl. Avilés 2012: 13) in einem Kontext statt in welchem „the development model in

Latin America was state-led development through so-called import-substitution-industrialization⁵ (ISI)“. Staatliche Ausgaben wurden durch Kredite von Banken aus dem Globalen Norden finanziert. Durch die Rezession der frühen 80er Jahre und die steigenden Energiepreise war es den lateinamerikanischen Regierungen jedoch nicht mehr möglich ihre Schulden zu begleichen. Dies führte zu einer Wirtschaftskrise und einem zunehmenden Druck auf lokale Eliten das Prinzip des „freien Marktes“ umzusetzen, wobei ländliche und agrarische strukturelle Ungleichheiten ignoriert wurden (vgl. Cockburn 2010: 114f). Das Streben nach einer einheimischen Fabrikwirtschaft wurde mit der zunehmenden Übernahme der Freihandelspolitik aufgegeben und die internationale Arbeitsteilung wurde immer zentraler (vgl. Keen und Haynes 2012: 251). Es kam in dieser Zeit beinahe zu einer Verdopplung der Kreditaufnahmen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) (Hristov 2014: 83). Für die Vergabe verlangte der IWF und die Weltbank im Gegenzug strukturelle Anpassungen und eine wirtschaftliche „Stabilisierung“. Dazu gehörten Politiken, wie die Privatisierung staatlicher Unternehmen, eine exportorientierte Entwicklung, Verringerungen arbeitsrechtlicher Standards, eine Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen von ausländischen Investitionen und der Abbau des Umweltschutzes (vgl. Alke 2016 :85). Kolumbien unterzeichnete zu dieser Zeit mit anderen Ländern in Lateinamerika den Washington Konsens, welcher freien Kapitalfluss und offenen Handel erleichterte, wodurch günstige Bedingungen für transnationales Kapital geschaffen wurden (vgl. Balaam und Dillman 2014: 495) und verabschiedete gleichzeitig eine neue Verfassung mit umfassenden Reformen, die die neoliberale Umstrukturierung festschrieben. Die Motivation des kolumbianischen Staates lag laut Robinson (2003: 117) „with the integration into the emergent structures of global capitalism and with the rationalization and modernization of both accumulation and domination.“

Mit der Verfassung im Jahre 1991 und den darauffolgenden gesetzlichen Regelungen wurde der Neoliberalismus simultan mit einer multikulturellen Staatspolitik umgesetzt, die darauf abzielte, kulturelle Unterschiede in der kolumbianischen Bevölkerung anzuerkennen. Die Verfassung erklärte das Land Kolumbien zu einer multi-ethnischen und pluri-kulturellen Nation. Indigene, Afrokolombianische und Romanische Völker wurden als ethnische Gruppen anerkannt. Im Einklang mit dem IAO-Abkommen Nr. 169 wurden indigenen Menschen und afrokolumbianischen Gemeinschaften verfassungsgemäß kollektive Eigentumsrechte zugestanden, wenn diese in *Consejos Comunitarios* (dt. Gemeinderäte)

⁵ Beschreibt eine handelspolitische Strategie, die inländische Produktion fördern soll

organisiert sind (vgl. Vélez-Torres 2014: 71). Seit der Abschaffung der Sklaverei 1851 hatte es für ethnische Gemeinschaften und Organisationen keinen Zugang zur rechtlichen Formalisierung ihres Landbesitzes gegeben. Zwischen 1996 und 2003 wurden mehr als 4,5 Millionen Hektar offizielles Eigentum von ethnischen Gemeinden an der Pazifikküste (vgl. Offen 2003: 44).

Trotz der Absicht, Rechte historisch marginalisierter Gruppen zu schützen, hat das Interesse privater Akteur*innen an Landressourcen nach dem Inkrafttreten der Verfassung nicht abgenommen. Oslender (2004: 97) argumentiert, dass „the possibility of territorial control for black communities was set in motion through Law 70 of 1993, (...) the reach of this legislation has since been subverted“. Dies läge an territorialer Gewalt, die die Umsetzung der neu erworbenen Rechte verhindert hat. Aus der Missachtung der verfassungsmäßig festgeschriebenen Rechte resultierten verstärkt Spannungen zwischen staatlichen Institutionen und lokalen Gemeinschaften. Konfliktlinie war die Favorisierung von Inhaber*innen von Bergbauberechtigungen im Gegensatz zu Rechten lokaler Gemeinschaften (vgl. Vélez-Torres 2014: 68).

Vélez-Torres (2014) argumentiert, dass die Absicherung von großangelegtem privatem und ausländischem Bergbau tendenziell über die Rechte lokaler Gemeinschaften gestellt wird. Diese territoriale Hierarchie von Rechten stütze sich auf die extraktivistische kolumbianische Gouvernmentalität, die vor allem in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Schaffung von juristischen und militärischen Mechanismen geprägt hat. Die extraktivistischen Politiken führten zur Enteignung lokaler Gemeinschaften und deren Ausschluss aus dem nationalen Projekt des „Reichtums“ (vgl. Vélez-Torres 2014: 70).

Im Jahr 1999, zu Beginn des Mineralbooms unterzeichnete die kolumbianische Regierung mit den USA den *Plan Colombia*. Dieses Hilfspaket sollte Kolumbien dabei helfen, den Drogenhandel zu reduzieren. Das Dokument beinhaltete, dass die Regierung die Wirtschaft gegenüber externer Investitionen öffnet, wodurch im Laufe der nächsten Dekade ausländische Direktinvestitionen um rund 800 Prozent anstiegen. Es wurden Anreize für extraktivistische Projekte geschaffen, Genehmigungen für ausländische Firmen im ganzen Land vergeben - unter anderem auch in Naturschutzgebieten (vgl. The Economist 2014). Im Anschluss an dieses Abkommen verzeichnete Kolumbien den größten Anstieg an Exporten primärer Güter in Südamerika.

Ab den 1990er Jahren dominierten Investments von transnationalen Unternehmen die globale Ökonomie und ab der Mitte der 90er Jahre waren sie für zwei Drittel des globalen Handels

verantwortlich. Dabei besaßen ungefähr 400 transnationale Unternehmen zwei Drittel des weltweiten Anlagevermögens (vgl. Robinson 1996: 20). Dieser Trend setzte sich im 21. Jahrhundert fort, wie unter anderem im nächsten Kapitel aufgezeigt wird.

6.2 Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert

Im Verlauf der letzten beiden Dekaden machten Regierungen in Lateinamerika ihr ökonomisches Wachstum vermehrt von Investitionen in neue und ausgeweitete extraktivistische Projekte abhängig (vgl. Shenk 2022: 1). Gab es früher im Bereich der Ölindustrie und der Minenarbeit eine relative Balance zwischen inländischen Firmen, staatlichen Firmen und transnationalen Unternehmen, orientierte sich die neue Wirtschaftsrichtung im extractiven Sektor eher daran, ausländisches Investment anzuziehen (vgl. Shenk 2022: 5). Die kolumbianische Regierung vermarktete ihr Vordringen in einen globalisierten Markt, indem sie versprach, dass die neuen Gelder die Entwicklung des Landes finanzieren würden (v.a. in ländlicheren Gegenden) (vgl. Shenk 2022: 5).

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts verzeichneten die BRICS-Staaten⁶ einen steigenden Bedarf an Rohmaterialen aus dem Globalen Süden. In Zusammenhang mit der Rezession im Jahr 2008, während derer Investor*innen ihr Vermögen schützten, indem sie Gold und andere Materialien kauften und somit deren Preis in die Höhe trieben, führte dies zu einem Rohstoffboom, welcher die Wirtschaften vieler Länder des Globalen Südens stark beeinflusste. Die Rohstoffexporte vieler lateinamerikanischer Länder stiegen massiv an; vor allem in Südamerika (vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 295). Regierungen aller politischen Spektren vergaben Bergbauverträge in hohem Maße (vgl. Fabricant & Gutafson 2016: 45), während Kritiker*innen die Risiken thematisierten, die das neoliberale Modell des Extraktivismus mit sich bringt (z.B. Zerstörung von natürlichen Lebensräumen, Entwaldung, Enteignung, Vertreibung...) (vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 295).

Unter der Regierung von Alvaro Uribe-Vélez (2002-2010) wuchs die Anzahl von ausländischen Direktinvestitionen enorm an, da er diese explizit förderte (vgl. McDermott 2010). Auch unter der Regierung von Santos (2010-2016) nahmen die Zahlen weiter zu.

⁶ Beschreibt eine Vereinigung von aufstrebenden Volkswirtschaften: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

Während der Regierung von Uribe erfuhr Kolumbien eine Versicherheitlichung⁷ in Form einer starken Militarisierung, um die territoriale Kontrolle der Regierung wiederherzustellen. In seinen acht Regierungsjahren stellte die wichtigste nationale Politik die *Politica de Defensa y Seguridad Democrática* (*Demokratische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik*) dar, welche zum Ziel hatte „to win the complete control of the territory by the State to ensure the full imperium of law, governability and thus strengthening the rule of law“ (Ministerio de Defensa Nacional 2003: 9).

In der Lesart dieser Politik stehen Terrorismus und Terrorist*innen außerhalb des nationalen Projektes und seien daher „natürliche“ Feinde des Staates: „The antithesis of the policy of democracy is terrorism (...) in relation to terrorism it can only be one answer: to defeat it.“ (Ministerio de Defensa Nacional 2003: 5f). Die Sicherheit der Bevölkerung und des Territoriums seien dabei nicht allein in der Verantwortung der Streitkräfte, sondern unterliegen auch der Aufgabe der Zivilgesellschaft: „Security cannot be achieved only through the efforts of the security forces. This will be a state-wide effort and an effort of all Colombians“. (Ministerio de Defensa Nacional 2003: 7). Außerdem würden “the state forces will take the first step in this effort of articulating a comprehensive response to the security challenges. The second step has to be given by the state as a whole, and the third by the whole society.” (Ministerio de Defensa Nacional 2003: 10). Die nationale Sicherheit wäre nötig für neue wirtschaftliche Möglichkeiten und somit für die Entwicklung und den wirtschaftlichen Wohlstand (vgl. Ministerio de Defensa Nacional 2003: 7).

In den folgenden Jahren wurde die Nachfrage nach Land immer größer. Bereits in seiner ersten Amtszeit verkündete Präsident Juan Manuel Santos, dass Minenarbeit eine *development locomotive* (Londoño 2013) sein würde. Unter der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos wurden sowohl der Minen- als auch der Energiesektor ausgeweitet, um als treibende Kraft ein zukünftiges Wirtschaftswachstum in Kolumbien zu gewährleisten (vgl. McNeish 2017: 1128). Die Anzahl sozio-ökologischer Konflikte stieg simultan mit der Expansion der Rohstoffextraktion an (vgl. McNeish 2017: 1129).

⁷ „Das Konzept zeigt auf, wie durch einflussreiche politische Akteure relevante Themen als "Sicherheitsprobleme" dargestellt werden, um so gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Unterstützung für deren "Lösung" zu mobilisieren. Unter Verweis auf eine angebliche sicherheitsgefährdende Ausnahme- bzw. Bedrohungssituation wird suggeriert, dass die Probleme nur mit außerordentlichen Maßnahmen unter Umgehung demokratischer Regeln und Verfahren kontrolliert und gelöst werden können.“ (Bpb o.J)

Nachdem Juan Manuel Santos im Jahr 2010 die Präsidentschaft antrat, verkündete seine Administration einen Nationalen Entwicklungsplan, der sich auf Bergbau, Energie und agro-industrielle Entwicklung fokussieren sollte. Im Jahr 2011 folgte das US-Kolumbien Freihandelsabkommen und das Opfer- und Landrückgabegesetz, welches die Zeit bis zu den Friedensverhandlungen überbrücken sollte. Zudem bezeichnete er Extraktivismus als eine positive Maßnahme für die ärmere Bevölkerung Kolumbiens, da die Einnahmen aus dem Bergbau Unzufriedenheit abbauen könne (vgl. Padgett 2012).

Santos wollte die Sicherheitspolitik Uribes reformieren. Er stellte eine neue integrale Sicherheits- und Verteidigungspolitik für den Wohlstand (*Política Integral de Seguridad y Defensa para la Prosperidad*) vor, die darauf abzielte Kolumbiens Sicherheitspolitik zu „verfeinern“, um private Investitionen anzuziehen, die Wirtschaft auszubauen und somit Wohlstand zu erreichen. Sicherheit war wie schon bei Uribe der primäre Mechanismus zur Erreichung der Ziele. Dabei war auch unter Santos militärische Kontrolle das wichtigste Mittel der Regierung zur Gewährleistung von Sicherheit, wie aus dem *Plan de Consolidación Territorial* (Plan zur territorialen Konsolidierung) hervorgeht. Die Sicherheit zielt auf die fünf „locomotives of prosperity“ ab, also auf die privaten Wirtschaftssektoren, die „prosperity to all“ bringen sollen (Ministerio de Defensa Nacional 2011: 11). Zu diesen „Lokomotiven“ zählt auch der Bergbau- und Energiesektor (vgl. DNP 2011: 15), der durch drei Strategien vertrauensvoller für private Investor*innen werden sollte. Zum einen sollte das bürokratische System im Bergbau verbessert werden, neue Informationssysteme sollten entwickelt werden und zum anderen sollte die Produktivität gesteigert werden (vgl. Vélez-Torres 2014: 74).

Zusammenfassend hatte Kolumbien somit eine Reihe von neoliberalen Umstrukturierungen vor und nach der Jahrhundertwende. Dabei stand die Absicherung von großangelegtem privatem und ausländischem Bergbau über den Rechten lokaler Gemeinschaften. Seit den 1990er Jahren dominieren in Kolumbien Investments von transnationalen Unternehmen.

Die Rolle von extraktivistischen Tätigkeiten und der Fokus auf primäre Güter verstärkte sich zunehmend. Dabei stieg die Anzahl sozio-ökologischer Konflikte simultan mit der Expansion der Rohstoffextraktion an (vgl. McNeish 2017: 1129).

Im Folgenden soll nun dargestellt werden, wie die extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik Kolumbiens mit strukturellen Ungleichheiten bei der Produktion von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen zusammenspielt.

7 Post-Konflikt Kolumbien und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen – ein Kreislauf zwischen Extraktivismus und Ungleichheiten

Wie bereits erwähnt beschäftigt sich diese Arbeit mit der Frage, wie strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik in der Produktion von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens ineinander greifen. In den vorhergehenden Kapiteln wurde dargestellt, wie zum einen strukturelle Ungleichheiten bereits in der Kolonialzeit eingeschrieben wurden und sich auch über die Konfliktzeiten hinweggetragen haben. Außerdem wurde die Besonderheit des Friedensvertrages aufgrund seiner vermeintlichen Inklusivität in Bezug auf Frauen hervorgehoben. Auch die lange Geschichte der extraktivistischen Methoden und Politiken in Kolumbien wurde aufgezeigt. Doch als Basis für die weitere Analyse muss zunächst betrachtet werden, wie es nun nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen aussieht, da der Fokus dieser Arbeit auf der Post-Konflikt Zeit Kolumbiens liegt.

Die kolumbianische Frauenorganisation Sisma Mujer (2020) hat mit Hilfe von offiziellen Quellen des nationalen Instituts für Rechtsmedizin und forensische Wissenschaft (INML-CF), dem kolumbianischen Opferregister (RUV) und der kriminalpolizeilichen Direktion (DIJIN) mehrere quantitative Studien zu Gewalt gegen Frauen veröffentlicht (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 9). Wie in *Abbildung 4* zu sehen ist gibt es zwischen den Jahren 2008 und 2019 einen Anstieg der Anzahl weiblicher Opfer von sexueller Gewalt. Waren es im Jahr 2008 noch 17.830 Fälle, stieg die Zahl auf 22.523 Opfer im Jahr 2019. Dies ist ein Anstieg von 26,32%.

**Gráfica 1 Comportamiento de la violencia sexual contra las mujeres en Colombia.
2008 -2019**

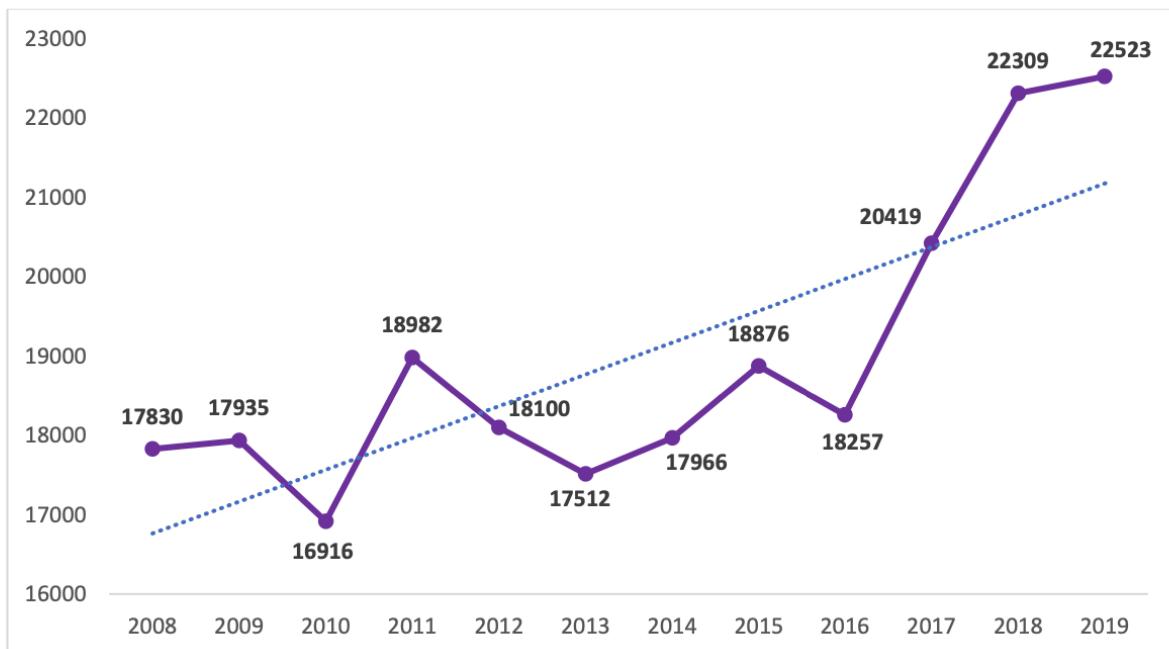


Abbildung 4 Sexuelle Gewalt gegen Frauen 2008-2019 (Quelle: Corporación Sisma Mujer 2020: 17)

Bei Betrachtung des Jahres 2016, in dem der Friedensvertrag unterzeichnet wurde ist zwar zunächst ein leichter Rückgang der Fälle zu erkennen; ab dem Jahr 2017 zeigt sich allerdings ein signifikanter Anstieg (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 17). Für einen Anstieg der Gewalt können viele Faktoren eine Rolle spielen. Diese Arbeit argumentiert jedoch, dass strukturelle Ungleichheiten und extraktivistische Entwicklungspolitik Grund für die ansteigende Gewalt im Post-Konflikt Kontext sind und dabei kokonstitutiv miteinander verbunden sind. Entwicklungspolitik funktioniere nur, wenn strukturelle Ungleichheiten vorherrschen, und nutzt diese zu ihren Gunsten. Sowohl strukturelle Ungleichheit als auch extraktivistische Methoden hängen mit geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen zusammen und müssen somit gemeinsam untersucht werden.

Im Folgenden Kapitel soll zunächst dargestellt werden, wie die Implementierungen der Maßnahmen des Friedensvertrages voranschreiten und, dass politische und ökonomische Interessen einer Implementierung potenziell im Weg stehen. Hier zeigt sich, dass sie Einfluss auf strukturelle Ungleichheiten, extraktivistische Praktiken und geschlechtsspezifische Gewalt haben. Politische und ökonomische Interessen scheinen also ein wesentlicher Faktor

zu sein. Anschließend wird dargestellt, wie sich strukturelle Ungleichheiten des Kapitalismus bereits in der Kolonialzeit in die Gesellschaft eingeschrieben haben und die Basis des kapitalistischen Systems ausmachen. Danach wird aufgezeigt, wie der Extraktivismus in dieses System von Ungleichheiten eingebettet ist, welches geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen bedingen kann. Aber auch der Extraktivismus selbst hat Einfluss auf diese Gewalttaten – dies wird in Kapitel 7.4 thematisiert. Abschließend wird die extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik mit strukturellen Ungleichheiten zusammengebracht und ein Kreislauf von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Post-Konflikt Kolumbien aufgezeigt.

7.1 Implementierung der Maßnahmen

Gpaz (2018), eine Koalition aus verschiedenen Frauengruppen (LGBTIQ+ Personen, Frauen aus ruralen Gebieten, Feministinnen, Akademikerinnen) versuchte im Jahr 2018 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Kolumbien nicht nur die Entwicklungen des Friedensabkommens auf Papier zu analysieren, sondern auch zu überprüfen, wie die bisherige Umsetzung in der Praxis voranschreitet (vgl. Gpaz 2018: 6). Sie befassten sich mit 109 der Gender-Maßnahmen, die in den fünf thematischen Punkten des Vertrages formuliert wurden. Die Koalition erkannte einen allgemeinen Trend bei der Implementierung der Maßnahmen. Auch wenn auf normativer⁸ Ebene schon einiges geschehen sei, fehle auf operativer Ebene oft die Umsetzung. 55% der Maßnahmen mit einem Fokus auf Gender waren bis zum Jahr 2018 noch nicht umgesetzt. Gpaz bewertet die Maßnahmen mit Hilfe eines Ampelsystems. Grün kennzeichnet hierbei einen zufriedenstellenden Fortschritt, d.h. die Maßnahme wurde umgesetzt und hat die Erwartungen erfüllt. Gelb bedeutet, dass die Umsetzung begonnen hat, aber noch nicht zufriedenstellend ist. Rot kennzeichnet, dass keine Fortschritte erkennbar sind (vgl. Gpaz 2018: 3). Vor allem bei der Umsetzung von Maßnahmen, die sich an lesbische, bisexuelle und transsexuelle Frauen richten wurden Mängel beobachtet. Kolumbien sei diesbezüglich nach wie vor konservativ eingestellt (vgl. Gpaz 2018: 14). Es darf bei der Betrachtung dieser Analyse allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass der Friedensvertrag einen Zeitraum von 15 Jahren für die Implementierung vorsieht und zum Zeitpunkt der Studie erst zwei davon vergangen waren (vgl. Gpaz 2018: 15).

⁸ Normativ bezieht sich auf die generelle Zielsetzung, während operativ die Umsetzung dieser Ziele beschreibt

Bei Betrachtung aller Gender-spezifischen Maßnahmen zeigt sich (s. Abb. 5), dass sich 70,64% der normativen Entwicklungen (links in der Grafik) im grünen Bereich befinden, wohingegen nur 14,68% im operativen Bereich (rechts in der Grafik) zufriedenstellend sind. 36,7% der Maßnahmen wurden bisher noch gar nicht umgesetzt. (vgl. Gpaz 2018: 14).

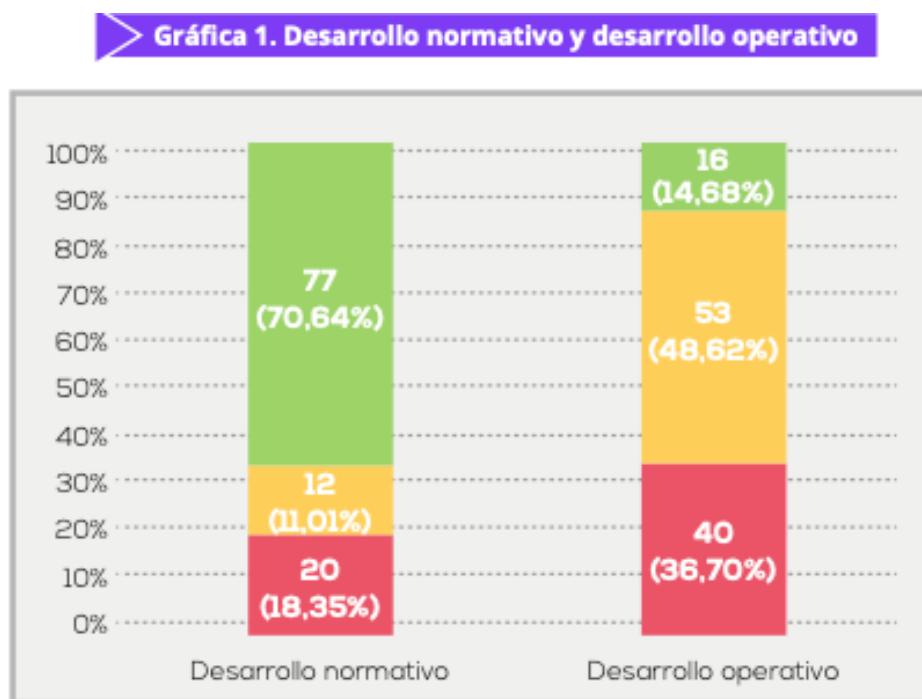


Abbildung 5 Umsetzung der Maßnahmen auf normativer und operativer Ebene 2018 (Quelle: Gpaz 2018: 14)

In Hinblick auf die extraktivistische Entwicklungspolitik und geschlechtsspezifische Gewalt ist der Zugang zu Land zentral, Bäuerinnen in der Vergangenheit weniger Zugang zu hochwertigem Land als Männer hatten. Dieser Punkt des Friedensabkommens umfasst 19 Maßnahmen. Gpaz untersucht dabei die Fortschritte in Bezug auf die Nutzung, den Zugang und die Formalisierung von Land sowie den Nationalen Landfonds (vgl. Gpaz 2018: 20). Darunter fällt auch die Anerkennung der Sorge- und Reproduktionsarbeit in den Prozessen des Zugangs und der Formalisierung von Land, sowie die Priorisierung von weiblich geführten Haushalten. Sie arbeiteten heraus, dass 24% der formulierten Maßnahmen in diesem Bereich schlecht ausgearbeitet wurden, bzw. nicht den vereinbarten Anforderungen entsprechen. 76% Prozent der formalen Forderungen seien dagegen zufriedenstellend. In der praktischen Umsetzung sind jedoch nur 12% der Maßnahmen erfüllt, 80% wurden zwar umgesetzt, aber sind noch verbesserungswürdig und 8% wurden gar nicht verwirklicht (vgl. Gpaz 2018: 20).

Gpaz untersuchte zudem, wie die politische Partizipation von Frauen voranschreitet. 2018 besetzten nur 58 Frauen Plätze im Kongress - bei 258 verfügbaren Sitzen. Außerdem wurde untersucht, wie die Rechte bzw. Sicherheitsvorkehrungen für die Teilnahme von Frauen in politischen Oppositionsbewegungen voranschreiten. Gpaz haben herausgearbeitet, dass nur 20% der Maßnahmen in der Praxis funktionieren und 45% bisher gar nicht umgesetzt wurden. Nach wie vor sei keine Sicherheit für Frauen gewährleistet; zwischen der Unterzeichnung des Vertrages bis zum Jahr 2018 wurden bereits 79 weibliche Führungskräfte ermordet (vgl. Gpaz 2018: 23).

Im Jahr 2019 evaluierten Gpaz die Maßnahmen erneut und konnten größtenteils einen positiven Trend vermerken. Wie in *Abbildung 6* zu sehen ist, stieg der Anteil der umgesetzten Maßnahmen an. Der rote Bereich, ist um etwa 8 Prozentpunkte gesunken, die gelb markierten Maßnahmen um ca. 3 Prozentpunkte und die zufriedenstellend umgesetzten Maßnahmen sind um über 10 Prozentpunkte gestiegen (vgl. Gpaz 2019: 23).

Tabla 2. Calificación de medidas de género en según nivel de implementación Desarrollo Operativo 2019

Rojo	%	Amarillo	%	Verde	%	Medidas evaluadas
31	28,44	50	45,87	28	25,68	109 (100%)

Abbildung 6 Umsetzung der Maßnahmen auf operativer Ebene 2019 (Quelle: Gpaz 2019: 24)

Die meisten positiven Veränderungen in Bezug auf die Maßnahmen des Friedensvertrages können im Bereich der Implementierung vermerkt werden, sowie bei der Gerechtigkeit für die Opfer des Konfliktes. Für den illegalen Drogenanbau gibt es nach wie vor keine Maßnahmen im grünen Bereich, allerdings fast 50% mehr im gelben Bereich. In Bezug auf die Landreform gibt es geringe positive Veränderungen zu erkennen, während bei der politischen Partizipation kaum Fortschritte vermerkbar sind (vgl. Gpaz 2019: 24). Obwohl im Zuge des Friedensvertrages *Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial* (dt. Territorial ausgerichtete Entwicklungsprogramme) (PDETs) ins Leben gerufen wurden, um die Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse bezüglich ländlicher Entwicklung miteinzubeziehen und die politische Partizipation zu steigern, waren jedoch bis Januar 2018 nur 38% der Beteiligten an den über 400 Gemeindetreffen Frauen (vgl. Hernandez 2020). Auch andere Bereiche, wie z.B. die Sicherheit von Frauen in sozialen und ökologischen Oppositionsbewegungen ist nach wie vor sehr kritisch zu sehen. Die Anzahl von

Ermordungen von Aktivist*innen, die sich z.B. für Menschenrechte und Rechte für indigene Personen einsetzen, steigt nach wie vor an (vgl. Nilsson & González Marín 2020: 240).

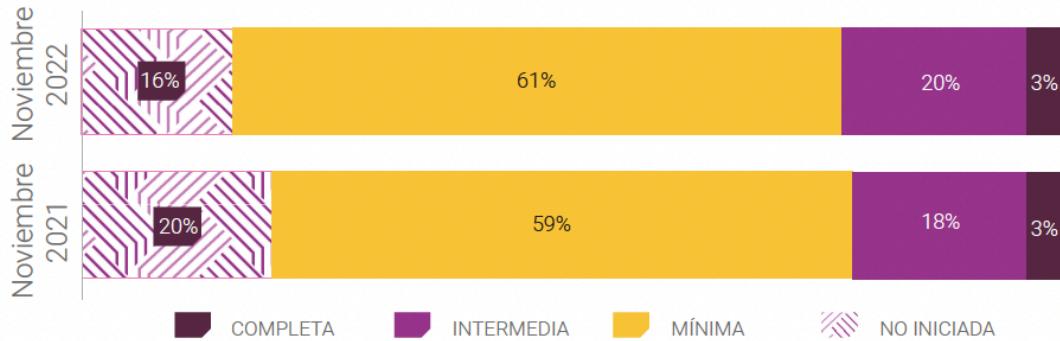
Da der ungleiche Zugang zu Ländereien und allgemein die kolumbianische Landpolitik eine zentrale Komponente der Ungleichheiten ist, die extraktivistische Politiken ausnutzen und zum Funktionieren benötigen, soll vor allem dieser Bereich näher betrachtet werden. Auffällig ist wie bereits angeschnitten die unzureichende Implementierung der Maßnahmen im Bereich der Landreform, wie in *Abbildung 7* zu sehen ist.

Das Kroc Institute hat in Kooperation mit verschiedenen Institutionen und Autor*innen einen neuen Bericht im Jahr 2023 veröffentlicht, der die Entwicklungen der Implementierung der Maßnahmen des Friedensvertrages bis zum Jahr 2022 darstellt und die Untersuchungen von Gpaz (2018; 2019) somit aktualisiert. Im Folgenden wird vor allem die Implementierung der Landreform betrachtet.

In der nachstehenden *Abbildung (7)* wird der Implementierungsstand in gestreift (noch nicht begonnen), in violett (mittelmäßige Implementierung), in gelb (minimale Implementierung) und in lila (abgeschlossene Implementierung) dargestellt. Bisher wurden nur 16% der Maßnahmen im Bereich der Landreform des Friedensvertrages umgesetzt und 61% bleiben bei einem Minimum. Lediglich 20% sind mittelmäßig implementiert und 3% abgeschlossen. Der Unterschied zwischen den Jahren 2021 und 2022 liegt bei 4 Prozentpunkten bei den noch nicht begonnenen Implementierungen, 2 Prozentpunkte beträgt der Unterschied bei minimaler Implementierung und nur 2 Prozentpunkte Fortschritt bei den mittelmäßigen Implementierungen. Weiterhin sind nur 3% der Maßnahmen abgeschlossen. Hier ist zu erkennen, dass sich auch bis zum Jahr 2022 der Trend der langsamen Umsetzung der Maßnahmen anhält und die „Fortschritte“ sehr gering sind.



ESTADO DE LA IMPLEMENTACIÓN DE LAS DISPOSICIONES CON ENFOQUE DE GÉNERO ASOCIADAS A LA TRANSFORMACIÓN RURAL (RRI Y PNIS) (NOVIEMBRE 2021 VS. NOVIEMBRE 2022)



*Abbildung 7 Umsetzung von geschlechtersensiblen Bestimmungen im Bereich der Landreform 2021-2022
(Quelle: Echavarría Álvarez 2023: 33)*

Doch gibt es Gründe, warum die Implementierung so langsam voranschreitet? Gibt es Motive, die die Implementierung hinauszuzögern? Bei einer Analyse der Motive von Täter*innen, die geschlechtsspezifische Gewalt ausüben, zeigt sich, dass es sich vor allem um politische und ökonomische Motive handelt. Kann hier ein Zusammenhang festgestellt werden? Dies soll im Folgenden thematisiert werden.

7.2 Polit-ökonomische Interessen bei der Implementierung der Landreform

Die kolumbianische Frauenorganisation Sisma Mujer (2020) hat Daten des INML-CF ausgewertet, die sexuelle Gewalt mit sozio-politischen Hintergründen verbinden. Unter sozio-politischer Gewalt wird in diesem Zusammenhang Gewalt verstanden, die mit der Absicht ausgeübt wird, soziale Prozesse zu fragmentieren und Gruppierungen einzuschüchtern und zu kontrollieren, um soziale, politische, kulturelle und politische Interessen durchzusetzen. Mittel sind hierbei vor allem Mord, Vertreibung, Entführung, Folter und Drohungen (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 43). Sie verbinden die Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt mit einer Typologie sozio-politisch motivierter Akteur*innen, um somit herauszufinden, welche Fälle unter diese Kategorie fallen.

Gráfica 5 Comportamiento de la violencia sexual contra mujeres perpetrada por actores asociados a la violencia sociopolítica 2013- 2019

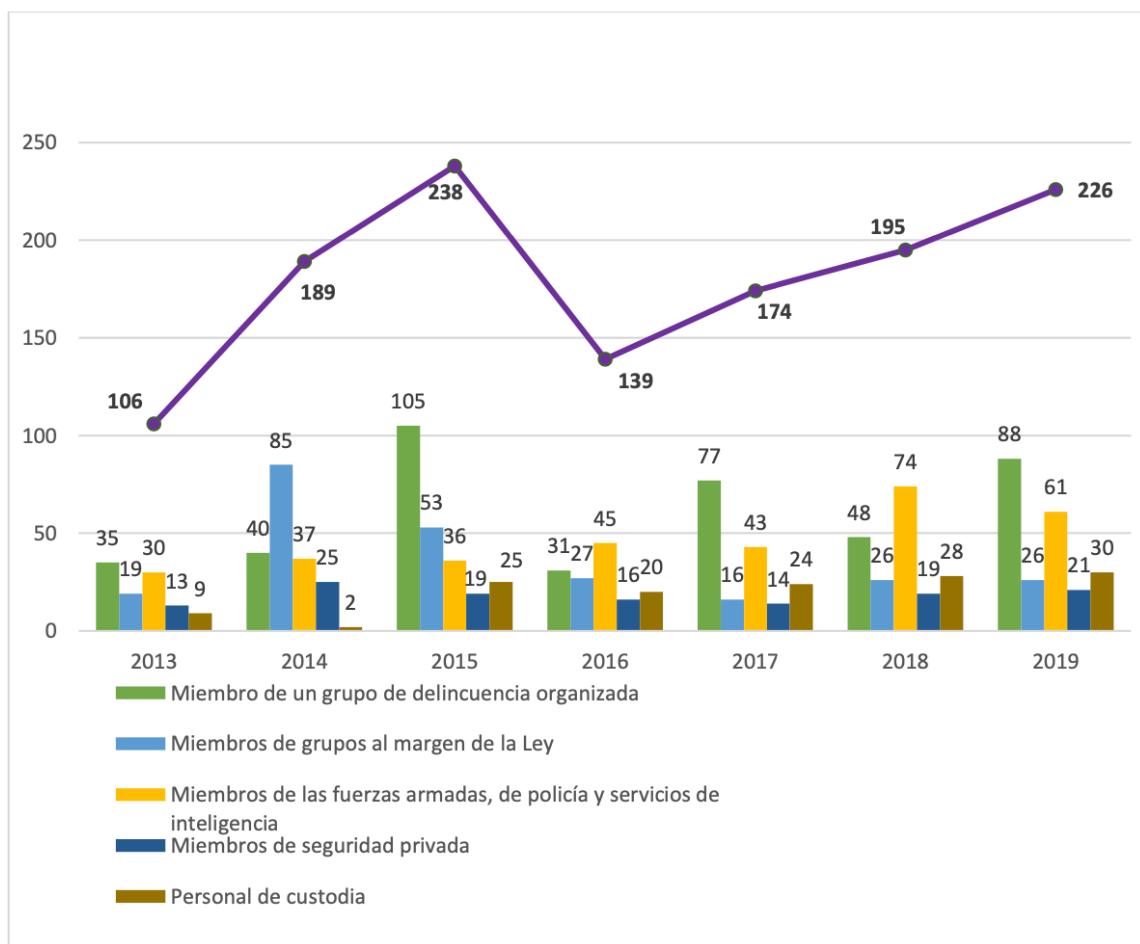


Abbildung 8 Sozio-politisch motivierte Gewalt gegen Frauen 2013-2019 (Quelle: Corporación Sisma Mujer 2020: 28)

Wie in *Abbildung 8* zu erkennen ist, machen Mitglieder von Gruppen des organisierten Verbrechens (in der Grafik grün dargestellt) für das Jahr 2019 die meisten mutmaßlichen Täter von sexueller Gewalt im Kontext sozio-politischer Gewalt aus. Für das Jahr 2019 waren dies 38,94% der Fälle. Kriminelle Banden waren innerhalb dieser Kategorie die Täter*innen mit der höchsten Beteiligung. An zweiter Stelle stehen Angehörige der Streitkräfte, der Polizei, der Kriminalpolizei und der Nachrichtendienste (vgl. Corporación Sisma Mujer 2020: 28). Auch hier ist zwar im Jahr des Friedensvertrages 2016 zunächst ein Rückgang zu erkennen, ab 2017 jedoch wieder ein deutlicher Anstieg. Es ist also, obwohl wir uns in einem Kontext der Friedenskonsolidierung befinden, eine zunehmende Gewalt gegen Frauen zu erkennen, die vor allem aus politischen und ökonomischen Interessen motiviert wird.

Wir haben somit eine schleppende Implementierung der Maßnahmen im Bereich der Landreform und zunehmende vorwiegend politisch und ökonomisch motivierte Gewalttaten im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens. Dies ist äußerst interessant im Hinblick darauf, dass beispielsweise transnationale Unternehmen vermutlich kein Interesse daran haben, dass bspw. ländliches Eigentum formalisiert wird und sie dort keine Bodenschätze mehr extrahieren, oder Bergbau betreiben können. Das heißt, dass es polit-ökonomische Interessen geben könnte, die davon profitieren, wenn die Landreform nicht oder zumindest nur langsam umgesetzt wird und strukturelle Ungleichheiten bestehen bleiben. Denn der ungleiche Zugang zu Land ist grundlegend für die Aufrechterhaltung einer extractivistischen Entwicklungspolitik Kolumbiens, was wiederum im Zusammenspiel zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen kann (s. Kapitel 7.4).

Interessant ist außerdem, dass sich die kolumbianische Regierung bereits während den Friedensverhandlungen in Havanna weigerte über das kolumbianische Wirtschaftsmodell zu sprechen, obwohl Frauenrechtsorganisationen sich dafür einsetzen den Zusammenhang zwischen Extractivismus und Gewalt gegen Frauen zu thematisieren (vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 303). Nach Francisco Gutiérrez Sanín (2019: 324f) fürchtete sich die Regierung vor einer Gegenreaktion der Elite, wodurch die redistributiven Elemente des Friedensakkords limitiert waren.

In den nächsten Unterkapiteln soll zunächst dargestellt werden, wie sich strukturelle Ungleichheiten des Kapitalismus bereits in der Kolonialzeit in die Gesellschaft eingeschrieben haben und die Basis des kapitalistischen Systems ausmachen. Danach wird aufgezeigt, wie der Extractivismus in dieses System von Ungleichheiten eingebettet ist, welches geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen bedingen kann. Aber die vom Extractivismus selbst produzierten Gewalttaten sollen thematisiert werden.

7.3 Strukturelle Ungleichheit als Basis des Systems

Bei der Betrachtung der strukturellen Ungleichheiten und der extractivistisch ausgerichteten Entwicklungspolitik in Kolumbien müssen wir zunächst im Hinterkopf behalten, wie das politische und wirtschaftliche System Kolumbiens funktioniert und wie es entstanden ist. Dies ist zentral, da vor allem die Kolonialzeit nach wie vor großen Einfluss auf die

wirtschaftliche und politische Ordnung unserer Welt hat und um Probleme zu analysieren bzw. zu verstehen, der Kern dessen verstanden werden muss.

Wie bereits in dem Kapitel zur theoretischen Einordnung dargestellt wurde, liegt der Ursprung des kapitalistischen Systems in der Kolonialzeit. Grosfoguel (2006) argumentiert, dass dieser Prozess der wirtschaftlichen Ausbeutung zentral für die Entwicklung des Kapitalismus war, da er eine Quelle an Rohstoffen und billiger Arbeitskräfte schuf, welche letztendlich für eine kapitalistische Expansion genutzt werden konnten (vgl. Grosfoguel 2006: 28fff). Das kapitalistische System benötigt zudem ein Weltsystem aus Zentren und Peripherien. Der Globale Norden (Zentrum) bezieht primäre Güter aus dem Globalen Süden (Kolumbien - Peripherie) und exportiert wiederum sekundäre Güter zurück in den Globalen Süden, in diesem Fall Kolumbien. Das Land Kolumbien ist somit bis heute hauptsächlich Rohstofflieferant für die Zentren und befindet sich in einem System des ungleichen Tausches (vgl. Grosfoguel 2006).

Im kolumbianischen Kontext war Gewalt seit der Kolonialzeit ein immer wiederkehrendes Phänomen und drehte sich vor allem um Ländereien und Ressourcen (vgl. Sachseder 2022: 85). Die Gewalt betrifft jedoch nicht alle Menschen gleich, sondern findet in einem patriarchalen und rassistischen Kontext statt. Dieser wurde während der kolonialen Besatzung der Spanier*innen in Kolumbien etabliert, indem die Kategorien Geschlecht und Race (s. Kapitel zur historischen Einordnung) erst als hierarchisch ordnende Kategorien etabliert wurden. Diese Kategorien sind bis heute Grundlage der kolumbianischen politischen und ökonomischen Ordnung und beeinflussen wer auf welche Art und Weise Gewalt erfährt. Dabei ist jedoch nicht jeweils eine Kategorie ausschlaggebend, sondern sie sind intersektional miteinander verbunden (vgl. Losada Cubillos 2018: 141ff).

Aus einer feministischen Perspektive basiert der Kapitalismus vor allem auf einem: der Ausbeutung der Frau und des weiblichen Körpers (vgl. True 2012; 2014). Die Organisation von Sorgearbeit bzw. Reproduktionsarbeit wird durch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse geprägt (vgl. Bauhardt 2017). Dabei wird nicht nur eine geschlechtsspezifische, sondern auch eine rassistische Arbeitsteilung sichtbar (Care Revolution 2022). „Reproduktionsarbeit“ beschreibt in diesem Zusammenhang Arbeit, die unbezahlt ist, wie bspw. Erziehungs- oder Hausarbeit. Strukturierte Reproduktionsbeziehungen regeln nicht nur im eigenen Haushalt, sondern auch auf transnationaler Ebene die Verteilung von Ressourcen, Privilegien, Autoritäten und Vorteilen.

Die polit-ökonomischen Prozesse interagieren hierbei mit den institutionellen und ideologischen Formationen der Gesellschaft, welche Geschlechterbeziehungen und -identitäten neu formen und konfigurieren (vgl. True 2014: 44).

Sorgearbeit ist zentral für die Reproduktion von Arbeitskraft im kapitalistischen System. Dabei wird im Kapitalismus die Produktivität von Menschen, bzw. Frauen ausgebeutet (vgl. Bauhart 2019: 468; vgl. Meer 2021: 63). In Abgrenzung dazu steht die Lohnarbeit, also entgeltlich vergütete Arbeit (vgl. Winker 2015: 17). Vor allem Frauen leisten in Kolumbien – und auf der ganzen Welt – eine der wichtigsten Arbeiten, um unser System aufrechtzuerhalten. Entlohnt werden sie hierfür jedoch nicht und sehen sich dabei häufig einer Doppelbelastung ausgesetzt, indem sie zusätzlich noch einer Lohnarbeit nachgehen müssen. Außerdem werden sie durch diese Doppelbelastung vulnerabler für geschlechtsspezifische Gewalt.

Die bereits angesprochene Implementierung der Maßnahmen des Friedensvertrages zeigte auf, dass die Entwicklungen nicht zufrieden stellend sind und langsam voranschreiten. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass polit-ökonomische Akteur*innen dagegen arbeiten. Die Frauenorganisation Gpaz (2018) untersuchte in dem Zuge auch die Fortschritte in Bezug auf die Nutzung, den Zugang und die Formalisierung von Land sowie den Nationalen Landfonds (vgl. Gpaz 2018: 20). Darunter fällt auch die Anerkennung der Sorge- und Reproduktionsarbeit in den Prozessen des Zugangs und der Formalisierung von Land, sowie die Priorisierung von weiblich geführten Haushalten (vgl. Phelan 2019: 847). Auch hier konnten wenig signifikante Fortschritte erkannt werden (vgl. Gpaz 2018: 20).

Das Kroc Institute hat mit verschiedenen Institutionen und Autor*innen einen Bericht (s. auch vorheriges Kapitel) im Jahr 2023 veröffentlicht, der die Entwicklungen bei der Implementierung bis zum Jahr 2022 aufzeigt. In *Abbildung 9* stellen sie dar, wie die Inzidenz der mehrdimensionalen Armut, der monetären Armut und der extremen monetären Armut nach geographischem Gebiet und Geschlecht des Haushaltvorstandes im Jahr 2021 in Kolumbien aussah. Auffällig ist hier, dass in jeder Kategorie Frauen mehr von Armut betroffen sind als Männer. Außerdem ist in ruralen Gebieten die Armutsrate wesentlich höher als in städtischen.

Leben beispielsweise Frauen in Städten zu 13% in extremer finanzieller Armut sind es in ländlichen Gegenden sogar 22,5%. Bei Männern in der Stadt sind es 8,4% in extremer finanzieller Armut und auf dem Land 17,5%.



INCIDENCIA DE LA POBREZA MULTIDIMENSIONAL, LA POBREZA MONETARIA Y LA POBREZA MONETARIA EXTREMA SEGÚN DOMINIO GEOGRÁFICO Y SEXO DE LA PERSONA JEFA DE HOGAR (2021)

Dominio	Zonas urbanas		Zonas rurales	
	Mujeres	Hombres	Mujeres	Hombres
Pobreza multidimensional	14,4	9,1	33,7	29,9
Pobreza monetaria	41,8	34,8	48,6	43,1
Pobreza monetaria extrema	13,0	8,4	22,5	17,5

Fuente: DANE y MADR, "Situación de las mujeres rurales en Colombia". (2022); DANE y MADR, "Situación de las mujeres rurales desde las estadísticas oficiales" (2022).

Abbildung 9 Inzidenz der mehrdimensionalen Armut, der monetären Armut und der extremen monetären Armut nach geographischem Gebiet und Geschlecht des Haushaltvorstandes (2021) (Quelle: Echavarría Álvarez 2023: 34)

Hier sehen wir, dass es starke Diskrepanzen zwischen dem Wohlstand von Männern und Frauen gibt. Eine Doppelbelastung besteht vor allem bei Frauen in ruralen Gebieten. Die bereits erwähnten kolonialen Kategorien Geschlecht und Race haben hierbei außerdem Auswirkungen darauf, wo kolumbianische Menschen im Land ihren Wohnsitz haben. Nachdem in der Kolonialzeit indigene und afrokolumbianische Menschen in rurale Gebiete gedrängt wurden, leben sie zum Großteil bis heute noch dort. Gleichzeitig sind rurale Gebiete aber auch die Orte, die am meisten von dem Konflikt betroffen waren und auch heute noch den Schauplatz der meisten Gewalttaten ausmachen (vgl. Kroschel, Julia et. al. 2019.) Im kolumbianischen Kontext spielen somit Ruralität, Geschlecht, Herkunftsregion und Race eine große Rolle bei der Intensität der Gewalterfahrungen, wobei diese Merkmale wiederum intersektional miteinander verbunden sind (vgl. Koopman 2020: 1).

Wir haben in Kolumbien also eine Situation, in der die Reproduktionsarbeit der Frauen ausgebeutet wird, um das kapitalistische System zu stützen. Gleichzeitig erleben sie dadurch eine Doppelbelastung und eine höhere Armutgefährdung. Dies führt wiederum dazu, dass sie intersektional vulnerabler gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt sind. In anderen

Worten: der Kapitalismus braucht strukturelle Ungleichheiten und baut auf geschlechtsspezifischer Gewalt auf, um zu funktionieren. Dabei wirken Prozesse aus der Kolonialzeit bis heute fort und sich auch in dem heute vorherrschenden extraktivistischen Entwicklungsmodell eingeschrieben. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, was dies in Bezug auf den kolumbianischen Extraktivismus bedeutet.

7.4 Extraktivismus im kapitalistischen System

“Extractivism is a structural feature of capitalism as a system of world accumulation. For this accumulation to take place, it is necessary that there be sacrificial, colonial zones.”

(López 2021; Interview mit Horacio Machado)

Diese Arbeit betrachtet extraktivistische Methoden als Verlängerung kolonialer Methoden. Machtverhältnisse und strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse prägen unsere Welt. Sie sind das Vermächtnis der Kolonialzeit und werden sowohl handels- als auch außenpolitisch aufrechterhalten. Länder des Globalen Südens fungieren hierbei traditionell als Rohstofflieferanten für den Globalen Norden und extrahieren dafür Materialien (vgl Tittor 2023). Angelehnt an Maristella Svampa (2015) handelt es sich beim Extraktivismus somit um eine Form transnationaler Arbeitsteilung im gegenwärtigen kapitalistischen System. Durch das Wachstumsprinzip des Kapitalismus werden immer mehr Rohstoffe benötigt, was in Ländern der Peripherie einen starken Druck auf natürliche Ressourcen und Gesellschaften ausübt. Neuerdings zeigt sich dies bspw. an dem Drang europäischer Länder, unter dem Schirmmantel einer grünen Wende den Bezug von Rohstoffen auszuweiten.

Das kapitalistische System macht extraktivistische Tätigkeiten überhaupt erst möglich, da ohne eine eng verbundene globalisierte Welt Firmen und andere Akteur*innen in ihren Handlungsmöglichkeiten viel eingeschränkter werden. Kapitalist*innen haben durch die starke Vernetzung die Möglichkeit die günstigsten Arbeitskräfte anzuwerben, oder das Land mit den niedrigsten Steuern oder am wenigsten restriktiven umwelttechnischen Regularien auszuwählen (vgl. Robinson 2017: 2f). Nationale Produktionssysteme werden dadurch fragmentiert und in globale Akkumulationskreise integriert. Wurden früher bspw. Autos komplett in Deutschland hergestellt, kommen heute die Teile aus Ort X, die Arbeitskraft aus Ort Y und die Fertigstellung findet an Ort Z statt (vgl. Robinson 2017: 2f). Außerdem ist der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Ländern dadurch enorm groß und die

Bedingungen des jeweiligen Landes müssen attraktiv sein und bleiben, um eine Abwanderung von transnationalen Unternehmen zu verhindern. Auch Kolumbien ist von diesem Konkurrenzkampf nicht verschont geblieben. Das Land gilt aufgrund seiner geringen Lizenzgebühren und der Steuerbefreiungen als ein Bergbauparadies für private Unternehmen (vgl. Vélez-Torres 2014: 72). Der Staat:

„generates the conditions for globalised accumulation, promoting regulatory frameworks that facilitate it, financing the infrastructure that transnational capital needs and becoming an instrument of coercion and control. In the era of transnational capital, a supranational power exerts ‘de facto’ power over state sovereignty in the form of a global regulatory structure based on a vast network of free trade and investment protection agreements.” (Lopéz 2021).

Der Staat ist also gewissermaßen in seiner souveränen Handlungsfähigkeit eingeschränkt und vertritt die Interessen des transnationalen Kapitals. Daher stehen in Kolumbien stets die Wirtschaft und die Unternehmen im Vordergrund – vor allem, wenn gesellschaftlicher Widerstand aufkommt, der die Interessen des transnationalen Kapitals stören könnten (vgl. López 2021).

Gesellschaftlicher Widerstand kommt jedoch im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens immer häufiger auf. Die Massenproteste der letzten Jahre waren zum einen eng verbunden mit Kritik an dem mittlerweile ehemaligen Präsidenten Ivan Duque und zum anderen mit strukturellen Themen, wie bspw. dem politischen System oder dem ökonomischen Modell. Vermehrt kommt zudem Unmut auf, da es zwar ökonomischen Wachstum gibt, aber dieser nicht dazu führt, dass strukturelle Ungleichheiten abgebaut und Gewalttaten reduziert werden (vgl. Escola de Cultura de Pau 2022: 107). Allein im Jahr 2019 wurden 64 Umweltaktivist*innen in Kolumbien ermordet, was schockierende 30% der weltweit dokumentierten Morde im Klimabereich ausmacht. Dies ist ein mehr als 150%iger Anstieg im Vergleich zu 2018 und die höchste Zahl, die die Menschenrechtsorganisation Global Witness jemals in Kolumbien aufgezeichnet hat (vgl. Global Witness 2020: 21). Die Hälfte der dokumentierten Tötungen betrafen indigene Gruppen, obwohl diese nur etwa 4,4% der Bevölkerung ausmachen. Hier wird deutlich, dass indigene Gruppen besonders gefährdet sind. Auch Aktivistinnen sind mehr und mehr mit Gewalt und Drohungen konfrontiert. Fast 50% mehr Frauen wurden 2019 ermordet als noch im Jahr davor (vgl. Global Witness (2020: 21).

Doch genau dieses System von strukturellen Ungleichheiten brauchen extraktivistische Maßnahmen, da sie ein kapitalistisches System benötigen. Wie bereits im vorherigen Kapitel dargestellt, sind strukturelle Ungleichheiten mitunter die Basis des Kapitalismus. In anderen

Worten: dadurch, dass der Extraktivismus den Kapitalismus braucht und auch darauf basiert braucht er gleichzeitig die dem kapitalistischen System innwohnenden Ungleichheiten.

Ein anschauliches Beispiel, wie sich Ungleichheiten bei extraktivistischen Tätigkeiten auswirken bzw. diesen dienen und dabei nur in einem kapitalistischen System funktionieren sind die Zuteilungen von Bergbaugenehmigungen. Die Zuteilung von Bergbaugenehmigungen folgt einer rassistisch/ ethnisch geprägten sozialen Differenzierung, die lokalen Gemeinschaften den Zugang und die Kontrolle über ihre Gebiete verwehrt. Grundlage davon ist, dass laut dem Bergbaugesetzbuch nur Bergbautätigkeiten legal sind, die mit einer Bergbaugenehmigung stattfinden (Gesetz 685/01, Art. 14). Dies führt nach Vélez-Torres (2014) zu verschiedenen Problemen bei der Ausübung traditioneller Bergbaurechte in ethnischen Gebieten. Zum einen können ethnischen Gemeinschaften *Special Mining Zones* zugewiesen werden (Art. 31), jedoch ist dieses Recht bei Afrokolumbianer*innen an die vorherige Konzessionierung kollektiver Territorien durch das Kolumbianische Institut für ländliche Entwicklung (INCODER) gebunden (s. Kapitel zu kolumbianischer Entwicklungspolitik). Die Legalisierung dieses kollektiven Landbesitzes für Afrokolumbianer*innen ist jedoch weit hinter dem ursprünglichen Zeitplan geblieben (vgl. Vélez-Torres 2014: 73). Zum anderen werden Konzessionen an diejenigen vergeben, die als erstes einen Antrag gestellt haben. Dies bedeutet, dass informelle Kleinschürfer*innen, die ihre Arbeit legalisieren wollten oft feststellten, dass bereits jemand anderes eine Bergbaugenehmigung in ihrem traditionellen Gebiet bekommen hatte (vgl. Vélez-Torres 2014: 73).

Ein weiteres Problem sind die wirtschaftlichen Bedingungen. Selbst wenn eine Bergbaugenehmigung erfolgreich erlangt wurde, stehen die Gemeinschaften vor dem Problem, dass sie mit den gleichen Steuern und Abgaben konfrontiert werden wie private Investor*innen. Dies führt dazu, dass viele Gemeinden gegenüber dem Staat hoch verschuldet sind, da sie die hohen Abgaben nicht zahlen können (vgl. Vélez-Torres 2014: 73).

Den Gemeinschaften werden somit Steine in den Weg gelegt, die verhindern, dass sie zum einen erfolgreich ihre Konzessionen erlangen und zum anderen, falls sie doch eine bekommen sollten, diese nicht bezahlen können. Davon profitieren transnationale Unternehmen, da sie die Abgaben aufwenden können und die Anträge aufgrund schnellerer Informationsstränge schon früher stellen können. Somit lässt sich auch hier erkennen, dass Genehmigungsprozesse und Zugangsrechte zum Vorteil transnationaler Investor*innen ausgestaltet sind. Strukturelle Ungleichheiten werden dementsprechend aufrechterhalten, um das transnationale Kapital und extraktivistische Tätigkeiten zu unterstützen.

Zusammenfassend haben wir im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens also ein kapitalistisches System, welches die Basis für den Extraktivismus schafft. Dieser kann nur im Kapitalismus funktionieren und reproduziert ihn wiederum auch. Das heißt somit, dass extraktivistische Tätigkeiten auf strukturellen Ungleichheiten basieren, welche Vulnerabilitäten im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt (intersektional) verstärken, bzw. hervorbringen. Im Folgenden sollen diese Zusammenhänge noch einmal zusammengefasst und aufgezeigt werden, dass sich Extraktivismus und strukturelle Ungleichheiten in einem Kreislauf befinden, der im Zusammenspiel geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen produziert.

7.5 Extraktivismus und strukturelle Ungleichheiten im Zusammenspiel

Im vorherigen Kapitel wurde aufgezeigt, dass sich Extraktivismus auf ein kapitalistisches System stützt und von den daraus hervorgehenden Ungleichheiten profitiert, welche zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen können. Doch auch der Extraktivismus schafft neue Unsicherheiten und begünstigt Gewalttaten in Kolumbien.

Dies ist problematisch, da sich die Anzahl extraktivistischer Tätigkeiten im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens erhöht hat, genauso wie die Menge an transnationalen Unternehmen:

„In 2016, Colombia received the second-highest flow of FDI in Latin America. In the second quarter of 2018, it increased by 3661.6 USD Million and currently presents about 4.8% of the total GDP. (...) The largest recipient of foreign direct investment has been the fossil fuel industry, with 40.2% comprising oil and mining.“ (Sachseder 2022: 105).

Im Jahre 2006 waren weltweit noch 78.000 transnationale Unternehmen aktiv, welche für mehr als die Hälfte des globalen industriellen Outputs verantwortlich waren. Im Jahr 2015 stiegen globale ausländische Direktinvestitionen um 25% an und erreichten damit einen neuen Höchststand seit der Finanzkrise 2007 (vgl. OECD 2016: 2). In Kolumbien stiegen vor allem Investitionen in den kolumbianischen Goldsektor (meist aus Südafrika oder Kanada) stark an. Dabei kam es zwischen den Jahren 2000 und 2010 zu einer Steigerung um rund 640 Prozent (vgl. The Economist 2015). Auf der Höhe des Mineralbooms standen mehr als 40% der ländlichen Gebiete unter Konzessionen von nur drei transnationalen Unternehmen. Zu diesen gehört auch der Konzern AngloGold Ashanti, der die Bergbaugesetze Kolumbiens stark beeinflusst haben sollen (vgl. Mazure 2010).

In der Post-Konflikt Zeit Kolumbiens brachte die COVID-19 Krise ab dem Jahr 2020 eine globale Konjunkturabschwächung mit sich, wodurch die globalen Goldpreise bereits um 5,3% gestiegen sind. Grund dafür ist, dass Investor*innen in unsicheren Zeiten vermehrt in sichere Anlagen investieren (vgl. King & Wherry 2020). Diese steigenden Goldpreise führen auch in Kolumbien dazu, dass noch mehr Investor*innen in den Goldbergbau einsteigen. In Hinblick auf eine Studie von López & Goda aus dem Jahr 2017 ist die anhaltende staatliche Förderung seitens Kolumbiens beunruhigend.

López & Goda (2017) versuchten in ihrem Artikel die Frage zu beantworten, ob es einen Kausalzusammenhang zwischen dem Goldbergbau in Kolumbien und den kommunalen Mordraten im Zeitraum von 2004 bis 2015 gibt. Ihre Ergebnisse zeigen auf, dass eine Zunahme der legalen und illegalen Goldproduktion in Kolumbien zwischen 2004 und 2010 simultan zu einem Anstieg der Mordraten in Gemeinden mit Goldminenproduktion geführt hat. In den Jahren 2011 bis 2015 führte der Rückgang des internationalen Goldpreises zu einem Rückgang der Mordraten (vgl. López & Goda 2017: 64).

Auf *Abbildung 10* ist zu sehen, dass der weltweite Goldmarkt zwischen 2005 und 2011 einen Preisboom verzeichnete und danach einen Preisturz erfuhr. Als Antwort auf den Preisanstieg vervierfachte sich laut dem kolumbianischen Bergbau-Informationssystem (SIMCO) die Goldproduktion in Kolumbien zwischen 2007 und 2012.



Abbildung 10 Gold Price Chart (Quelle: López & Goda 2017: 65).

Simultan zur Zeit des Preisbooms ist die Zahl der Tötungsdelikte in den kolumbianischen Gemeinden, die Gold produzieren von 4.972 auf 8.000 Delikte angestiegen (s. Abbildung 11). Diese Grafiken lassen darauf schließen, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Preis und der Mehrproduktion von Gold und der Anzahl der Tötungsdelikte in Kolumbien gegeben hat.

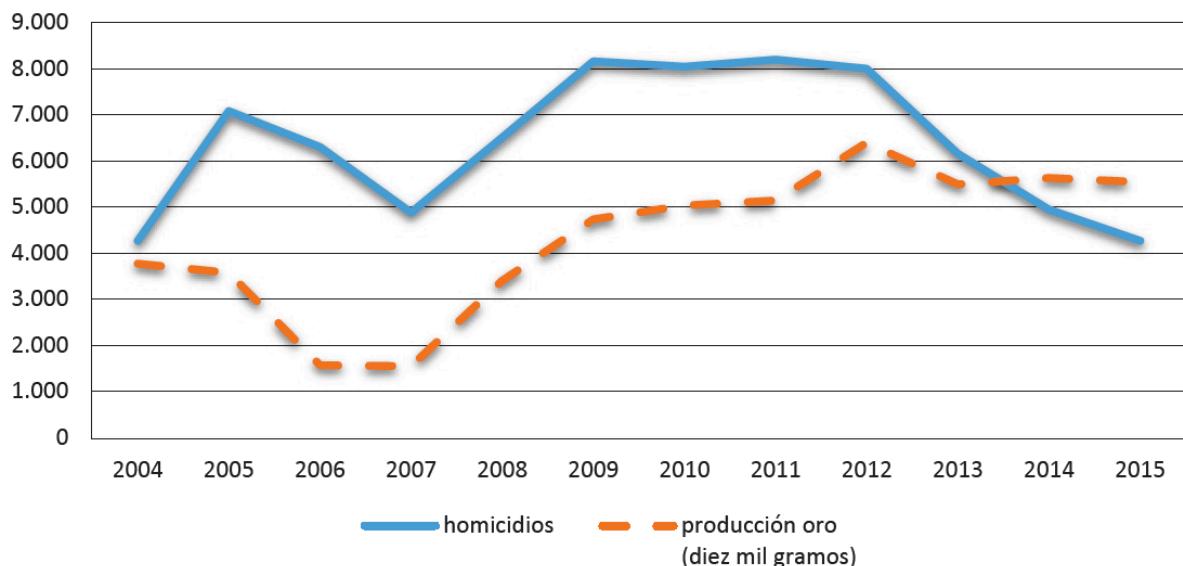


Abbildung 11 Goldproduktion und Anzahl der Tötungsdelikte in goldproduzierenden Gemeinden (Quelle: López & Goda 2017: 65).

Das heißt also, dass in der Vergangenheit die Anzahl sozio-ökologischer Konflikte simultan mit einer Expansion von Rohstoffextraktion anstieg (vgl. McNeish 2017: 1129). Daher wäre es naheliegende, dass vermehrter Extraktivismus auch im Post-Konflikt Einfluss auf die steigenden Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen hat. Hier gibt es bedauerlicherweise keine aktuellen Zahlen. Kate Paarlberg-Kvam (2021: 300) zitiert in ihrem Artikel Yusmidia Solano, eine Interviewpartnerin, die mit den *Red de Mujeres del Caribe* in San Andrés arbeitet:

„They've imposed this extractivist model on Colombia as a dependent country, to take out the minerals, violating all the environmental rules. And what's more, they're changing the way indigenous and Afro and rural communities function. So I think the effect it has on the lives of women is grave, because women lose their territory, and with the loss of territory comes the loss of identity, and the loss of family relationships, and everything else. And what's more, I think this extractivist model is being retaken by paramilitarism so it carries a higher degree of violence.“

Diese Aussage bringt die schwerwiegenden Probleme auf den Punkt, mit denen Gemeinschaften und vor allem Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens konfrontiert sind. Um den Problemen entgegenzuwirken, wurde bereits im Jahr 2011 das Opfer und Landrückgabe Gesetz beschlossen. Dieses sollte ursprünglich 2021 auslaufen, wurde jedoch vom kolumbianischen Senat für weitere zehn Jahre verlängert. Ziel ist es, Reparationen für Hinterbliebene zu garantieren und Ländereien an vertriebene Personen zurückzugeben. Verschiedene Maßnahmen sollten hierbei vor allem auch die Rolle von Frauen stärken (vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 301).

Das Opfer und Landrückgabe Gesetz schafft jedoch umstrittene Ausnahmeregelungen. Artikel 99 des Gesetzes legt bspw. fest, dass ehemalige Landbesitzer*innen, die vertrieben wurden und für die Rückerstattung von Ländereien qualifiziert sind, diese nicht bekommen, wenn der Grund aktuell für agro-industrielle Projekte genutzt wird (vgl. Ministerio del Interior y de Justicia 2012: Artikel 99). Hiervon profitieren bspw. die Öl- oder Gold-Industrie. Wenn das Land, dass der Person entzogen wurde, weil sie es bspw. unter dem Wert „verkaufen“ musste, mittlerweile für ein Entwicklungsprojekt genutzt wird (z.B., wenn die Vertreibenden das Land an ein Unternehmen verkauft haben) wird der Staat der Rückgabe des Landes an die Vertriebenen nur zustimmen, wenn diese einen Vertrag unterschreiben, der die weitere Nutzung des Landes durch das ansässige Unternehmen garantiert(vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 301). Das heißt nur weil die Personen wieder als Eigentümer*innen eingetragen sind, bedeutet dies nicht, dass sie das Land auch nutzen können; der Eigentümer bzw. die Eigentümerin kann einfach ein*e Pächter*in oder „Teilhaber*in“ eines Unternehmens werden (vgl. Paarlberg-Kvam 2021: 301).

Wie bereits dargestellt, basiert Extraktivismus auf einem kapitalistischen System und funktioniert aufgrund der dort vorherrschenden strukturellen Ungleichheiten. Durch das gerade dargestellte Gesetzesbeispiel wird auch hier deutlich, wie der Extraktivismus von strukturellen Ungleichheiten profitiert und sich diese zu nutzen macht. Gleichzeitig produziert er jedoch neue Ungleichheiten, indem beispielsweise Menschen von ihren Ländereien vertrieben oder mit Gewalt konfrontiert werden. Dabei interagieren, transnationale Unternehmen, die Regierung und paramilitärische Gruppen miteinander:

,,There is said to be a relationship between the BACRIM and the security forces. The security forces are accused of not providing protection to miners in rural areas with a high presence of criminal groups, leaving them open to extortion and intimidation... gold mining and conflict dynamics clearly overlap. According to the Ministry of

“Defence, illegal armed actors and criminal organisations are present in all of municipalities where unauthorized small-scale gold mining activities are taking place..” (vgl. OECD 2017: 17)

Zudem gibt es laut dem kolumbianischen Semana Magazin (Semana 2013) Schutzvereinbarungen zwischen den Unternehmen im Bergbausektor und legalen und illegalen bewaffneten Gruppen:

„These agreements are secret, where the army commits to guarantee the security of mining activities of companies and [companies] pay a yearly fee in return. The protection agreements are careful about not leaving a written record stating that the money given to the military cannot be used for offensive actions/attacks or to buy weapons or munitions”. (Semana 2013)

Der Staat vertreibt weiterhin viele Bauern, Bäuerinnen und indigene Gemeinschaften, um in Post-Konflikt Kolumbien „Entwicklungsprojekte“ durchzuführen. Vor allem der ehemalige Präsident Duque trieb dies mit seiner Bergbaopolitik voran. Makroökonomische Entwicklungen werden über kleinbäuerliche Landwirtschaft gestellt (vgl. King & Wherry 2020). Dies ist unter anderem möglich, da durch das Friedensabkommen mit den FARC ein Vakuum in den ehemalig besetzten Gebieten entstanden ist. Sie hatten in den Gebieten als eine Art Umweltbehörde fungiert und mit Umweltrichtlinien den Bergbau kontrolliert. Dort werden nun vermehrt Konzessionen an transnationale Unternehmen vergeben, da sie nicht mehr unter der Kontrolle der FARC sind und somit keine Gefahr mehr für die Unternehmen darstellen (vgl. King & Wherry 2020).

Aufgrund der Art und Weise der Bergbauaktivitäten und des Umfelds der meisten Bergbauunternehmen profitieren vorwiegend Männer von neuen Arbeitsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Einnahmen. Für Frauen schafft der Bergbau selten neue wirtschaftliche Perspektiven. Im Zusammenspiel mit Zwangsumsiedlungen kann dies zu sozialen und kulturellen Veränderungen führen, die in einer Fragmentierung und Polarisierung von Gemeinschaften resultieren können (vgl. Capassao 2015). Dies wirkt sich oft vor allem auf Frauen negativ aus. Der große Zustrom von Männern, der durch Bergbauprojekte in die jeweiligen Gebiete erfolgt schafft häufig Sicherheitsprobleme für Frauen. Ein diskriminierendes Umfeld, zunehmende (Zwangs-)Prostitution und sexuelle, physische oder psychische Gewalt sind nur einige der Probleme, mit denen sich Frauen in Post-Konflikt Kolumbien konfrontiert sehen (vgl. Capassao 2015).

Zusammengefasst stützt sich Extraktivismus in Post-Konflikt Kolumbien, wie im vorherigen Kapitel, aufgezeigt auf ein kapitalistisches System und profitiert von den daraus hervorgehenden Ungleichheiten, welche zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen können. Doch wie in diesem Kapitel aufgezeigt, kreiert der Extraktivismus selbst neue Ungleichheiten, die zu Gewalttaten an Frauen führen können.

Genauso wie der Extraktivismus den Kapitalismus braucht, gilt dies auch andersherum; der Kapitalismus braucht Extraktivismus, um sich selbst zu reproduzieren. Das heißt wir haben hier eine Abhängigkeit der Beiden voneinander und es lässt sich somit von einem Kreislauf aus Kapitalismus bzw. strukturellen Ungleichheiten und Extraktivismus sprechen, der zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen führt. Diese Gewalt entsteht zum einen durch Ungleichheiten, die dem Kapitalismus innewohnen. Hierbei ist die Ausbeutung von weiblicher Sorge- und Reproduktionsarbeit zentral, die eine Doppelbelastung für Frauen schafft und somit Vulnerabilitäten verstärkt. Zum anderen entsteht die Gewalt durch bspw. Vertreibungen durch den Extraktivismus, neue Ungleichheiten durch Fragmentierung und Polarisierung von Gemeinden oder vermehrter (Zwang-)Prostitution in den jeweiligen Gebieten. Zentral ist hierbei jedoch auch, dass die in der Kolonialzeit etablierten Kategorien von Geschlecht und Race die Intensität und Art und Weise der Gewalterfahrungen bestimmen. Vor allem indigene und afrokolumbianische Frauen in ruralen Gebieten sind besonders gefährdet Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden.

Auch in der Vergangenheit konnte bereits festgestellt werden, dass es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und einem Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität im Goldbergbausektor gibt. Im Laufe dieser Arbeit war außerdem zu erkennen, dass geschlechtsspezifische Gewalt in Kolumbien kein aktuelles Phänomen ist, sondern bereits vor dem Konflikt und während dem bewaffneten Konflikt ein Problem war. Wir haben es hier somit mit einem Gewaltkontinuum zu tun, wodurch erneut deutlich wird, dass es sich hierbei um ein strukturelles Problem in Kolumbien handelt. Aktuell ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation in Post-Konflikt Kolumbien bessert, solange diese Probleme nicht angegangen werden. Auch steigt die Tendenz von extraktivistischen Tätigkeiten noch, was u.a. daran liegt, dass die FARC-EP in vielen Gebieten ein Machtvakuum hinterlassen haben, wodurch sich dort neue transnationale Unternehmen niederlassen können.

8 Conclusio

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass es sich in Kolumbien um einen äußerst gewaltvollen Konflikt handelte, der über mehrere Dekaden anhielt. Im Zentrum waren vor allem Landfragen (ähnlich, wie bereits in der Kolonialzeit und Drogenhandel bzw. -anbau. Mehr als 220.000 Leben forderte der kolumbianische Konflikt und über sieben Millionen Menschen wurden vertrieben. Vor allem Frauen waren in diesem Zusammenhang häufig mit sexueller Gewalt konfrontiert (vgl. Miroff 2016). Beteiligte waren sowohl links-gerichtete Guerilla-Gruppen, staatsnahe paramilitärische Gruppierungen, sowie die Regierung, Zivilist*innen und transnationale Unternehmen. Schließlich bemühte sich der ehemalige kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos, um einen Friedensvertrag mit den FARC-Guerillas, welcher letztendlich 2016 unterschrieben wurde. Doch obwohl sich Kolumbien seit diesem Friedensvertrag in einer Zeit der Friedenskonsolidierung befindet, steigt die Anzahl an geschlechtsspezifischen Gewalttaten gegen Frauen an. Ich⁹ habe in dieser Arbeit untersucht, warum dies der Fall ist und argumentiert, dass strukturelle Ungleichheiten und extraktivistische Entwicklungspolitik kokonstitutiv in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen sind und die Ursache für die ansteigenden Gewalttaten darstellen. Dabei wird Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit von Frauen als zentrale Variable zwischen Extraktivismus, Ungleichheit und Gewalt gesehen. Die Analyse des aktuellen Forschungsstandes und der akademischen Debatte im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt hat gezeigt, dass es bereits Arbeiten gibt, die in diese Richtung argumentieren. Dabei wird gezeigt, dass einen Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und extraktivistischer Entwicklungspolitik gibt und auch, dass ein Bezug zu strukturellen Ungleichheiten existiert. Eine Leerstelle war jedoch, wie sich extraktivistische Tätigkeiten auf das Vorkommen von Gewalt im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens auswirken und wie hierbei strukturelle Ungleichheiten mit dem Extraktivismus ineinander greifen. Zudem fehlte eine Analyse, welche die Kategorien Geschlecht und Race intersektional mitdenkt.

Der theoretische Hintergrund dieser Arbeit zeigte die drei zentralen Variablen der Analyse auf: Ökonomie, Geschlecht, Kolonialität. Diese wurden aus einer feministischen politökonomischen Perspektive behandelt und durch post- bzw. dekoloniale Ansätze ergänzt.

⁹ In dieser Conclusio wird die Autorin hauptsächlich aus der „Ich“-Perspektive schreiben, da ihre Positionalität und Erfahrungen die Ergebnisse potenziell beeinflussen können

Dabei ist die feministische politische Ökonomie hilfreich Sorge- und Reproduktionsarbeit von Frauen und die damit einhergehende Doppelbelastung, die sich bspw. aus zusätzlich notwendiger Lohnarbeit ergibt, zu untersuchen. Die post- bzw. dekolonialen Ansätzen erlauben die Intersektionalität zu Race mitzudenken und eine Verbindung zwischen der Kolonialzeit und gegenwärtigen Gewaltverhältnissen herzustellen. Dieser historische Boden ist notwendig, um die bis heute fortwirkenden Prozesse und strukturellen Probleme darzulegen. Methodisch wurde dieser Arbeit ein transdisziplinärer und iterativer Forschungsprozess zu Grunde gelegt. Die Ergebnisse wurden durch eine Literaturrecherche mit anschließender strukturierender qualitativen Inhaltsanalyse erzielt.

Erster Ausgangspunkt meiner Empirie ist, dass strukturelle Ungleichheiten in Kolumbien in der Kolonialzeit kreiert wurden und sich bis heute auf die Gesellschaft auswirken. Zentral hierbei sind die konstruierten Kategorien Geschlecht und Race. Es wurde aufgezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem bewaffneten kolumbianischen Bürgerkrieg und Problemen im Agrarsektor gibt (vgl. Gutiérrez Sanin 2019: 321). Vor allem in den 80er Jahren verschärfte sich der Konflikt durch neoliberalen Umstrukturierungen und die Ausweitung ausländischer Direktinvestitionen (vgl. Jenss 2016). Die globale Rohstoffnachfrage stieg rapide an, während zeitgleich natürliche Ressourcen immer knapper wurden. Der globale Kapitalismus übernahm die Machtstrukturen, das Geschlechtersystem und ökonomische Unterwerfung aus der Kolonialzeit und erhielt Machtformen wie Sexismus, Klassismus und Rassismus (vgl. Sachseder 2022: 169).

Anschließend wurde auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahr 2016 eingegangen, sowie dessen vermeintliche Inklusivität in Bezug auf Frauen. Hier zeigte sich, dass die Ausgestaltung des Vertrages im Wesentlichen oberflächlich blieb und vor allem strukturelle Probleme ausgeklammert wurden. Auch die Historie der extraktivistischen Methoden und Politiken wurden über die Jahrhundertwende aufgezeigt. Dabei kann die Bergbaopolitik Kolumbiens nach Vélez-Torres (2014: 72) aus verschiedenen Gründen als „extraktivistisch“ bezeichnet werden. Die groß angelegte Gewinnung von nicht erneuerbaren Ressourcen wie Öl und Gas wurde bspw. gefördert, während die Nutzung und der Zugang zu diesen Ressourcen den lokal ansässigen Gemeinschaften erschwert wurde. Vor allem im Verlauf der letzten beiden Dekaden machte die kolumbianische Regierung ihr ökonomisches Wachstum vermehrt von Investitionen in neue und ausgeweitete extraktivistische Projekte abhängig (vgl. Shenk 2022: 1).

Nachdem ein Grundverständnis für die kolumbianische Gesellschaft, die Konflikte und die Entwicklungspolitik geschaffen wurde, erfolgte zunächst eine Darstellung, dass sich die

Anzahl geschlechtsspezifischer Gewalttaten gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens erhöht hat. Daraufhin wurde aufbauend auf verschiedenen Studien diskutiert, dass die Implementierung der Maßnahmen des Friedensvertrages schleppend vorangeht; vor allem auch im Bereich der Landreform. Außerdem wurde beschrieben, dass den meisten Gewalttaten in Post-Konflikt Kolumbien eine polit-ökonomische Motivation zugrunde liegt. Dabei habe ich die These aufgestellt, dass es Interessen geben könnte, die die Implementierung im Agrarsektor zugunsten des Extraktivismus verhindern bzw. verlangsamen möchten. Transnationale Unternehmen haben bspw. vermutlich kein Interesse daran haben, dass bspw. ländliches Eigentum formalisiert wird und sie dort keine Bodenschätze mehr extrahieren, oder Bergbau betreiben können. Das heißt, dass es polit-ökonomische Interessen geben könnte, die davon profitieren, wenn die Landreform nicht umgesetzt wird und somit strukturelle Ungleichheiten bestehen bleiben. Denn der ungleiche Zugang zu Land ist grundlegend für die Aufrechterhaltung einer extraktivistischen Entwicklungspolitik Kolumbiens, was wiederum im Zusammenspiel zu geschlechtsspezifischer Gewalt führen kann.

Anschließend wurde sich der dieser Arbeit zugrundliegenden Forschungsfrage gewidmet:

Wie greifen strukturelle Ungleichheiten und extraktivistisch ausgerichtete Entwicklungspolitik in der Produktion von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen im Post-Konflikt Kontext Kolumbiens ineinander?

Im Folgenden soll versucht werden die eingangs gestellte Frage zu beantworten. In meiner Analyse habe ich zum einen aufgezeigt, dass der Kapitalismus seinen Ursprung in der Kolonialzeit hat. In dieser Zeit wurden die Kategorien Geschlecht und Race künstlich konstruiert, die bis heute das System und die Gesellschaft beeinflussen und strukturieren. Der Kapitalismus befindet sich in einem Weltsystem, dass aus Zentren und Peripherien besteht und die Kapitalakkumulation als Grundprinzip innehaltet. Dabei fungiert in diesem Beispiel Kolumbien als Peripherie und Lieferant primärer Rohstoffe für das Zentrum, bzw. den Globalen Norden.

Der Kapitalismus braucht dabei strukturelle Ungleichheiten bspw. in Form von unbezahlter Sorge- und Reproduktionsarbeit von Frauen, um zu funktionieren. Dabei müssen Frauen zusätzlich Lohnarbeit nachgehen, um sich ihr Leben zu finanzieren und sind somit einer Doppelbelastung ausgesetzt, die sie vulnerabler für geschlechtsspezifische Gewalt macht. Zusätzliche strukturelle Ungleichheiten in Bezug auf den Zugang zu Land werden dadurch

geschaffen, dass Gesetze und Regularien zum Vorteil von transnationalen Unternehmen und nicht der lokalen Bevölkerung ausgelegt sind, wodurch zusätzlich strukturelle Ungleichheiten in Bezug auf einen Landzugang geschaffen werden. Hiervon profitiert auch der Extraktivismus.

Nachdem der Extraktivismus das kapitalistische System nutzt und braucht, um zu funktionieren, basiert er somit auch auf strukturellen Ungleichheiten, die in Verbindung mit geschlechtsspezifischer Gewalt stehen. Doch wie in Kapitel 7.5 aufgezeigt, kreiert der Extraktivismus selbst neue Unsicherheiten, die zu Gewalttaten an Frauen führen können.

Gewalt in Post-Konflikt Kolumbien entsteht in diesem Zusammenhang bspw. durch Vertreibungen durch den Extraktivismus, neue Ungleichheiten durch Fragmentierung und Polarisierung von Gemeinden oder vermehrter (Zwangs-)Prostitution in den jeweiligen Gebieten. Zentral ist hierbei jedoch auch, dass die in der Kolonialzeit etablierten Kategorien von Geschlecht und Race die Intensität und Art und Weise der Gewalterfahrungen bestimmen. Vor allem indigene und afrokolumbianische Frauen in ruralen Gebieten sind besonders gefährdet Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. In dieser Arbeit wurde zudem aufgeführt, dass Gewalttaten gegen Aktivistinnen ein zentrales und immer öfter aufkommendes Thema im Zusammenhang mit extraktivistischen Tätigkeiten sind.

Genauso wie der Extraktivismus den Kapitalismus braucht, gilt dies auch andersherum; der Kapitalismus braucht Extraktivismus, um sich selbst zu reproduzieren. Das heißt wir haben hier eine Abhängigkeit der Beiden voneinander und es lässt sich somit von einem Kreislauf aus Kapitalismus und Extraktivismus sprechen, der zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen führt. Dieser Kreislauf wirkt sich auf den Post-Konflikt Kontext Kolumbiens aus und nimmt Einfluss auf die Produktion von geschlechtsspezifischen Gewalttaten gegen Frauen.

Auch in der Zeit vor dem Friedensvertrag zeigte sich bereits ein eindeutiger Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und einem Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität im Goldbergbausektor (vgl. López & Goda 2017). Die Tendenz von extraktivistischen Tätigkeiten steigt nach wie vor, was u.a. daran liegt, dass die FARC-EP in vielen Gebieten ein Machtvakuum hinterlassen haben, wodurch sich dort neue transnationale Unternehmen niederlassen können.

In dieser Arbeit wurde zudem deutlich, dass geschlechtsspezifische Gewalt in Kolumbien kein aktuelles Phänomen ist, sondern bereits vor dem Konflikt und während dem bewaffneten Konflikt ein Problem war. Wir haben es hier somit mit einem Gewaltkontinuum zu tun, wodurch erneut deutlich wird, dass es sich hierbei um ein strukturelles Problem in Kolumbien

handelt. Die angesprochene Gewaltspirale setzt sich auch seit 2016 fort. Aktuell ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation in Post-Konflikt Kolumbien bessert, solange diese Probleme nicht angegangen werden.

Einschränkend anzumerken ist in Bezug auf die Beantwortung der Fragestellung, dass der Friedensvertrag zum aktuellen Zeitpunkt erst sieben Jahre zurückliegt und somit verhältnismäßig wenig Daten und Forschungen zu diesem Thema vorhanden sind. Daher konnten im Rahmen dieser Arbeit (ohne Feldforschung und Interviews) keine Hypothesen endgültig verifiziert oder falsifiziert werden. Dennoch zeigten sich in dieser Arbeit Zusammenhänge, die deutliche Tendenzen aufzeigen. Auch die COVID-19 Krise stellt eine Ausnahmesituation dar, die potenziell Daten oder Ergebnisse verfälscht haben könnte. Im Rahmen der Analyse gab es jedoch keine Hinweise darauf, dass diese Faktoren die Ergebnisse wesentlich beeinflussen oder einschränken; somit wurde das Thema weitestgehend ausgeklammert.

Doch was heißt dies nun für die Zukunft Kolumbiens? Und was bedeutet es für Frauen, die sich nach wie vor mit zunehmender geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert sehen? Zunächst ist wohl die Bezeichnung „Post-Konflikt“ im kolumbianischen Kontext zu kritisieren, da Gewalttaten vermehrt auftreten, Aktivist*innen weiterhin gezielt ermordet werden und sich bspw. die FARC-Guerilla zum Teil wieder remobilisieren. Der Begriff „Post-Acordo“, welcher von einigen Kritiker*innen verwendet wird und „nach dem Vertrag“ bedeutet ist wohl treffender. Dadurch wird deutlich, dass der Konflikt noch nicht beendet ist (vgl. CIDOB o.J.).

Auch wurde in dieser Arbeit aufgezeigt, dass die Implementierung der Maßnahmen sehr schleppend vorangeht. Möglicherweise hing dies damit zusammen, dass der ehemalige Präsident Duque von Beginn an ein Gegner des Friedensvertrages war und somit kein großes Interesse hatte, die Maßnahmen umzusetzen. Die Hoffnung liegt nun auf dem neuen Präsidenten Gustavo, der als erster Präsident Kolumbiens dem linken Spektrum entstammt. Die neue Regierung unter Präsident Gustavo Petro hat im Jahr 2022 eine bevorstehende Energiewende angekündigt hat (vgl. Ávila 2022). Primäre Rohstoffe sollen an Zentralität verlieren und durch saubere Energien ersetzt werden. Dabei sei es besonders wichtig, die Bevölkerung vermehrt mit einzubeziehen und ein gerechteres Land für Alle zu schaffen. Vor allem im Zusammenhang mit Deutschland wird in Zukunft wohl einiges geschehen, da eine Klima- und Energiepartnerschaft mit Kolumbien in der Planung immer weiter voranschreitet

(vgl. Ávila 2022). Die eingangs gestellte Frage, ob sich durch die Ambitionen Gustavos die Situation von Frauen, die mit geschlechtsspezifischer Gewalt im Zusammenhang von extraktivistischen Tätigkeiten konfrontiert werden, ändern wird, bleibt zunächst offen. Dafür müssten zunächst einige strukturellen Probleme des Landes angegangen werden und Versprechen an die Bevölkerung eingehalten werden, um das Vertrauen wieder aufzubauen, sowie ein kompletter Kurswechsel eingeschlafen werden. Wünschenswert wäre es natürlich, wenn im Land Kolumbien etwas Ruhe einkehren würde.

9 Bibliographie

Acosta, Mónica et. al. (2017): The Colombian Transitional Process: Comparative Perspectives on Violence against Indigenous Women, In: International Journal of Transnational Justice, 0, 1-18, doi: 10.1093/ijtj/ijx033.

Alsaba, Khuloud & Kapilashrami, Anuj (2016): Understanding women's experience of violence and the political economy of gender in conflict, In: Reproductive Health Matters, 24 (47), 5-17, doi: 10.1016/j.rhm.2016.05.002.

Avilés, William (2006): Global Capitalism, Democracy, and Civil-Military Relations in Colombia. State University of New York Press.

Avilés, William (2012): War, Peace and Human Rights in Colombia. In: Latin American Perspectives, 39 (1), 140-146, doi: 10.1177/0094582X11423220.

Baaz, Maria Eriksson & Stern, Maria (2009): Why do soldiers rape? Masculinities, violence and sexuality in the armed forces of the Congo, In: International Studies Quarterly, 53 (2), 495-518, doi: 10.1111/j.1468-2478.2009.00543.

Baird, Adam (2017): Becoming the “Baddest”: Masculine Trajectories of Gang Violence in Medellín, In: Journal of Latin American Studies, 50 (6), 183-210, doi: 10.1017/S0022216X17000761.

Balaam, David & Dillman, Bradford (2014): Introduction to International Political Economy. London: Routledge.

Bauhardt, Christine (2017): Living in a Material World. Entwurf einer queer-feministischen Ökonomie, GENDER 1, 99-114, doi: 10.3224/gender.v9i1.07.

Bauhardt, Christine (2019): Ökofeminismus und Queer Ecologies: feministische Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 467-477, doi: 10.1007/978-3-658-12496-0_159.

Berry, Marie E. (2017): Barriers to Women's Progress After Atrocity: Evidence from Rwanda and Bosnia-Herzegovina, In: Gender and Society, 31 (6), 830-853, doi: 10.1177/0891243217737060.

Bigio, Jamille/ Vogelstein, Rachel (2017): Understanding Sexual Violence in Conflict. In: Council on Foreign Relations: Countering Sexual Violence in Conflict, JSTOR.

Boesten, Jelke (2017): Of exceptions and continuities: theory and methodology in research on conflict-related sexual violence, In: International Feminist Journal of Politics, 19 (4), 506-519, doi: 10.1080/14616742.2017.1367950.

Borras Jr., Saturnino M. & Franco, Jennifer C. & Kay, Cristobal & Spoor, Max (2011): Land grabbing in Latin America and the Caribbean viewed from broader international perspectives. Aufgerufen unter:

https://www.tni.org/files/download/borras_franco_kay_spoor_land_grabs_in_latam_carib_bean_nov_2011.pdf (zuletzt geprüft 06.09.2022).

Bpb (o.J.): Versicherheitlichung ("Securitization"). Aufgerufen unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/504345/versicherheitlichung-securitization/> (zuletzt geprüft: 14.07.2023).

Boutron, Camille (2018): Engendering Peacebuilding: The International Gender Nomenclature of Peace Politics and Women's Participation in the Colombian Peace Process, In: Journal of Peacebuilding & Development, 13 (2), 116-212, doi: 10.1080/15423166.2018.1468799.

Bridge, Gavin (2004): Mapping the bonanza: geographies of mining investment in an era of neoliberal reform. The Professional Geographer, 56 (3), 406 – 421, doi: 10.1111/j.0033-0124.2004.05603009.x.

Buch-Hansen, H., & Nielsen, P. (2020). Critical Realism. Basics and Beyond. RED GLOBE PRESS.

Buckley-Zistel, Susanne/ Krause, Ulrike/ Loeper, Liste (2014): Sexuelle und geschlechterbasierte Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern. Ein Literaturüberblick. In: PERIPHERIE, 133 (34), 71-89, doi: 10.3224/peripherie.v34i133.22463.

Capassao, Camilla (2015): Beyond Good Business: the gender-based discrimination behind the extraction of natural resources, Aufgerufen unter: <https://latinamericandiaries.blogs.sas.ac.uk/2015/10/14/beyond-good-business-the-gender-based-discrimination-behind-the-extraction-of-natural-resources/> (zuletzt geprüft: 29.07.2023).

CIDOB (o.J.): Post-Acuerdos FARC-EP, Aufgerufen unter: https://www.cidob.org/publicaciones/documentacion/dossiers/dossier_proceso_de_paz_en_colombia/dossier_proceso_de_paz_en_colombia/post_acuerdos_farc_ep (zuletzt geprüft: 31.07.2023).

Close, Sophia/ O'Rourke, Catherina/ Yousuf, Zahbia (2019): Gender, inclusion and political settlements. Implications for peace processes, In: Carl, Andy: Navigating inclusion in peace processes, Conciliation Resources (28), 27-31.

Cockburn, Cynthia (2004): The Continuum of Violence. A Gender Perspective on War and Peace, In: Giles, Winona & Hyndman, Jennifer: Sites of Violence. Gender and Conflict Zones, University of California Press, 24-44, doi: 10.1525/california/9780520230729.003.0002.

Cockburn, Cynthia (2010): Militarism. In: Shepherd, Laura J.: Gender Matters in Global Politics. A Feminist Introduction to International Relations, New York: Routledge, 105-115.

COHA (Council on Hemispheric Affairs) (2011): Colombia's Gold Rush: The Silver Lining for Paramilitaries and Guerrillas. Aufgerufen unter: <https://www.coha.org/colombias-gold-rush-the-silver-lining-for-paramilitaries-and-guerrillas/> (zuletzt geprüft: 22.07.2022).

Cohn, Carol & Duncanson, Claire (2020): Whose recovery? IFI prescriptions for postwar states, In: Review of International Political Economy, 27 (6), 1214-1234, doi: 10.1080/09692290.2019.1677743.

Colombia (2016): Acuerdo Final Para La Terminación Del Conflicto y La Construcción De Una Paz Estable y Duradera, Aufgerufen unter: https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/Colombia%20Nuevo%20Acuerdo%20Final%202024%20Nov%202016_0.pdf (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Connell, Raewyn W. (1995): Masculinities. Cambridge.

Corporación Sisma Mujer (2009): Mujeres en Conflicto: Violencia Sexual y Paramilitarismo. La violencia sexual contra las mujeres ejercida por grupos paramilitares: estrategias, variantes e identificación de situaciones tipo, Aufgerufen unter: <https://www.sismamujer.org/wp-content/uploads/2021/08/2009-Mujeres-en-Conflicto-Violencia-Sexual-y-Paramilitarismo.pdf> (zuletzt geprüft: 23.11.2022)

Corporación Sisma Mujer (2020): La pandemia antes del Covid-19. Violencias hacia las mujeres y niñas en Colombia durante 2019 y 2020, Boletín No. 22, Aufgerufen unter: <https://www.sismamujer.org/wp-content/uploads/2021/08/Bolet%C3%ADn-22-3.pdf> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Crowell, Nancy A./ Burgess, Ann W. (1996): Understanding Violence Against Women, National Academy Press, Washington D.C..

Davies, Sara E./ True, Jacqui (2015): Reframing conflict-related sexual and gender-based violence: Bringing gender analysis back in. In: Security Dialogue, 46 (6), 495-512, doi: 10.1177/0967010615601389.

Davies, Sara E. & True, Jacqui & Tanyag, Maria (2016): How women's silence secures the peace: analysing sexual and gender-based violence in a low-intensity conflict, In: Gender and Development, 24 (3), 459-473, doi: 10.1080/13552074.2016.1233672.

DAWN Informs (2019): The Political Economy of Conflict and Violence against Women: Cases from the South. Zed Books, London.

Delgado-Ramos, Gian Carlos (Ed.). (2010): Ecología Política de la minería en América Latina: Aspectos socioeconómicos, legales y ambientales de la mega minería. Colección El Mundo Actual: situación y alternativas. Mexico, UNAM.

Deonandan, K. & Tatham, R. & Field, B. (2017): Indigenous women's anti-mining activism: A gendered analysis of the El Estor struggle in Guatemala, In: Gender & Development, 25 (30), 405-419, doi:10.1080/13552074.2017.1379779.

Dietz, Kristina (2013): (Neo-)Extraktivismus, In: PERIPHERIE, 123 (33), 511-513.

DNP (2011): Plan Nacional de Desarrollo 2010e2014 'Prosperidad para Todos'. Resumen Ejecutivo. Colombia: Presidencia de la Republica. Aufgerufen unter: <https://colaboracion.dnp.gov.co/cdt/pnd/resumen%20ejecutivo%20ultima%20version.pdf> (zuletzt geprüft: 06.09.2022).

Echavarría Álvarez, Josefina, et al. (2023): El tiempo se agota para la implementación del enfoque de género: avances, retos y oportunidades a seis años de la firma del Acuerdo Final. Notre Dame, IN y Bogotá, Colombia: Matriz de Acuerdos de Paz/ Instituto Kroc de Estudios Internacionales de Paz/Escuela Keough de Asuntos Globales, doi.org/10.7274/ff365428x38.

The Economist (2014): Mining in Colombia. Digging itself out of a hole, The Economist, Aufgerufen unter: <https://www.economist.com/business/2014/03/15/digging-itself-out-of-a-hole> (zuletzt geprüft: 22.07.2022).

The Economist (2015): The last lap in Colombia, The Economist, Aufgerufen unter: <https://www.economist.com/the-americas/2015/01/29/the-last-lap-in-colombia> (zuletzt geprüft: 22.07.2022).

Embajada de Colombia en Alemania (2016): Rede des Präsidenten der Republik Kolumbien, Juan Manuel Santos, bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises, Aufgerufen unter: <https://alemania.embajada.gov.co/de/node/news/10477/rede-des-praesidenten-der-republik-kolumbien-juan-manuel-santos-bei-der> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Escobar, Arturo (2004): Development, Violence and the new Imperial Order, In: Development, 47 (1), 15-21, doi: 10.1057/palgrave.development.1100014.

Escola de Cultura de Pau (2022): Alert 2022! Report on conflicts, human rights and peacebuilding. Barcelona: Icaria.

Europäische Kommission (2016): Geschlechtsspezifische Gewalt. In: Spezial-Eurometer 449.

Fabricant, Nicole & Gustafson, Bret (2016): Moving Beyond the Extractivism Debate. Imagining New Social Economics, In: NACLA: Report on the Americas, 47 (4), 40-45, doi: 10.1080/10714839.2014.11721813.

Farmer, Paul (2004): An Anthropology of Structural Violence, In: Current anthropology, 45 (3), 305-325, doi: 10.1086/382250.

Fragile State Index (2020): Colombia, Aufgerufen unter: <https://fragilestatesindex.org/country-data/> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Gpaz (2018): La paz Avanza con las mujeres. Observaciones sobre la incorporación del enfoque de género en el Acuerdo de Paz, Bogotá.

Gpaz (2019): La paz Avanza con las mujeres. Observaciones sobre la incorporación del enfoque de género en el Acuerdo de Paz, Bogotá.

Grosfoguel, Ramón (2006): La Descolonización de la Economía Política y los Estudios Postcoloniales, In: Tabula Rasa (4), 17-48, doi: 10.25058/20112742.245.

Guáqueta, Alexandra (2013): Harnessing Corporations: Lessons from the Voluntary Principles on Security and Human Rights in Colombia and Indonesia. In: Journal of Asian Public Policy, 6 (2), 129-146, doi: 10.1080/17516234.2013.814306.

Global Witness (2020): Defending Tomorrow. The climate crisis and threats against land and environmental defenders, 3.

Gutiérrez Sanín, Francisco (2019): The politics of peace: competing agendas in the Colombian agrarian agreement and implementation, In: Peacebuilding, 7 (3), 314-328, doi: 10.1080/21647259.2019.1621247.

Handelsblatt (2023): Deutschland und Kolumbien planen Partnerschaft für grünen Wasserstoff. Aufgerufen unter: <https://www.handelsblatt.com/dpa/deutschland-und-kolumbien-planen-partnerschaft-fuer-gruenen-wasserstoff/29211982.html> (zuletzt geprüft: 19.07.2023).

Human Rights Watch (2017): Colombia. Events of 2016. URL: <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/colombia> (zuletzt geprüft: 23.11.2022).

Hartviksen, Julia (she/her/hers) (2022): A matrix of violence: the political economy of violence against Mayan women in Guatemala's Northern Transversal Strip, In: International Feminist Journal of Politics, 24 (1), 87-110, doi: 10.1080/14616742.2021.1976066.

Herbolzheimer, Kristian (2019): Negotiating inclusive peace in Colombia, In: Carl, Andy: Navigating inclusion in peace processes, Conciliation Resources (28), 48-52.

Hernandez-Reyes, Castriela E. (2019): Black Women's Struggles against Extractivism, Land Dispossession, and Marginalization in Colombia, In: Latin America Perspectives 225 (46/2), 217-234, doi: 10.1177/0094582X19828758.

Hearn, Jeff (2014): From Hegemonic Masculinity to the Hegemony of Men, In: Feminist Theory, 5 (1), 49-72, doi: 10.1177/1464700104040813.

Hristov, Jasmin (a) (2014): Blood and Capital: The Paramilitarization of Colombia. Ohio University Press.

Hristov, Jasmin (2014): Paramilitarism and Neoliberalism: Violent Systems of Capital Accumulation in Colombia and Beyond. London: Pluto Press.

Jäger, Johannes/ Springler, Elisabeth (2015): Ökonomie der Internationalen Entwicklung. Eine Kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mandelbaum Verlag, 3. Auflage.

Jenss, Alke (2016). Grauzonen staatlicher Gewalt: staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko, transcript Verlag, Bielefeld, doi: 10.14361/9783839432518.

Keen, Benjamin & Haynes, Keith (2012): A History of Latin America. Belsmont: Wadsworth Publishing.

Kerner, Ina (2010): Intersektionalität. In: PERIPHERIE, 118/119 (30), 312-314.

King, Ethan & Wherry, Samantha (2020): Colombia's Environmental Crisis Accelerates Under Duque, Aufgerufen unter: <https://nacla.org/news/2020/04/20/colombia-environmental-crisis-duque> (zuletzt geprüft: 29.07.2023).

Koopman, Sara (2020): Building an inclusive peace is an uneven socio-spatial process: Colombia's differential approach, Political Geography 83 (4), doi: 10.1016/j.polgeo.2020.102252.

Koos, Carlo (2017): Sexual violence in armed conflicts: research progress and remaining gaps, In: Third World Quarterly, 38 (9), 1935-1051, doi: 10.1080/01436597.2017.1322461.

Kostovicova, Denisa & Bojicic-Dzelilovic, Vesna & Henry, Marsha (2020): Drawing on the continuum: a war and post-war political economy of gender-based violence in Bosnia and Herzegovina, In: International Feminist Journal of Politics, 22 (2), 250-272, doi: 10.1080/14616742.2019.1692686.

Kroschel, Julia et. al. (2019): Afrokolumbianische Gemeinschaften im Cauca und deren Organisation, Aufgerufen unter: <https://salidadelcampo-kolumbien2019.blogs.uni-hamburg.de/afrokolumbianische-gemeinden-im-cauca/> (zuletzt geprüft: 31.07.2023).

Kuckartz, Udo & Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Beltz Juventa, Weinheim Basel, 5. Auflage.

Lambert, Tobias (2012): Ressourcen für Europa. Die Rohstoffstrategien der EU und Deutschlands gehen auf Kosten des globalen Südens. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodels in Lateinamerika. Berlin, 128-143.

Lasso, Marixa (2006): Race War and Nation in Caribbean Gran Colombia, Cartagena 1810-1832, In: The American Historical Review 111 (2), 336-361, doi: 10.1086/ahr.111.2.336.

Leatherman, Janie L. (2011): Sexual Violence and Armed Conflict, Polity Press, Cambridge.

Leatherman, Janie L. (2013): Sexual Violence and Armed Conflict, Wiley.

Londoño Calle, Viviana (2013): Colombia no está preparada para la locomotora minera, El Espectador, Aufgerufen unter: <https://www.elespectador.com/ambiente/colombia-no-esta-preparada-para-la-locomotora-minera-article-420422/> (zuletzt geprüft: 23.07.2022).

López, Aldo Orellana (2021): Neoextractivism and state violence: Defending the defenders in Latin America, Aufgerufen unter: <https://longreads.tni.org/stateofpower/neoextractivism-and-state-violence-defending-the-defenders-in-latin-america%E2%80%A8> (zuletzt geprüft: 25.07.2023).

López, Camilo Lema & Goda, Thomas (2017): La minería de oro y las tasas de homicidios en Colombia, 2004-2015, In: Semestre Económico Medellín, 20 (43), 61-80, doi: 10.22395/seec.v20n43a3.

López Montaño, Cecilia/Holstine, María-Claudia (2019): Rural Women in Colombia: From

Victims to Actors. In: Kumudini Samuel et. al.: The Political Economy of Conflict and Violence Against Women. Zed Books, 95-134.

Losada Cubillos, J. J. (2018): Colonial implications of the Colombian national identity: between coloniality and genealogy. In: Revista Científica General José María Córdova 16 (21), 123-147, doi: 10.21830/19006586.298

Lugones, María (2007): Heterosexualism and the Colonial/Modern Gender System. In: Hypatia, 2 (1), 186-209, doi: 10.1111/j.1527-2001.2007.tb01156.x.

Maher, David (2015): Rooted in Violence: Civil War, International Trade and the Expansion of Palm Oil in Colombia. In: Neo Political Economy, 20 (2), doi: 10.1080/13563467.2014.923825.

Mazure, Laurence (2010): The Colombian Gold Rush, Le Monde Diplomatique. Aufgerufen unter: <https://mondediplo.com/2010/08/08colombia> (zuletzt geprüft: 22.07.2022).

McDermott, Jeremy (2010): How President Alvaro Uribe changed Colombia, Aufgerufen unter: <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-10841425> (zuletzt geprüft: 23.07.2023).

McNeish, John-Andrew (2017): A vote to derail extraction: popular consultation and resource sovereignty in Tolima, Colombia, In: Third World Quarterly, 38 (5), 1128-1145, doi: 10.1080/01436597.2017.1283980.

Meer, Shamim (2021): Extractivism's intrinsic violence: the domination of women and the domination of nature, In: Redirecting Security from Feminism, 39, S. 59-69.

Meger, Sara (2015): Toward a Feminist Political Economy of Wartime Sexual Violence. The case of the Democratic Republic of Congo, In: International Feminist Journal of Politics, 17 (3), 416-434, doi: 10.1080/14616742.2014.941253.

Meger, Sara (2016): Rape Loot Pillage: The Political Economy of Sexual Violence in Armed Conflict, Oxford University Press.

Meger, Sarah & Sachseder, Julia (2020): Militarized peace: understanding post-conflict violence in the wake of the peace deal in Colombia, In: Globalizations, 17 (6), 953-973, doi: 10.1080/14747731.2020.1712765.

Menjívar, Cecilia (2011): Enduring violence: Ladina women's lives in Guatemala, Berkely, University of California Press, doi: 10.1525/j.ctt1pnz5p.

Mercedes, Olivera (2016): Violencia Femicida: Violence against Women and Mexico's Structural Crisis, In: Latin American Perspectives, 33 (2), 104-112, doi:10.1177/0094582X05286092.

Ministerio de Defensa Nacional (2003): Política de Defensa y Seguridad Democrática. Colombia: Presidencia de la República, Aufgerufen unter: <https://www.oas.org/csh/spanish/documentos/colombia.pdf> (zuletzt geprüft 06.09.2022).

Ministerio de Defensa Nacional (2011): Política Integral de Seguridad y Defensa para la Prosperidad. Colombia: Presidencia de la República, Aufgerufen unter: https://www.mindefensa.gov.co/irj/go/km/docs/Mindefensa/Documentos/descargas/Documentos_Home/pispd.pdf (zuletzt geprüft: 06.09.2022).

Ministerio del Interior y de Justicia (2012): Ley de Víctimas y Restitución de Rierras y Decretos Reglamentarios, Imprenta Nacional de Colombia.

Miroff, Nick (2016): Colombia's war has displaced 7 million. With peace, will they go home?, Aufgerufen unter: https://www.washingtonpost.com/world/the_americas/colombias-war-has-displaced-7-million-with-peace-will-they-go-home/2016/09/05/538df3c6-6eb8-11e6-993f-73c693a89820_story.html (zuletzt geprüft: 10.11.2022).

Moore, David (2015). “Conflict and After: Primitive Accumulation, Hegemonic Formation and Democratic Deepening.” Stability: International Journal of Security & Development. 4 (1), 1-21.

Muñoz Ávila, Lina (2022): Kolumbien will unter der neuen Regierung die Energiewende. Aufgerufen unter: <https://www.boell.de/de/2022/11/01/kolumbien-will-unter-der-neuen-regierung-energiewende> (zuletzt geprüft: 18.07.2023).

Nayak, Meghana & Suchland; Jennifer (2006): Gender Violence And Hegemonic Projects, In: International Feminist Journal of Politics, 8 (4), 467-485, doi: 10.1080/14616740600945024.

Netzwerk Care Revolution: Homepage. Aufgerufen unter: <https://care-revolution.org/> (zuletzt geprüft: 14.07.2023).

Nilsson, Manuela/ González Marín, Lucía (2020): Violent Peace: Local Perceptions of Threat and Insecurity in Post-Conflict Colombia, International Peacekeeping 27(2), 238-262, doi: 10.1080/13533312.2019.1677159.

OECD (2016): FDI in Figure, Aufgerufen unter: <https://www.oecd.org/corporate/FDI-in-Figures-April-2016.pdf> (zuletzt geprüft: 23.11.2022).

OECD (2017): Due Diligence in Colombia's Gold Supply Chain Gold Mining in Chocó. Aufgerufen unter: <https://mneguidelines.oecd.org/Choco-Colombia-Gold-Baseline-EN.pdf> (zuletzt geprüft: 23.11.2022).

Offen, Karl H. (2003): The territorial turn: making black territories in Pacific Colombia. Journal of Latin American Geography, 2(1), 43 – 73, doi: 10.1353/lag.2004.0010.

Oslender, Ulrich (2004): Fleshing out the geographies of social movements: Colombia's Pacific coast black communities and the ‘aquatic space’. Political Geography, 23, 957 – 985, doi: 10.1016/j.polgeo.2004.05.025.

Oslender, Ulrich (2007): Violence in Development: The Logic of Forced Displacement on Colombia's Pacific Coast. In: Development in Practice, 17 (6), 752-764, doi: 10.1080/09614520701628147.

Paarlberg-Kvam, Kate (2021): Open-pit peace: the power of extractive industries in post-conflict transitions, In: Peacebuilding, 9 (3), 289-310, doi: 10.1080/21647259.2021.1897218.

Padgett, Tim (2012): Colombia's President Talks with TIME About Castro, Capitalism and His Country's Comeback, Time. Aufgerufen unter: <https://world.time.com/2012/04/12/colombias-president-talks-with-time-about-castro-capitalism-and-his-countrys-comeback/> (zuletzt geprüft: 22.07.2022).

Pérez de Armiño, Karlos (2023): European Union Support for Colombia's Peace Process. Civil Society, Human Rights and Territorial Peace, Springer Nature Switzerland AG.

Richani, Nazih (2013): Systems of Violence: The Political Economy of War and Peace in Colombia. In: State University of New York Press, 2.

Robinson, William I. (2017): Global Capitalism: Reflections on a Brave New World, Aufgerufen unter: <https://www.greattransition.org/publication/global-capitalism> (zuletzt geprüft: 25.07.2023).

Phelan, Alexandra (2019): Engaging Insurgency: The Impact of the 2016 Colombian Peace Agreement on FARC's Political Participation, Studies in Conflict & Terrorism 42(9), 836-852, doi: 10.1080/1057610X.2018.1432027.

Quijano, Aníbal (2005): The challenge of the “indigenous movement”, In: Latin America, Socialism and Democracy 19 (3), 55-78, doi: 10.1080/08854300500258011.

Quijano, Aníbal (2007): Coloniality and Modernity/ Rationality, In: Cultural Studies 21 (2-3), 168-178, doi: 10.1080/09502380601164353.

Rettberg, Angelika (2020): Peace-Making Amidst an Unfinished Social Contract: The Case of Colombia, Journal of Intervention and Statebuilding 14(1), 84-100, doi: 10.1080/17502977.2019.1619655.

Richani, Nazih (1997): The Political Economy of Violence. The War-System in Colombia. In: Journal of Interamerican Studies And World Affairs, 39 (2), 37-81, doi: 10.1111/J.1548-2456.1997.Tb00029.X.

Robinson, William I. (1996): Promoting Polyarchy: Globalization, U.S. Intervention and Hegemony. Cambridge: Cambridge University Press.

Robinson, William I. (2003): Transnational Conflicts: Central America, Social Change and Globalization. London: Verso.

Ruiz-Navarro, Catalina (2019): A feminist peace in Colombia?, Aufgerufen unter: <https://www.boell.de/en/2019/02/14/feminist-peace> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Sachseder, Julia (2020): Cleared for investment? The intersections of transnational capital, gender, and race in the production of sexual violence and internal displacement in Colombia's armed conflict, In: International Feminist Journal of Politics, 22 (2), 162-185, doi: 10.1080/14616742.2019.1702473.

Semana (2013): Minería Ilegal: entre el oro y el crimen. Aufgerufen unter: <https://www.semana.com/nacion/articulo/oro-crimen-mineria-illegal/338107-3/> (zuletzt geprüft 23.11.2022).

Sempértegui, Andrea (2021): Indigenous Women's Activism, Ecofeminism, and Extractivism: Partial Connections in the Ecuadorian Amazon, In: Politics & Gender, 17, 197-224, doi: 10.1017/S1743923X19000023.

Shenk, Jamie L. (2022): Consultations and Competing Claims: Implementing Participatory Institutions in Colombia's Extractives Industries, In: Comparative Politics, doi: 10.5129/001041522X16358097946287.

Stausberg, Hildegarde (2005): Es gibt keine Alternative zum totalen Krieg gegen Drogen und Terror, Aufgerufen unter: <https://www.welt.de/print-welt/article673316/Es-gibt-keine-Alternative-zum-totalen-Krieg-gegen-Drogen-und-Terror.html> zuletzt geprüft: 19.07.2023)

Svampa, Maristella (2015): Commodities Consensus: Neoextractivism and Enclosure of the Commons in Latin America, In: South Atlantic Quarterly 114 (1), 65-82, doi: 10.1215/00382876-2831290.

Swaine, Aisling (2015): Beyond Strategic Rape and Between the Public and Private: Violence Against Women in Armed Conflict. In: Human Rights Quarterly, 31 (3), 755-786 doi: 10.1353/hrq.2015.0043.

Telesur (2018): Feminicidio en alza: Más de 10 mil casos este año en Colombia, Aufgerufen unter: <https://www.telesurtv.net/news/feminicidio-colombia-aumenta-primer-semestre-20180802-0024.html> (zuletzt geprüft: 10.11.2022).

Theidon, Kimberly (2009): Reconstructing Masculinities: The Disarmament, Demobilization, and Reintegration of Former Combatants in Colombia. In: Human Rights Quarterly, 31 (1), 1-34, doi: 10.1353/hrq.0.0053.

Tittor, Anne (2023): Debatte um Extraktivismus: Woher nehmen, wenn nicht..., Aufgerufen unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1171590.energiewende-debatte-um-extraktivismus-woher-nehmen-wenn-nicht.html> (zuletzt geprüft: 24.07.2023).

True, Jacqui (2012): The Political Economy of Violence Against Women, Oxford University Press.

United Nations Security Council (2000): Security Council Resolution 1325 on Women, Peace and Security, S/PV.4208, Aufgerufen unter: <https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/PKO%20SPV%204208.pdf> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

United Nations (2005): Women & Elections. Guide to promoting the participation of women in elections, Aufgerufen unter: <https://www.un.org/womenwatch/osagi/wps/publication/WomenAndElections.pdf> (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

UPME (2006): Colombia país minero. Plan nacional para el Desarrollo minero e Visión 2019. Bogotá: República de Colombia, Ministerio de Minas y Energía, Aufgerufen unter: http://bdigital.upme.gov.co/flip/index.jsp?pdf=/bitstream/handle/001/906/upme_244_Colombia%20pais%20minero_2006.pdf?sequence=1&isAllowed=y (zuletzt geprüft: 06.09.2022).

Uribe, María (2020): Violence as a symptom: The case of Colombia, In: Violence: An international journal 1 (1), 8-20, doi: 10.1177/2633002420907790.

US Office On Colombia (2013): Large-scale mining in Colombia: Human rights violations past, present and future. Aufgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/colombia/large-scale-mining-colombia-human-rights-violations-past-present-and-future> (zuletzt geprüft: 23.11.2022).

Valentino, Benjamin A. (2014): Why We Kill: The Political Science of Political Violence against Civilians, In: Annual Review of Political Science, 17 (1), 89-103, doi: 10.1146/annurev-polisci-082112-141937.

Vélez-Torres, Irene (2014): Governmental extractivism in Colombia: Legislation, securitization and the local settings of mining control. In: Political Geography (38), 68-78, doi: 10.1016/j.polgeo.2013.11.008.

Winker, Gabriele (2015): Unzureichende Ressourcen für Care-Arbeit. In: Gabriele Winker (Eds.), Care Revolution 2 (15-54), Bielefeld: transcript Verlag. doi: 10.14361/transcript.9783839430408.15.

WKO (2023): Kolumbien los geht's. Länderreport Außenwirtschaft Austria 2023, Aufgerufen unter: <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/kolumbien-laenderreport.pdf> (zuletzt geprüft: 19.07.2023).

World Economic Forum (2019): Insight Report. Global Gender Gap Report 2020, Aufgerufen unter: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2020.pdf (zuletzt geprüft: 01.09.2022).

Yoshida, Keina & Céspedes-Báez, Lina M. (2021): The nature of Women, Peace and Security: a Colombian perspective, In: International Affairs, 97 (1), 17-34, doi: 10.1093/ia/iaaa173.

Zulver, Julia Margaret (2021): The endurance of women's mobilization during "patriarchal backlash": a case from Colombia's reconfiguring armed conflict, In: International Feminist Journal of Politics, 23 (3), 440-462, doi: 10.1080/14616742.2021.1901061.